

Inhalt

Abhandlungen und Aufsätze

- Nils Grosche*, Das allgemeine Rückwirkungsverbot – Ablösung vom Vertrauensschutz 309
- Lothar Michael*, Verfassungsrechtliche Grenzen richtlinienkonformer Rechtsfortbildung 349
- Teng-Chieh Yang*, Eine starke oder eine schwache Konzeption der Rechtsstaatlichkeit? – Auch zur Problematik der Universalität der Rechtsstaatlichkeit ... 375

Berichte und Kritik

- Mathias Hong*, Ein Gericht oder zwei Gerichte? Der Kopftuch-Beschluss, das Plenumsverfahren und der Grundsatz „stare decisis“ 409
- Claudio Franzius*, Vom Kopftuch I zum Kopftuch II. Rückkehr zur Verhältnismäßigkeitsprüfung? 435

Buchbesprechungen und Buchanzeigen

- Schuppert, Gunnar Folke, *Verflochtene Staatlichkeit. Globalisierung als Governance-Geschichte* (*Christoph Ohler*) 453
- Adrian, Axel, *Grundzüge einer allgemeinen Wissenschaftstheorie auch für Juristen. Konsequenzen aus Zweifeln postmoderner/zeitgenössischer Philosophie für eine allgemeine Wissenschaftstheorie sowie für jede juristische Methodologie* (*Philipp Reimer*) 456
- Vesting, Thomas/Korioth, Stefan/Augsberg, Ino (Hrsg.), *Grundrechte als Phänomene kollektiver Ordnung. Zur Wiedergewinnung des Gesellschaftlichen in der Grundrechtstheorie und Grundrechtsdogmatik* (*Arno Wieckhorst*) 459
- de Wall, Heinrich (Hrsg.), *Reformierte Staatslehre in der Frühen Neuzeit* (*Cornel Zwierlein*) 465

Anschriften der Mitarbeiter

- Akad. Rat a. Z. Dr. *Nils Grosche*, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Lehrstuhl Prof. Dr. Matthias Cornils, 55099 Mainz
E-Mail: ngrosche@uni-mainz.de
- Prof. Dr. *Lothar Michael*, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Juristische Fakultät, Professur für Öffentliches Recht, Universitätsstraße 1, 40225 Düsseldorf
E-Mail: lothar.michael@hhu.de
- Dr. *Teng-Chieh Yang*, Humboldt-Universität zu Berlin, Juristische Fakultät, Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Finanzrecht, Unter den Linden 6, 10099 Berlin
E-Mail: teng-chieh.yang@rewi.hu-berlin.de

NJW-Inhalt

Aufsätze

Christian Brand / Shahin Rahimi-Azar

2993

„AGG-Hopping“ – eine Einnahmequelle mit strafrechtlichen Risiken

So genannte AGG-Hopper begehen entgegen einer – weit verbreiteten – Einschätzung im arbeitsrechtlichen Schrifttum nicht ohne Weiteres einen (versuchten) Betrug. Gleichwohl bleibt ein Strafbarkeitsrisiko: Der Beitrag zeigt, dass der Tatbestand der (versuchten) Erpressung verwirklicht sein kann.

Lutz Milzer

2997

Die gerichtliche Zuständigkeit für den Erbenstreit um das europäische Nachlasszeugnis

Mit dem europäischen Nachlasszeugnis schafft die EU-Erbrechtsverordnung einen europaweit verwendbaren Erbnachweis. Die Erteilung des Zeugnisses ist jedoch ausgeschlossen, wenn Einwände gegen seine Erteilung anhängig sind. Damit stellt sich die Frage, wie und wo der Erbenstreit über Erbnachweise auszutragen ist.

Monika Böhm

3000

Polizeikosten bei Fußballspielen

Ist die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit bei Fußballspielen allein Angelegenheit des Staates oder können Vereine an den Kosten beteiligt werden? Dieser Frage, die sich auch für andere Veranstaltungen wie große Musikkonzerte, Volksfeste oder sonstige Feiern stellt, geht der Beitrag nach.

Zur Rechtsprechung

Gregor Vollkommer

3004

Rechtskräftige Teilfeststellungen des Musterentscheids und Aufnahme der Ausgangsverfahren

(OLG München, NJW 2015, 3042; NZG 2015, 1032)

Bericht

Detlev Schmidt

3008

Die Entwicklung des Betäubungsmittelstrafrechts bis Mitte 2015

Forum

Reinhard Zimmermann

3012

Juristische Bücher des Jahres – Eine Leseempfehlung

Buchbesprechungen

Roos / Wahrendorf: Sozialgerichtsgesetz (*Hermann Plagemann*); Schenke / Graulich / Ruthig: Sicherheitsrecht des Bundes (*Nikolaos Gazeas*); Schumann / Kramer: Die Berufung in Zivilsachen (*Nikolaus Stackmann*)

3017

NJW-aktuell

Editorial	3	Interview Bundesrichter in Teilzeit? (<i>M. Eckertz-Höfer</i>)	12	Dokumentation	18
Freie Berufe in Europa – Deregulierungsdruck wächst (<i>M. Henssler</i>)				Rubrikenmarkt	29
Gesetzgebung	6	Standpunkt Sanierungsberatung ist gefährlich – für den Berater (<i>P. de Bra</i>)	14	web.report	32
Rechtsprechung in Kürze	6			Stellenmarkt	33
Entscheidung der Woche	10	Bericht aus Brüssel	16	Beck'sche Zeitschriften	40
Leserforum	10	Datenschutz in der EU, den USA und in Deutschland (<i>H. Petersen</i>)		Buchhinweise	42
				Personalien	44
				Kommendes Heft / Impressum	46

Rechtsprechung

EGMR	08.07.14 – 43892/04	Keine Wiederaufnahme wegen verspäteter Mitteilung des Wiederaufnahmegrunds	3019
EuGH	16.07.15 – C-184/14	Internationale Zuständigkeit für Antrag auf Kindesunterhalt (Anm. P. M. Reuß)	3021
BVerfG	24.06.15 – 1 BvR 1360/15	Kontrolle der „Mietpreisbremse“ in Berlin	3024
BGH	28.07.15 – XI ZR 434/14	Unwirksame Kontoführungsgebühren in den AGB eines Kreditinstituts	3025
BGH	25.06.15 – IX ZR 199/14	Unwirksamkeit des Verzichts auf Wirkungen der Restschuldbefreiung in AGB	3029
BGH	23.06.15 – XI ZR 386/13	Keine Eigenhaftung des Kommissionärs bei Nichtausführung des Wertpapiergeschäfts	3031
BGH	13.05.15 – V ZB 66/14	Dingliche Feststellungswirkung im notariellen Vermittlungsvorschlag	3032
BGH	20.07.15 – NotZ (Brfg) 13/14	Keine Inlandsbeurkundung durch einen ausländischen Notar (Anm. C. Waldhoff)	3034
BGH	23.06.15 – II ZR 166/14	Inhalt der Berufungsbegründung bei Geltendmachung mehrerer Prospektmängel	3040
OLG München	07.07.15 – 15 W 1115/15	Wiederaufnahme des Ausgangsrechtsstreits bei KapMuG-Musterverfahren	3042
OLG Karlsruhe	13.08.15 – 5 UF 222/14	Berechnung des Verfahrenswerts für Beschwerden in Unterhaltssachen	3044
BGH	28.04.15 – 3 StR 532/14	Sexueller Missbrauch in Jugendhilfeeinrichtung – Behördliche Verwahrung	3045
BGH	04.08.15 – 1 StR 624/14	Misshandlung von Schutzbefohlenen – Meditation statt Medizin (Anm. A. Engländer)	3047
VGH München	27.05.15 – 11 CS 15.645	Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit der MPU-Anordnung	3050
BAG	29.04.15 – 5 AZR 756/13	Gleichwohlgewährung von Gründungszuschuss an Stelle von Arbeitsentgelt	3051
BAG	17.08.15 – 10 AZB 27/15	Umfang der prozessualen Kostenerstattungspflicht – Hypothetische Reisekosten	3053
BAG	25.03.15 – 5 AZR 602/13	Umfang der Arbeitszeit bei Klausel „in Vollzeit beschäftigt“ – Überstunden (Ls.)	3054
BFH	18.06.15 – VI R 17/14	Zivilprozesskosten als außergewöhnliche Belastungen – Rechtsprechungsänderung	3054
BFH	18.06.15 – VI R 45/13	Ermittlung des als außergewöhnliche Belastungen abzugsfähigen Unterhalts (Ls.)	3056

Mit Beilage: NJW-Spezial Heft 20/2015

Aus dem Inhalt:

- Miet- und Immobilienrecht: Anteil an der Instandhaltungsrücklage: Phänomen oder Fantasie?
- Erbrecht: Prozesstaktiken bei der pflichtteilsrechtlichen Stufenklage
- Baurecht: Nebenangebote bei der öffentlichen Ausschreibung von Bauleistungen
- Arbeitsrecht: Prüfungsmaßstab bei einer Änderungsschutzklage
- Strafrecht: Kontenabfragen und Akteneinsicht
- Anwalt und Kanzlei: Die Vollmachtsdatenbank für Rechtsanwälte
- Familienrecht, Verkehrsrecht, Gesellschaftsrecht, Insolvenzrecht, Verfahrens- und Kostenrecht: Rechtsprechungsübersichten

Miet- und Immobilienrecht

Von Michael Drasdo

<i>M. Drasdo</i> , Anteil an der Instandhaltungsrücklage: Phänomen oder Fantasie?	609
Eigenbedarfstäuschung: Schadensersatz trotz Räumungsvergleichs! (BGH)	610
Zahlungsverzugskündigung nach Insolvenzfreigabe (BGH)	610
„Großer“ Schadensersatz beim Wohnungskauf im Mahnverfahren (BGH)	611
Mieters Klagebefugnis gegen Baugenehmigung seines Vermieters? (OVG Magdeburg)	611

Familienrecht

Von Martin Haußleiter und Barbara Schramm

Unterschiedliche Einkommen mehrerer Kinder beim Elternunterhalt (BGH)	612
Unterhaltsanspruch trotz fehlender Krankheitsbehandlung (KG)	612
Unterhaltsvorschuss auch bei Spareinlagen für die Kinder (VG Aachen)	613
Umgangsrechtliches Vermittlungsverfahren nur für Eltern (OLG Bremen)	614
Freibeträge in der Verfahrenskostenhilfe bei Wechselmodellen (OLG Dresden)	614
Mitbesitz an gemeinsamer Wohnung bei nichtehelichen Lebensgefährten (AG Köln)	614

Erbrecht

Von Wolfgang Roth

<i>W. Roth</i> , Prozesstaktiken bei der pflichtteilsrechtlichen Stufenklage	615
Nachfolger durch entlassenen Testamentsvolltrecker nicht angreifbar (OLG Karlsruhe)	616
Falschvorstellung über verjährte Forderung gibt Anfechtungsrecht (OLG München)	616

Verkehrsrecht

Von Rainer Heß und Michael Burmann

Schaden bei Mäharbeiten am Straßenrand (OLG Hamm)	617
Auswirkung von Vorschäden auf die Regulierung (KG)	617
Erstattungsfähigkeit vorgerichtlicher Sachverständigenkosten (KG)	618

Baurecht

Von Stefan Weise und Tobias Hänsel

<i>T. Hänsel</i> , Nebenangebote bei der öffentlichen Ausschreibung von Bauleistungen	620
Photovoltaikanlage ist kein Bauwerk (OLG Schleswig)	621
Aufklärungspflichten bei Skontoabzug (OLG Frankfurt a.M.)	622
Alternativpositionen sind bei öffentlichen Ausschreibungen unzulässig (VK Sachsen-Anhalt)	622

Gesellschaftsrecht

Von Dieter Leuring und Daniel Rubner

Bekanntgabe des Widerrufs der Bestellung zum Vorstandsmitglied (OLG Frankfurt a. M.)	623
Keine Heranziehung einer GbR zur Zweitwohnungsteuer (VGH München)	623
Informationsrechte stiller Gesellschafter (OLG Düsseldorf)	624
Grenzen des Auskunftsrechts der Aktionäre (OLG Düsseldorf)	625

Arbeitsrecht

Von Marcel Grobys und Robert von Steinau-Steinrück

<i>J. Fröhling</i> , Prüfungsmaßstab bei einer Änderungschutzklage	626
Entgeltfortzahlung und Mindestlohn (BAG)	627
Verfassungsgemäßheit des Ausschlusses von Sozialplanabfindungen (BVerfG)	628
Fahrtzeit als reguläre Arbeitszeit (EuGH)	628

Insolvenzrecht

Von Michael Dahl und Raul Taras

Verjährungsbeginn bei Anspruch auf Ersatz eines Gesamtschadens (BGH)	629
Unwirksamer Verzicht im Verbraucherinsolvenzverfahren (BGH)	629
Kein Einsichtsrecht in Unterlagen des Gläubigerausschusses (LG Landshut)	630
Insolvenzeröffnung wegen vorläufig vollstreckbar titulierter Forderungen (AG Köln)	631

Strafrecht

Von Klaus Leipold und Stephan Beukelmann

<i>S. Beukelmann</i> , Kontenabfragen und Akteneinsicht	632
Entschädigung für menschenunwürdige Haftunterbringung (BVerfG)	633
Vorsatznachweis bei Rechtsbeugung (RhPfVfGH)	633
Arbeitgebereigenschaft und Scheinselbstständigkeit (BGH)	634
Änderung der Geschäftsverteilung bei Überlastung (BGH)	634

Verfahrens- und Kostenrecht

Von Norbert Schneider

Verfahrenswert eines Stufenantrags (OLG Schleswig)	635
Keine Ermäßigung der Gerichtsgebühr nach Hauptsacheerledigung (OLG Braunschweig) ..	635
Fällige Beträge in einstweiligen Anordnungsverfahren (OLG Köln)	636
Keine Restwertanrechnung beim Gegenstandswert (AG Norderstedt)	637
Kostenentscheidung nach Rücknahme einer sofortigen Beschwerde (OLG Hamburg)	637

Anwalt und Kanzlei

Von Christian Dahns

<i>C. Dahns</i> , Die Vollmachtsdatenbank für Rechtsanwälte	638
Anweisung zu überobligatorischer Maßnahme (BGH)	639
Neue Schlichterin der Schlichtungsstelle der Anwaltschaft im Amt	639

ISSN 1613-4621

NJW Spezial

Die wichtigsten Informationen zu speziellen Rechtsgebieten

Schriftleitung:

Rechtsanwalt *Tobias Freudenberg*, Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M., Postanschrift: Postfach 11 02 41, 60037 Frankfurt a. M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49, E-Mail: njw@beck-frankfurt.de, Internet: www.njw.de

Redaktion:

Rechtsanwältin *Nathalie Dennier* (Verkehrsrecht); Rechtsanwalt *Tobias Freudenberg* (Insolvenzrecht); Rechts-

anwältin *Antje Glinski* (Anwalt und Kanzlei); Rechtsanwältin *Irina Huth* (Familienrecht); Rechtsanwalt *Dr. Andreas Kappus* (Miet- und Immobilienrecht); Rechtsanwältin *Dr. Maria Naucke-Lömker* (Erbrecht und Schlussredaktion); Rechtsanwältin *Esther Noske, LL.M.* (Verfahrens- und Kostenrecht sowie Koordination); Rechtsanwalt *Prof. Dr. Achim Schunder* (Arbeitsrecht); Rechtsanwältin *Dr. Monika Spiekermann* (Bau-recht); Rechtsanwalt *Dr. Stephan Tausch* (Strafrecht); Rechtsanwalt *Prof. Dr. Martin Weber* (Gesellschaftsrecht).

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt

auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München: Nr. 6229-8 02, BLZ 700 100 80.

Erscheinungsweise:
Zweimal im Monat als Beilage zur NJW.

Bezugspreis 2015:
Der Bezugspreis von NJW-Spezial ist im Bezugspreis von NJW enthalten. Jahrestitel und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Druck: Mayr Miesbach GmbH, Am Windfeld 15, 83714 Miesbach.



**FACHZEITSCHRIFT FÜR
WIRTSCHAFTSRECHT**
26. JG. Heft 10, Oktober 2015

Zitiervorschlag:
ecolex 2015, Seite
ecolex 2015/Nummer

HERAUSGEBER:
Hon.-Prof. Dr. G. KUCSKO, RA
Univ.-Prof. Dr. W. MAZAL
Univ.-Prof. Dr. P. OBERHAMMER
Univ.-Prof. Dr. J. REICH-ROHRWIG, RA
Hon.-Prof. Dr. Ch. SCHMELZ, RA
Univ.-Prof. MMag. Dr. J. SCHUCH, StB
Mag. Philip VONDRAK, StB und RA
Univ.-Prof. Dr. G. WILHELM

BEIRAT:
Univ.-Prof. DDr. W. BARFUSS

Sen.-Präs. d. VwGH Dr. L. BUMBERGER
Univ.-Prof. Dr. B.-Ch. FUNK
Univ.-Prof. Dr. H. KREJCI
Dr. J. E. LANGER
Univ.-Prof. DDr. H. MAYER
Univ.-Prof. HR Dr. M. NEUMAYR
Univ.-Prof. Dr. G. H. ROTH
Univ.-Prof. Dr. W. SCHRÄMMEL
Univ.-Prof. Dr. V. TRSTENJAK
Univ.-Prof. Dr. R. WELSER
Min.-Rat Dr. W. WIESNER

SCHRIFTFLEITUNG:
Univ.-Prof. Dr. G. WILHELM

STÄNDIGE MITARBEITER:
Univ.-Ass. Mag. A. BALTHASAR
Hon.-Prof. Dr. A. DUSCHANEK
Sen.-Präs. d. OLG Wien iR ao, Univ.-Prof.
Dr. G. ERTL
Mag. J. FISCHERLEHNER

MMag. Dr. K. H. HILBER, StB
Univ.-Ass. Mag. M. HÖCHER
Univ.-Prof. Dr. M. HOLOUBEK
Dr. St. KÖCK, RA
Univ.-Prof. Dr. M. LANG
Mag. M. LAUDACHER
Dr. I. MOSER
Dr. E. PRIMOSCH
Dr. Th. RABL, RA
Mag. B. RENNER
Dr. R. SCHANDA, RA
Univ.-Prof. Dr. F. SCHRANK
Dr. Ch. SCHUMACHER, LL.M., RA
Univ.-Prof. Dr. H. SCHUMACHER, RA
Univ.-Doz. Dr. St. SCHWARZER
Dr. A. SPITZL
Dr. B. TONNINGER, RA
Dr. W. URBANTSCHITSCH
Dr. M. WINDISCH-GRAETZ
Dr. M. WOLLER, RA
Mag. Dr. H. WOLLMANN, LL.M., RA

FALSCHER PROSPEKTE, FALSCHER PUBLIZITÄT ...

Zur Nachtragspflicht des Emittenten gem § 6 KMG bei anfänglicher Kenntnis der Unrichtigkeit des Prospekts Georg Graf	836
Voraussetzungen und Rechtsfolgen fehlerhafter Ad-hoc-Publizität Georg Graf	841
OGH 21. 4. 2015, 3 Ob 44/15i	843
OGH 27. 5. 2015, 6 Ob 71/15g	844

EDITORIAL

Konkludenz im Miet-(Dauerschuld-)Verhältnis (Irrtumsanfechtung – Kündigung) Georg Wilhelm	833
Impressum	U3

ZIVIL- UND UNTERNEHMENSRECHT

Gröblich benachteiligendes Reugeld beim Kaufvertrag Andreas Krist	845
„Nichts wie weg!“ – Delisting auch im Amtlichen Handel? Clemens Limberg	847
OGH 28. 4. 2015, 8 Ob 132/14s	848
OGH 19. 5. 2015, 4 Ob 83/15g	849
OGH 20. 3. 2015, 9 Ob 38/14z	849
OGH 20. 5. 2015, 7 Ob 68/15y	850
OGH 28. 4. 2015, 8 Ob 8/15g	850
OGH 21. 5. 2015, 1 Ob 81/15s	851
OGH 23. 12. 2014, 1 Ob 218/14m	851
OGH 28. 4. 2015, 10 Ob 24/15z	851
OGH 23. 4. 2015, 2 Ob 60/15k	852
OGH 9. 4. 2015, 2 Ob 168/14s	852
OGH 20. 3. 2015, 9 Ob 81/14y	852
OGH 26. 11. 2014, 7 Ob 190/14p	852
OGH 12. 3. 2015, 7 Ob 230/14w	854
OGH 10. 12. 2014, 7 Ob 168/14b	856
OGH 18. 2. 2015, 7 Ob 5/15h	857
OGH 28. 2. 2015, 7 Ob 213/14w	858

WIRTSCHAFTSSTRAFRECHT

Parteienantrag auf Gesetzesprüfung im Strafverfahren Günther Rebisant	859
--	-----

DISPUTE RESOLUTION

Die Krux mit den Prozessführungsverboten Claudia Reith	863
OGH 30. 6. 2015, 10 Ob 13/15g	867
OGH 18. 3. 2015, 3 Ob 23/15a	867
OGH 20. 5. 2015, 3 Ob 82/14a	867
OGH 15. 7. 2015, 3 Ob 136/15v	867



LG Leoben 30. 7. 2015, 32 R 39/15 b	• Aufschiebung der Exekution wegen Zahlungsvereinbarung auch bei Zivilteilung möglich	868
OGH 18. 6. 2015, 1 Ob 75/15 h	• Feststellung eines Haftungsanspruchs nicht Gegenstand eines Prüfungsprozesses	868
OGH 21. 5. 2015, 1 Ob 91/15 m	• Kein Entgeltanspruch des Verfahrenssachwalters im Sachwalterbestellungsverfahren nach RATG/AHK	868
EuGH 16. 7. 2015, C-681/13	• Fehlerhafte Anwendung der Europäischen MarkenRL begründet keine Ordre-public-Widrigkeit	869
GESELLSCHAFTSRECHT		
Gesamtgeschäftsführung: Gefahr im Verzug bei drohendem Gewinnentgang? Thomas Wolkerstorfer		869
◎ Memo: Alternativfinanzierungsgesetz (AltFG) bringt Erleichterungen für Crowdfunding bzw -financing Roman Hager		873
OGH 19. 3. 2015, 6 Ob 10/15 m	• Keine Fortsetzung einer gelöschten Gesellschaft	874
OGH 19. 2. 2015, 6 Ob 19/15 k	• Überwiegende Wahrscheinlichkeit einer positiven Fortbestehensprognose	874
OGH 19. 11. 2014, 3 Ob 120/14 i	• Der Begünstigte einer Privatstiftung kann rechtliches Interesse an Feststellung der Unwirksamkeit der Errichtung einer Stiftungszusatzurkunde haben	875
OGH 15. 12. 2014, 6 Ob 121/14 h	• Nichtvorliegen wichtiger Gründe für die Abberufung eines Stiftungsvorstands (Paul Rizzi)	876
WETTBEWERBS- UND IMMATERIALGÜTERRECHT		
Zur Reichweite der kartellrechtlichen Nichtigkeitssanktion Erika Rittenauer / Marie-Therese Richter		877
OGH 19. 5. 2015, 4 Ob 22/15 m	• Zur Abmahnungsobliegenheit gem § 81 Abs 1 a UrhG sowie zur Kostentragung des Providers für Sperrmaßnahmen (Dominik Hofmarcher)	881
OGH 19. 5. 2015, 4 Ob 74/15 h	• Öffentliche Rüge durch PR-Ethik-Rat (Dominik Hofmarcher)	882
OGH 19. 5. 2015, 4 Ob 77/15 z	• Markenrecht: Eintragungshindernis und gespaltene Verkehrsauffassung (Christian Schumacher)	882
EuGH 16. 7. 2015, C-379/14	• Bloße Einfuhr als funktionsbeeinträchtigende Benutzung der Marke (Dominik Hofmarcher)	883
ARBEITSRECHT		
Wohngeld und Entgeltfortzahlung während Elternkarenz Ingomar Stupar		885
OGH 25. 6. 2015, 8 ObA 827/14 p	• Anrechenbarkeit von Arbeitslosengeld während des Kündigungsanfechtungsverfahrens	889
OGH 28. 5. 2015, 9 ObA 6/15 w	• Mitverschulden an Entlassung	891
OGH 25. 6. 2015, 8 ObA 41/15 k	• Internationale Zuständigkeit für Klagen auf Zustimmung zur Kündigung	892
STEUERRECHT		
Vorschreibung von Kapitalertragsteuer bei verdeckten Ausschüttungen Bernhard Renner		893
EuGH-Rechtsprechungsübersicht: Neues zur Umsatzsteuer Jasmin Kollmann / Laura Turcan / Draga Turic / Karoline Spies		897
VwGH 30. 4. 2015, 2011/15/0198	• Reaktivierungsrückstellungen eines Liftbetreibers (Max Sedlacek)	902
VwGH 30. 4. 2015, 2012/15/0163	• Zuschuss einer Gemeinde für Aufschließungsarbeiten (Markus Knechtl)	903
BFG 22. 4. 2015, RV/5101247/2014	• Haftung bei noch nicht feststehender Insolvenzquote (Erik Pinetz)	906
BFG 17. 2. 2015, RV/7100138/2011	• Folgen der Löschung einer vollbeendigten GmbH für die Erledigung einer Beschwerde (Bernhard Renner)	907
BFG 31. 7. 2015, RV/1100434/2014	• Rechtmäßigkeit eines Säumniszuschlags (Nadine Oberbauer)	909
ÖFFENTLICHES WIRTSCHAFTSRECHT		
Öffentlichkeitsbeteiligung im UVP-Feststellungsverfahren Peter Bußjäger / Stefan Lampert		910
VwGH 26. 3. 2015, Ra 2014/07/0067	• Behandlungsauftrag an einen Abfallübergeber (Edmund Primosch)	913
VwGH 20. 5. 2015, Ro 2014/04/0015 und 0020	• Bestimmtheit der Auflagen eines anlagenrechtlichen Bescheids (Edmund Primosch)	914
VwGH 26. 2. 2015, 2011/07/0181	• Kostenvorauszahlung vor Ersatzvornahme und Nachverrechnung des Verkaufserlöses (Edmund Primosch)	915
EUROPA		
Neues aus Europa – Aktuelle Rechtsetzung und Entscheidungen der EU Ulrike Giera / Maximilian Hautzenberg / Markus-Florian Rummel		916
Alte und neue Probleme der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen Josef Baumüller / Farah Maria Faseli-Friedl		917
Generalanwalt: Keine Vertragsänderung bei Preisindex! Thomas Rabl / Christina Buchleitner		921
Rechtsprechungsübersicht Europäische Gerichte Agnes Balthasar-Wach		922

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

Unternehmensbewertung

Unternehmensbewertung in der Rechtsprechung – eine Bestandsaufnahme und Einordnung

Prof. Dr. Andreas Schüler, München

In dem Beitrag wird die Rechtsprechung zur Unternehmensbewertung diskutiert. Vor dem Hintergrund wesentlicher Erkenntnisse der Literatur zur Unternehmensbewertung werden die Wahl der Bewertungsmethode, die Definition und Planung der bewertungsrelevanten Überschüsse sowie die Bestimmung des Diskontierungssatzes analysiert.

DB1127297

S. 2277

STEUERRECHT

AUFSATZ

Körperschaftsteuer

Überblick über die Rechtsprechung zur verdeckten Gewinnausschüttung im Zeitraum 2014/2015

RA/FAStR/WP/StB Dr. Ralf Kohlhepp, Hamburg

Der Beitrag stellt die wesentlichen Urteile des BFH und der FG zum Fremdvergleich bei Kfz-Nutzung, bei der Darlehensgewährung an Nahestehende, zu Pachten, zu Tantiemen und Pensionszusagen dar.

DB1159649

S. 2285

Erbschaft-/Schenkungsteuer

Länderentwurf zur Neuregelung des ErbStG

RA/StB Dipl.-Fw. Dr. Jörg Stalleiken, Bonn

Der Bundesrat hat durch den Finanzausschuss umfangreiche Änderungswünsche in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht. Der Beitrag zeigt auf, welche Vorstellungen die Länder bei der Regelung zur Steuerbefreiung für Betriebsvermögen, zum begünstigten Vermögen und zum Abschmelzungsmodell haben.

DB1159652

S. 2296

KURZ KOMMENTIERT

Abgabenordnung

In welchem Verfahren muss der Leistungsempfänger bei Insolvenz des Leistenden wegen zu Unrecht gezahlter USt möglichen Erstattungsanspruch geltend machen?

VRiFG Thomas Müller, Düren

DB1159650

S. 2301

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Einkommensteuer/Abgabenordnung

Steuerliche Maßnahmen zur Förderung der Hilfe für Flüchtlinge

BMF, Schreiben vom 22.09.2015

DB1159801

S. 2302

Umsatzsteuer

USt- und Vorsteuerberichtigung bei Änderung der Bemessungsgrundlage nach § 17 UStG

ÖFD Niedersachsen, Verfügung vom 24.08.2015

DB1120919

S. 2304

ENTSCHEIDUNGEN

Gewinnermittlung

Korrektur unangemessener Gewinnverteilung bei GmbH & atypisch Still

BFH, Urteil vom 18.06.2015 – IV R 5/12

DB1159943

S. 2305

Einkommensteuer

Antrag auf Anwendung des Teileinkünfteverfahrens nach § 32d Abs. 2 Nr. 3 Satz 1 Buchst. a EStG

BFH, Urteil vom 28.07.2015 – VIII R 50/14

DB1159944

S. 2308

Einkommensteuer

Einkünfte aus Kapitalvermögen – Zinsen gem. § 44 Abs. 1 SGB I

BFH, Urteil vom 09.06.2015 – VIII R 18/12

DB1159941

S. 2311

Abgabenordnung

Änderung von Steuerbescheiden: Neue Tatsachen i.S.d. § 173 Abs. 1 Nr. 1 AO und unlautere Mittel i.S.d. § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. c AO

BFH, Urteil vom 08.07.2015 – VI R 51/14

DB1159146

S. 2313

FACHTAGUNG | 4. Dezember 2015, Düsseldorf

Körperschaftsteuer und Unternehmensbesteuerung 2015/2016

Maßgebliche gesetzliche Änderungen im KSt-Recht und Unternehmenssteuerrecht 2015/2016

Dr. Rolf Möhlenbrock, Ministerialrat, Berlin

Änderungen der KSt-Besteuerung und Unternehmensbesteuerung in Deutschland durch BEPS

Sven Fuhrmann, WP/StB/CPA Dipl. Kfm., Partner und Leiter National Office Tax, Deloitte

Aktuelles zur Organschaft

Prof. Dr. Ulrich Prinz, WP/StB, Partner Of Counsel, WTS Steuerberatungsgesellschaft mbH, Köln

Aktuelle Rechtsprechung im nationalen und internationalen KSt-Recht und Unternehmenssteuerrecht

Dr. Michael Schwenke, Richter Bundesfinanzhof (BFH), I. Senat

Gesellschafterfremdfinanzierung in schlechten Zeiten

RegDir. Ralf Neumann, Körperschaftsteuerreferent Oberfinanzdirektion NRW

Update: Bilanzsteuerrecht

Sven Fuhrmann, WP/StB/CPA Dipl. Kfm., Partner und Leiter National Office Tax, Deloitte

u.v.m.

25% Rabatt
für Abonnenten von
DER BETRIEB!

VERANSTALTUNGSDETAILS

Termin:

4. Dezember 2015 | 09.00 – 17.30 Uhr

Veranstaltungsort:

Lindner Hotel Airport | Düsseldorf
Fon: 0211 95160

Teilnahmegebühr:

795 € zzgl. MwSt.
Frühbucherpreis bis zum 31.10.2015:
595 € zzgl. MwSt.
(Doppelrabattierungen ausgeschlossen)

Information und Anmeldung: www.fachmedien-veranstaltungen.de/koerperschaftsteuer | Fon 0211 887-2850 | eMail: veranstaltungen@fachmedien.de



WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

Aktienrecht

Unterjährige Aufhebung von Unternehmensverträgen mit abhängiger GmbH

RA Dr. Jonas Wittgens / Jan-Benedikt Fischer, Hamburg
 Änderungen von Konzernstrukturen sind oft zeitkritisch und ein bestimmter Zeitpunkt für die Beendigung eines Unternehmensvertrags ist von großer Bedeutung. Mit Urteil vom 16.06.2015 hat der BGH nun entschieden, dass die Aufhebung eines Gewinnabführungsvertrags mit einer abhängigen GmbH gem. § 296 Abs. 1 Satz 1 AktG analog nur zum Ende eines Geschäftsjahrs oder eines sonst vertraglich bestimmten Abrechnungszeitraums möglich ist. Der Aufsatz analysiert die Folgen dieses Urteils für die Unternehmenspraxis.

DB1159182

S. 2315

KURZ KOMMENTIERT

Bankrecht

Bereicherungsausgleich bei nicht autorisierten Überweisungen

RA Dr. Dimitrios Linardatos, Düsseldorf

DB1159783

S. 2319

ENTSCHEIDUNGEN

Umwandlungsrecht

Sicherung der Kapitalaufbringung bei formwechselnder Umwandlung einer Personenhandelsgesellschaft in eine GmbH

OLG Frankfurt, Beschluss vom 19.03.2015 – 20 W 160/13, rkr.

DB1159840

S. 2320

Handelsrecht

Keine Herabsetzung eines festgesetzten Ordnungsgeldes wegen nachträglicher Einreichung der Jahresabschlussunterlagen

OLG Köln, Beschluss vom 29.06.2015 – 28 Wx 1/15, rkr.

DB1159833

S. 2324

Wettbewerbsrecht

Vergleichende Werbung: Keine unlautere Rufausnutzung durch Verwendung einer fremden Marke in einem Internet-Verkaufsangebot

BGH, Urteil vom 02.04.2015 – I ZR 167/13

DB1159764

S. 2327

STANDPUNKTE

ZUKUNFT DER SYNDIKUSANWÄLTE

Rechtsanwaltsrecht

Syndizi als Rechtsanwältinnen zu bestätigen ist ein erster Schritt in die richtige Richtung

RA/FA für SozR Hartmut Kilger, Tübingen

DB1131884

S9

Rechtsanwaltsrecht

Der Gesetzentwurf zur Neuordnung des Rechts der Syndikusanwältinnen beschreitet den falschen Weg

Prof. Dr. Reinhard Singer, Berlin

DB1120358

S11

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Arbeitsvertragsrecht

Arbeiten 4.0 – Arbeitsrechtliche Aspekte einer zeitlich-örtlichen Entgrenzung der Tätigkeit

RA/FAArbR Dr. Alexander Bissels / RAIn Dr. Isabel

Meyer-Michaelis, LL.M. oec., beide Köln

„Arbeiten 4.0“ meint die Arbeit im Zeitalter der Digitalisierung und der zunehmenden Bedeutung des Internets für die Arbeitsmärkte. Dabei ist Arbeiten 4.0 insb. gekennzeichnet durch zeitlich und räumlich „entgrenztes“ Arbeiten. Dies soll den Arbeitgebern Kosten sparen und Arbeitnehmern mehr Flexibilität einräumen. Doch sind diese Visionen überhaupt mit dem derzeit geltenden Arbeitsrecht in Einklang zu bringen? Der Beitrag untersucht die rechtlichen Rahmenbedingungen der zunehmenden „Virtualisierung“ der Arbeitswelt und zeigt mögliche Problemfelder bei der Umsetzung auf.

DB0841011

S. 2331

KURZ KOMMENTIERT

Europarecht/Kündigungsrecht

Der Begriff des Betriebs bei der Massenentlassung

RA Klaus Thönißen, LL.M. (San Francisco), Essen

DB1159116

S. 2336

ENTSCHEIDUNGEN

Befristungsrecht

Befristung wissenschaftlichen Personals i.S.d. WissZeitVG an nach Landesrecht staatlichen Hochschulen

BAG, Urteil vom 29.04.2015 – 7 AZR 519/13

DB1159391

S. 2338

Betriebsverfassungsrecht

Personalabbau und dessen Volumen stellen grds. kein Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis i.S.d. § 79 BetrVG dar

LAG Schleswig-Holstein, Beschluss vom 20.05.2015 – 3 TaBV 35/14

DB1159503

S. 2339

Verfahrensrecht

Erstattung von Anwaltskosten in Höhe der ersparten Reisekosten der Partei auch im Arbeitsgerichtsprozess im Einzelfall möglich

BAG, Beschluss vom 17.08.2015 – 10 AZB 27/15

DB1086999

S. 2340

→ Editorial	1
<i>Von Hannes Schütz</i>	

Strafrecht

→ must know	4
Das Strafprozessrechtsänderungsgesetz 2014	
<i>Von Stephanie Öner</i>	

Öffentliches Recht

→ must know	10
Der Parteiantrag auf Normenkontrolle im Zivil- und Strafverfahren	
<i>Von Roland Pichler</i>	

→ must know	14
Die Versammlungsfreiheit in der aktuellen Judikatur des VfGH	
<i>Von Florian Böhm-Gratzl</i>	

→ Musterfall	17
FÜM III	
<i>Prüferin: Gabriele Kucsko-Stadlmayer; gelöst von Julia Friedrichkeit-Lebmann</i>	

Arbeits- und Sozialrecht

→ Musterfall	29
Klausurfall Kollektivarbeitsrecht	
<i>Prüfer: Gert-Peter Reissner; gelöst von Michael Rück</i>	

Unternehmensrecht

→ must know	33
Das RÄG 2014	
<i>Von Roman Alexander Rauter</i>	

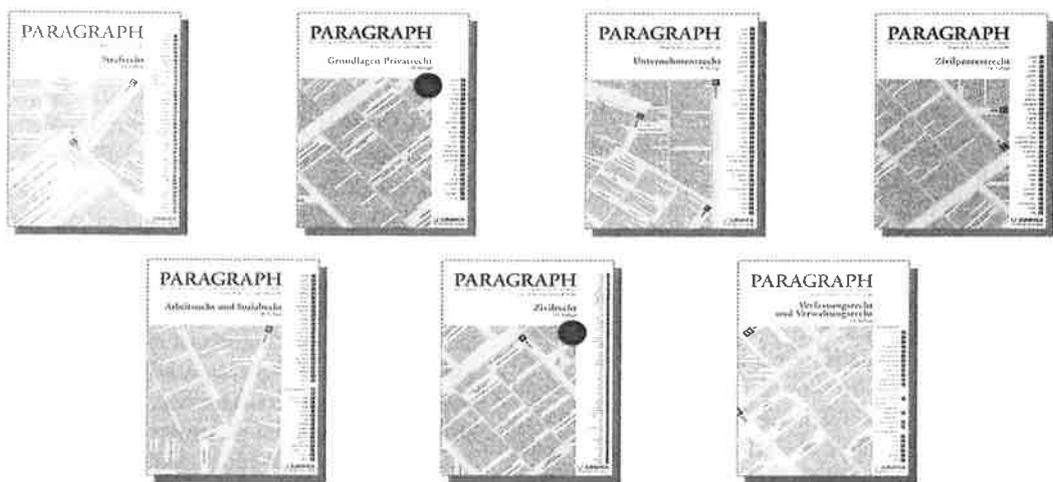
Kollisionsrecht

→ must know	39
EU-Erbrechtsverordnung	
<i>Von Agnes Balthasar-Wach und Claudia Jahn</i>	



Bürgerliches Recht

→ must know	45
Das Recht der Fortpflanzungsmedizin im Wandel	
<i>Von Erwin Bernat</i>	
→ Musterfall	51
Fachprüfung Privatrecht I (Teil II)	
<i>Prüfer: Andreas Riedler; gelöst von Michael Kraus und Petra Hochreiter</i>	
→ Musterfall	56
Fachprüfung aus Bürgerlichem Recht	
<i>Prüfer: Meinhard Lukas; gelöst von Andreas Geroldinger</i>	



Seitenweise aktuelle österreichische Gesetzestexte 2015

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH
 TEL +43 1 531 61 100 FAX +43 1 531 61 455
 bestellen@manz.at Kohlmarkt 16 · 1014 Wien www.manz.at



**IN ALLER KÜRZE**

343

THEMA

Stephan Keiler: APF – die Agentur für Passagierrechte in Österreich	344
Tobias Eberharder: Urlaubszeit heißt (auch) Wartezeit: Wenn der Flug nicht pünktlich ist	347
Andreas Gerhartl: Fluggastrechte bei Verspätung wegen technischen Defekts	350

GESETZGEBUNG

Aktuelle Gesetzesvorhaben (Stand: 1. 10. 2015)	353
--	-----

RECHTSPRECHUNG**» SACHENRECHT**

Nur eingeschränkter Anspruch auf Wiederherstellung im Besitzstörungsverfahren	354
Anmerkung der Rangordnung – Geburtsdatum muss sowohl im Antrag als auch im Beglaubigungsvermerk angeführt sein	354

» ERBRECHT

Zweijahresfrist für Schenkungsanrechnung – Vermögensopfertheorie	354
Keine Anrechnung einer Erbschaftsschenkung auf den Pflichtteilsanspruch	355

» SCHULDRECHT

Keine Vertragsänderung durch Schweigen während einer Informationsveranstaltung	355
Ablöse an Vormieter – Rückforderungsanspruch schließt Gewährleistungsansprüche aus	355

» MIET- UND WOHNRECHT

Von Liftgemeinschaft der Mieter wiedererrichteter Aufzug als Gemeinschaftsanlage	356
Kein wichtiges Interesse an der Umstellung der Fußbodenheizung auf Niedertemperatur	356
Keine Rückzahlung eines Sonderbeitrags zur Rücklage wegen Säumigkeit der anderen Wohnungseigentümer	356

» SCHADENERSATZ

Haftung der Mutter für den Unterhaltsschaden des Scheinvaters nur bei Vorsatz	357
Haftung des Ehestörers für die Kosten der Überwachung des untreuen Ehegatten	357
Klettergerüst für Kinder auf allgemein zugänglichem Privatgrundstück – Nutzungssicherheit	357
Meinungsänderung der Finanzbehörden zur Besteuerung der Schadenersatzleistung – Schadensminderungsobliegenheit	358
Schwarzfahrt – Überlassung des Kfz nach Täuschung über die Person des Übernehmers	359
Ausgleichszahlung bei Flugverspätung aufgrund eines technischen Gebrechens	359

» VERFAHRENSRECHT

Kostenaufhebung aufgrund beiderseitigen Verschuldens an der Führung des nichtigen Verfahrens	359
--	-----

LITERATURÜBERSICHT

360

4/15

Beiträge | Contributions

OR 2020: Braucht die Schweiz ein neues Vertragsrecht?

Claire Huguenin | Barbara Meise

CO 2020: un ponte verso il futuro

Davide Cerutti

L'enrichissement illégitime dans le CO 2020

Benoît Chappuis

Neues Deliktsrecht für Unternehmen

Karl Hofstetter

Vorschlag eines neuen Leistungsstörungenrechts im OR 2020

Nadja Erk

Innovation durch den OR 2020-Entwurf

Matthias Lehmann

Die Modernisierung des schweizerischen Abtretungsrechts

Hans Kuhn

Berichterstattung | Comptes-rendus

Conference Proceedings

Seraïna Grünewald | Claire Célérier

Europareport

Thomas Lübbig | Christian Pitschas | Miriam le Bell

Das schweizerische Bankprivatrecht 2014–2015

Susan Emmenegger | Luc Thévenoz | Martina Reber | Endrit Poda

Selektives Opting out und Transaktionsvereinbarung

Olivier Baum | Hans Caspar von der Crone

**SZW /
RSDA**

Herausgeber:

H. C. von der Crone (Vorsitz) | M. Amstutz | U. Bertschinger
J.-L. Chenaux | S. Emmenegger | C. Huguenin | H. Peter
R. Sethe | W. A. Stoffel | L. Thévenoz | R. H. Weber

Schriftleiterin:

Charlotte M. Baer

Inhalt | Table des matières



Editorial Éditorial Claire Huguenin	279
Beiträge Contributions	
OR 2020: Braucht die Schweiz ein neues Vertragsrecht? – Eine Einführung Claire Huguenin Barbara Meise	280
CO 2020: un ponte verso il futuro Davide Cerutti	301
L'enrichissement illégitime dans le CO 2020 Benoît Chappuis	314
Neues Deliktsrecht für Unternehmen: Die Organisations- und Gefährdungshaftung im Vorschlag OR 2020 Karl Hofstetter	322
Vorschlag eines neuen Leistungsstörungsrechts im OR 2020 Nadja Erk	329
Innovation durch den OR 2020-Entwurf: Die Vorschriften über die Liquidation Matthias Lehmann	337
Die Modernisierung des schweizerischen Abtretungsrechts – Bemerkungen zum Zessionsrecht im OR 2020 Hans Kuhn	351
Berichterstattung Comptes-rendus	
Conference Proceedings Seraina Grünwald Claire Célérier	375
Europareport Thomas Lübbig Christian Pitschas Miriam le Bell	379
Das schweizerische Bankprivatrecht 2014–2015 Le droit bancaire privé suisse 2014–2015 Susan Emmenegger Luc Thévenoz Martina Reber Endrit Poda	386
Selektives Opting out und Transaktionsvereinbarung Verfügung 600/01 der Übernahmekommission (UEK) vom 22. April 2015 in Sachen Kaba Holding AG: Gültigkeit Opting out und Abwehrmassnahme Mit Bemerkungen von Olivier Baum Hans Caspar von der Crone	417
Autorenverzeichnis Liste des auteurs	431

K&R Online-Archiv:
Für Abonnenten kostenlos
www.kommunikationundrecht.de

Chefredakteur:
RA Torsten Kutschke

Redaktion:
RAin Anja Keller

Redaktionsassistent:
Dagmar Dinkel

Ständige Mitarbeiter:
RA Dr. Andreas Bartosch, Brüssel;
Dr. Gunnar Bender, Hamburg; RA
Dr. Felix Buchmann, Stuttgart;
Prof. Dr. Christoph Degenhart,
Leipzig; Prof. Dr. Dieter Dörr,
Mainz; RA Stefan Engel-Flehsig,
St. Augustin; Prof. Dr. Torsten J.
Gerpott, Duisburg; Prof. Dr. Hu-
bertus Gersdorf, Rostock; Prof. Dr.
Georgios Gounalakis, Marburg;
Elisabeth Grote, Bonn; RA Prof.
Niko Härting, Berlin; RA Dr. Ale-
xander R. Klett, LL.M. (Iowa),
München; RA Robert Klotz, Brüs-
sel; Prof. Dr. Christian Koenig,
LL.M., Bonn; RA Dr. Jost Kott-
hoff, Frankfurt a. M.; RA Prof. Dr.
Johannes Kreile, München; Prof.
Dr. Karl-Heinz Ladeur, Hamburg;
Prof. Dr. Stefan Leible, Bayreuth;
RA Richard Leitermann, Frankfurt
a. M.; RAin Dr. Grace Naciminto,
LL.M., Düsseldorf; RA Dr. Norbert
Nolte, Köln; RA Hermann-Josef
Piepenbrock, Düsseldorf; Prof. Dr.
Dr. Dr. h. c. Franz Jürgen Säcker,
Berlin; Kurt Schmidt, Bonn; RA,
FAH- u. GesR, FAInSR, StB Prof.
Dr. Jens M. Schmittmann, Essen;
RA Michael Schmittmann, Düssel-
dorf; Prof. Dr. Olaf Sosnitzer,
Würzburg; RA Tobias H. Strömer,
Düsseldorf; StB Dipl.-Kfm. Prof.
Dr. Günter Strunk, Hamburg; Prof.
Dr. Jürgen Taeger, Oldenburg;
Reg.-Dir. Dr. Alexander Tetten-
born, LL.M., Berlin; RA Dr. Tho-
mas Tschentscher, LL.M., Frank-
furt a. M.; RAin Priv. Doz. Dr. Irini
Vassilaki, Athen/München; RA Dr.
Benedikt Wemmer, Berlin; Prof.
Dr. Andreas Wiebe, Wien; Dr. Ul-
rich Zwach, Bonn

Kooperationspartner:
Forschungsstelle Medienrecht und
Medienwirtschaft, Forschungsstel-
le für Europäisches und Deutsches
Telekommunikationsrecht (beide
Universität Marburg), Forschungs-
projektgruppe für Europäisches Tele-
kommunikationsrecht am Zen-
trum für Europäische Integrations-
forschung (Universität Bonn) so-
wie Mainzer Medieninstitut e. V.
(Mainz).

Online-Kooperationspartner:
Telemedicus e.V., Rechtsfragen der
Informationsgesellschaft:
www.telemedicus.info

Editorial

Aufklärung vs. Informantenschutz – Die Durchsuchung von Presseunternehmen
RAin Dr. Verena Hoene, LL.M., Köln

Aufsätze

- 609 Listenprivileg, Drittinteresse, Zweckbindung**
Prof. Peter Gola, Bonn und RA Sebastian Schulz, Berlin
Der deutsche Rechtsrahmen zur datenschutzrechtlichen Zulässigkeit von Werbung auf dem Postweg gilt seit jeher als ausgesprochen komplex. Im europäischen Vergleich sucht man entsprechende Normen vergebens. Diesen und anderen nationalen Alleingängen wird die DS-GVO ein Ende bereiten. Die gleichbleibend hohe wirtschaftliche Relevanz postalischer Werbung als Anstoßkanal macht es dabei unumgänglich, auch in Zukunft rechtssicher personenbezogene Daten zum Zwecke des (postalischen) Marketings verarbeiten zu dürfen.
- 615 Aktuelle Entwicklungen im Fernabsatzrecht 2014/2015**
RA Dr. Felix Buchmann, Stuttgart
Im Anschluss an den Beitrag in K&R 2013, 535 ff. werden die Entwicklungen im Fernabsatzrecht im Zeitraum Mitte Juni 2014 bis August 2015 dargestellt, darunter u. a. Fragen zum Verbraucherbegriff, Vertragsschluss, der Button-Lösung, zum Widerrufsrecht, Versandkosten und Preisangabenverordnung.
- 622 Riegel vor: Im Internet ohne Werbung surfen?**
RA Dr. Volker Herrmann und RA Christian Schwarz, Düsseldorf
Werbeblocker im Internet sollen verhindern, dass beim Besuch einer Webseite Anzeigen eingeblendet werden. Was für viele User im Netz als nützliches Tool gilt, sehen die Domaininhaber und werbende Firmen als Problem. Nun mussten sich die ersten Gerichte mit der Rechtmäßigkeit von Werbeblockern befassen. Beinahe zeitgleich entschieden das LG München und das LG Hamburg.
- 625 Öffentlichkeitsfahndung im Internet**
RA Dr. Jesko Baumhöfener, Hamburg
In dem Beitrag wird den Fragen nachgegangen, ob die derzeit geltenden Regelungen zur Öffentlichkeitsfahndung im Internet mit der technischen Entwicklung Schritt gehalten haben oder aufgrund alter Rechtsgrundsätze an eben jene Entwicklung angepasst werden müssen.
- 632 Der Weg ist richtig, die Straße noch im Bau**
RA Dominik Höch, Berlin
Das OLG Hamburg hat mit Urteil vom 7. 7. 2015 – 7 U 29/12 entschieden, dass auch Betreiber eines Online-Nachrichtenarchivs verpflichtet sein können, die Auffindbarkeit von Altmeldungen über Suchmaschinen einzuschränken. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass die Entscheidung grundsätzlich zu begrüßen ist, auch wenn Detailfragen zur technischen Umsetzbarkeit noch geklärt werden müssen.
- 634 Pflicht zur Suchmaschinenpessimierung qua Störerhaftung?**
RA Thorsten Feldmann, LL.M., Berlin
Das OLG Hamburg hat mit Urteil vom 7. 7. 2015 – 7 U 29/12 entschieden, dass auch Betreiber eines Online-Nachrichtenarchivs verpflichtet sein können, die Auffindbarkeit von Altmeldungen über Suchmaschinen einzuschränken. Der Autor sieht die Entscheidung äußerst kritisch und hält sie für nicht überzeugend, da sie keinen juristisch und praktisch gangbaren Weg zur Lösung des Konflikts zwischen Meinungsfreiheit im Internet und Persönlichkeitsrecht des Betroffenen aufzeigt.
- 637 Zahlungsformen und -modalitäten im Lichte des Geld- und Währungsrechts – am Beispiel des Rundfunkbeitrags**
Prof. Dr. Ludwig Gramlich, Chemnitz
Aktuell wurde ein von der Wirtschaftspresse unternommener Versuch bekannt, den Rundfunkbeitrag bar zahlen zu wollen. Satzungsrechtlich ist allerdings festgelegt, dass der Rundfunkbeitrag nur unbar gezahlt werden kann. Dies gibt Anlass, die rechtliche Qualität gesetzlicher Zahlungsmittel in Deutschland (bzw. der Europäischen Währungsunion) etwas genauer zu betrachten.



Rechtsprechung

- 643 Patentverletzungsklage kann trotz Verpflichtung zu FRAND-Lizenzierung zulässig sein
EuGH, 16. 7. 2015 – C-170/13
- 647 **Kommentar von RAin Dr. Miriam Katharina Dahm, LL.M., Duisburg**
- 648 Zolltarifliche Einordnung von E-Books mit Wörterbuchfunktion
EuGH, 11. 6. 2015 – C-58/14
-
- 648 Ermittlungsverfahren gegen Informant rechtfertigt keine Durchsuchung bei Medienorganen
BVerfG, 13. 7. 2015 – 1 BvR 1089/13, 1 BvR 1090/13
- 651 Meinungsfreiheit kann durch Wohnungsdurchsuchung bei Blogbetreiber verletzt sein
BVerfG, 30. 6. 2015 – 2 BvR 433/15
-
- 652 Umfang der Störerhaftung bei fortdauernder Rufbeeinträchtigung im Internet
BGH, 28. 7. 2015 – VI ZR 340/14
- 657 Anordnung zur Auskunft über dynamische IP-Adressen kann rechtswidrig sein
BGH, 20. 8. 2015 – StB 7/15
- 659 Kein Computerbetrug durch vorgetäuschte kostenpflichtige Gewinnspiel-Eintragungen
BGH, 9. 6. 2015 – 3 StR 45/15
- 661 Wettbewerbsverstoß durch unzureichende Kopfhörer-Kennzeichnung
BGH, 9. 7. 2015 – I ZR 224/13
- 665 TV-Wartezimmer: Werbespots für Apotheken in Arztpraxen zulässig
BGH, 12. 3. 2015 – I ZR 84/14
- 667 Trassenfieber: Theaterbetreiber kann für Einholung einer GEMA-Einwilligung verantwortlich sein
BGH, 12. 2. 2015 – I ZR 204/13
-
- 667 Widerrufsbelehrung mit längerer Widerrufsfrist unschädlich
OLG Frankfurt a. M., 7. 5. 2015 – 6 W 42/15
- 668 Auffindbarkeit von Altmeldungen in Online-Archiv muss eingeschränkt werden
Hanseatisches OLG Hamburg, 7. 7. 2015 – 7 U 29/12
-
- 671 Filesharing-Beweisverwertungsverbot für Auskunft von Accessprovider ohne Auskunftsverfahren
LG Frankenthal, 11. 8. 2015 – 6 O 55/15
-
- 673 Kein Anspruch auf Jobcenter-Durchwahl
OVG NRW, 16. 6. 2015 – 8 A 2429/14
- 676 **Kommentar von PD Dr. Jan Eichelberger, LL.M.oec., Jena**
- 678 Anordnung zur Löschung personenbezogener Daten im Internet mangels Medienprivileg
Bayerischer VGH, 25. 3. 2015 – 5 B 14.2164
- 678 Unzulässige Einholung von telefonischen Werbe-Einwilligungen bei Kundenzufriedenheitsabfragen
OVG Berlin-Brandenburg, 31. 7. 2015 – OVG 12 N 71.14

K&R Aktuell

V Veranstaltungen · VI Neue Bücher · VII Impressum · VIII Autoren



**www.kommunikationundrecht.de – Jetzt auch mobil
direkt ins K&R Online-Archiv**

Einfach auf dem Smartphone oder Tablet-PC ein Scan-Programm starten, Kamera auf den abgebildeten Code halten, Internetverbindung aktivieren und mit einem Klick können Sie die Inhalte aller K&R-Ausgaben im Online-Archiv recherchieren – für Abonnenten ist der Volltext-Zugriff sogar kostenlos! Abhängig von der Verbindungsart zum Internet und dem gewählten Tarif können Kosten für die Datenübertragung entstehen.



Schwerpunkt Das gesunde Unternehmen

308 Senkung des Krankenstands durch Förderung des Commitment

Achim Burkhardt/Matthias Graumann

Sind Mitarbeiter wirklich seltener krank, wenn ihre Loyalität gegenüber dem Unternehmen sehr hoch ist? Eine repräsentative Studie ging dieser Frage nach.

314 Team Boundary Management

Wie man Teams vor Überforderung schützt

Ulrich Leicht-Deobald/Heike Bruch/Jakob Mainert
Flexible Mitarbeit in mehreren Projekten ist für viele Teams heute keine Seltenheit. So interessant und spannend das sein mag, geht der Mehrfacheinsatz oft auf Kosten des Teamgeists und kann zu Überlastung führen.

319 Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung

Erfolgsfaktoren und Stolpersteine aus Wissenschaft und Praxis

Sandra Wolf/Ina Zwingmann/Claudia Nebel-Töpfer/
Peter Richter

Nicht nur das physische, sondern auch das psychische Wohlergehen der Mitarbeiter sollte Unternehmen am Herzen liegen, denn es fördert die Leistungsfähigkeit der Organisation. Doch wie erkennt man potenzielle psychische Belastungen?

325 Kompetenzfreisetzendes Führen

Durch Offenlegen von Stärken zu mehr Gesundheit und Leistung

Dietrich von der Oelsnitz/Kevin J. Kettgen

Wenn Mitarbeiter entsprechend ihren Talenten –

auch den verborgenen! – gefördert werden, stärkt das sowohl deren Arbeitsmotivation als auch deren Gesundheit und führt zu besseren Ergebnissen.

331 Reflexive Prävention

Fallstudie zur nachhaltigen Organisation wissensintensiver Arbeit

Tobias Hallensleben

Betriebliches Gesundheitsmanagement ist meist damit beschäftigt, Krankheiten zu vermeiden. Doch sollte der eigentlich Sinn und Zweck von Gesundheitsmanagement nicht die Förderung der Gesundheit sein? Der Beitrag liefert Denkanstöße, wie Gesundheit nachhaltig organisiert werden kann.

Interview

339 Ernährungsumstellung statt Crash-Diät

Die Neuausrichtung von Mercedes-Benz Cars (MBC)

Die zfo sprach mit Susanne Hahn, Leiterin Konzernorganisation & Personalplanung, und Markus Schäfer, Mitglied des Bereichsvorstands Mercedes-Benz Cars, Produktion und Supply Chain Management, über Ziele, unkonventionelle Ansätze und Erfolgsfaktoren der Neuausrichtung von Mercedes-Benz Cars (MBC).

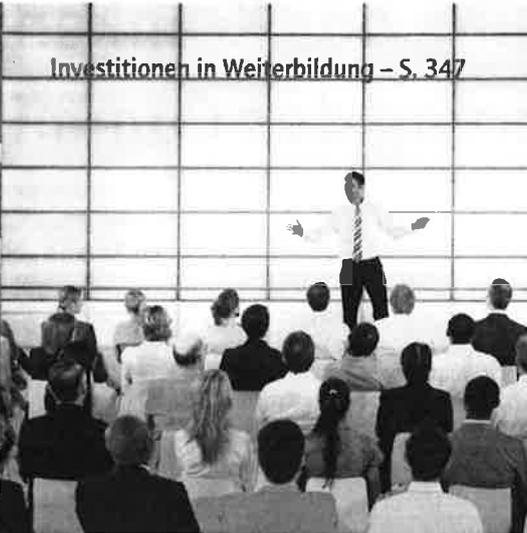
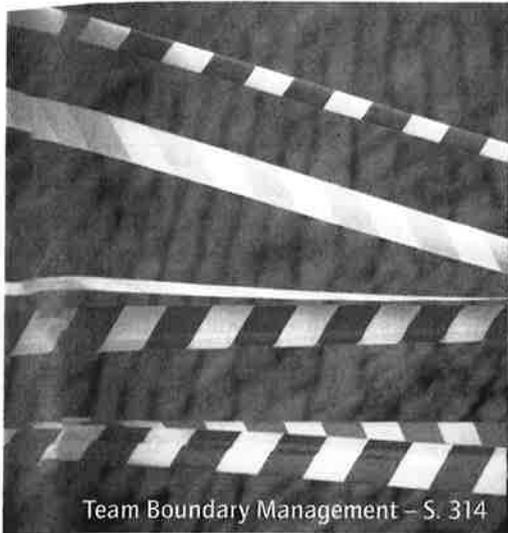
343 In einem gesunden Körper ...

Glosse von Oliver Bendel

345 Gesundheit durch Vielfalt

Denkanstöße zur Resilienzvorsorge

Standpunkt von Hans A. Wüthrich



Führung & Leadership

347 **Investitionen in Weiterbildung**
 Erkenntnisse zum Return-on-Investment von Weiterbildungsmaßnahmen
Regina-Viola Frey
 Unternehmen sollten den Wert, den Weiterbildungsangebote für Mitarbeiter und Bewerber haben, keinesfalls unterschätzen. Welche Rolle Weiterbildung bei der Mitarbeiterrekrutierung und -bindung hat und wie sich die Wirksamkeit der Maßnahmen ermitteln lässt, erörtert dieser Beitrag.

zfo-Toolkit
353 **Steigerung der Wirksamkeit durch eine solide Arbeitsmethodik**
Roman Stöger

356 **Institutionelle Komplexität**
 Wie CSR-Manager widersprüchlichen Erwartungen begegnen
Michael Hunoldt/Simon Oertel/Anne Galander
 Organisationen sehen sich verschiedensten Erwartungen der Stakeholder gegenüber, worauf sie durch die Schaffung neuer Stellen oder Abteilungen reagieren. Der neue Stelleninhaber muss sehen, wie er der institutionellen Komplexität gerecht wird.

zfo-Toolkit
361 **Trend- und Umfeldanalyse als Grundlage strategischer Entscheidungen**
 Strategische Potenziale von Unternehmen besser ausschöpfen
Heike Rawitzer/Jacques Hefti

Projektmanagement

366 **Beteiligungsrechte des Betriebsrats in Projekten**
 Hürden für den Projekterfolg und mögliche Lösungswege
Christian Bär/Michael Link
 In der Projektarbeit ist die Beteiligung des Betriebsrats ein weitaus sensibleres Thema als in der üblichen Linientätigkeit. Legt der Betriebsrat sein Veto ein, können Projekte auch misslingen. Wo Fallen lauern und wie sie umgangen werden können, zeigt dieser Beitrag.

Spektrum

338 **Impressum**
373 **Bücher**
374 **Aktuelles**
376 **Verbandsmitteilungen**
380 **Call for Papers/Vorschau**



Editorial

Ingo Brinker

Der Blick über den Kanal

409

Aufsätze

Frank Montag

EU-Fusionskontrolle für Minderheitsbeteiligungen?

410

Torsten Körber

The Commission's „Next Big Thing“?

415

Peter Stauber

Neues zum „echten“ Handelsvertreter

423

Andreas Fuchs

Kartellrechtliche Schranken für patentrechtliche Unterlassungsklagen bei FRAND-Lizenzerteilungen für standardessentielle Patente

429

Entscheidungen

Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)

EuGH 9. 7.2015 – C-231/14 P Zur Bemessung der Geldbuße 436

Gericht der Europäischen Union (EuG)

EuG 27. 3.2014 – T-56/09 und T-73/09 Zur Rechtsstaatlichkeit des EU-Bußgeldverfahrens 439

Bundesverfassungsgericht

BVerfG 20. 8.2015 – 1 BvR 980/15 Zur Verfassungsmäßigkeit des kartellrechtlichen Bußgeldverfahrens 447

Bundesgerichtshof (BGH)

BGH 14. 7.2015 – KVR 77/13 Zur Missbräuchlichkeit von Wasserpreisen 448

Oberlandesgerichte (OLG)

OLG Düsseldorf 31. 8.2015 – VI-Kart 5/15 (V) Zu den Formalitäten einer Entscheidungszustellung 452

Buchbesprechung

Rainer Bechtold

Wettbewerbs- und Kartellrecht

455



Editorial

Albrecht Bach

Kaufpreis als zusätzliche Aufgreifschwelle?

365

Aufsätze

Boris P. Paal/Lea Katharina Kumkar

Zur Öffentlichkeitsarbeit des Bundeskartellamts

366

Alexander Rinne/Katharina Kolb

Beschränkung des Internet-Vertriebs durch Funktionsrabatte?

377

Hendrik Schwenke

Die Richtlinie für private Kartellschadensersatzklagen und der Gesamtschuldnerausgleich:
Wie kann Art. 11 V ins deutsche Recht umgesetzt werden?

383

Entscheidungen

Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)

EuGH 16.07.2015 – C-170/13 Zur Lizenzierungspflicht bei einem standardessenziellen Patent 390

Gericht der Europäischen Union (EuG)

EuG 07.07.2015 – T-677/13 Zur Akteneinsicht von Geschädigten 392

EuG 15.07.2015 – T-393/10 Zur Unterbrechung der Kartellteilnahme und zur Berücksichtigung
der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bei der Bußgeldbemessung 396

EuG 15.07.2015 – T-391/10 Zur Geldbußenreduzierung für den zweiten Kronzeugen 400

EuG 15.07.2015 – T-45/10 Zur bußgeldrechtlichen Haftung der Muttergesellschaft 402

EuG 15.07.2015 – T-189/10 Zu den Verteidigungsrechten im Verwaltungsverfahren 405

Buchbesprechung

Silvio Cappellari

Deutsches und Europäisches Kartellrecht – Kommentar.

407

Daniel Petzold

Missbrauch von Marktmacht durch Kosten-Preis-Scheren im europäischen und US-amerikanischen Kartellrecht.

407



Editorial

Thorsten Mäger

Eltern haften für ihre Kinder?!

329

Aufsätze

Rainer Bechtold

EU-rechtliche Beschränkungen in der Ausgestaltung und Anwendung des GWB

331

Entscheidungen

Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)

EuGH	02.07.2015 – C-497/12	Zur Begründung und Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung auf Grund einer nationalen gesetzlichen Regelung	337
EuGH	18.06.2015 – C-583/13 P	Zur Behandlung von Dokumenten, die bei einer Nachprüfung außerhalb des Gegenstandes der Nachprüfung gefunden werden	337

Gericht der Europäischen Union (EuG)

EuG	16.06.2015 – T-655/11	Zur Nachweis einer einzigen und fortgesetzten Zuwiderhandlung	340
EuG	15.07.2015 – T-418/10	Zur bußgeldrechtlichen Haftung für Kartellverstöße eines Handelsvertreters	345

Bundesgerichtshof (BGH)

BGH	18.05.2015 – KZR 36/14	Anhörungsrüge	352
BGH	16.03.2015 – KVR 75/13	Kosten bei Rücknahme der Beschwerde	353
BGH	16.06.2015 – KZR 83/13	Zur Einspeisung öffentlich-rechtlicher Rundfunkprogramme	353

Oberlandesgerichte (OLG)

OLG Düsseldorf	01.07.2015 – VI-Kart 8/11 (V)	Zur Fusionskontrolle in einem Erfassungsmarkt	358
----------------	-------------------------------	---	-----

Buchbesprechung

Moritz Graf v. Merveldt

„Praxishandbuch Kartellrecht im Unternehmen“

363



Editorial

Frank Maier-Rigaud/Ulrich Schwalbe Ministererlaubnis im Fall EDEKA/Tengelmann?	289
---	-----

Aufsätze

Thomas Weck Fusionskontrolle in der digitalen Welt	290
Philipp von Hülsen/Boris Kasten Passivlegitimation von Konzernen im Kartell-Schadensersatzprozess? – Gedanken zur Umsetzung der Richtlinie 2014/104/EU	296

Entscheidungen

Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)

EuGH	21.05.2015 – C-352/13	Zur Zuständigkeit eines deutschen Gerichts für eine Klage gegen mehrere Unternehmen aus verschiedenen Mitgliedstaaten wegen eines gemeinsamen Kartellverstoßes	307
------	-----------------------	--	-----

Gericht der Europäischen Union (EuG)

EuG	13.05.2015 – T-162/10	Zum Ermessen und Beurteilungsspielraum der Kommission in der Fusionskontrolle	311
EuG	05.09.2014 – T-471/11	Auflage einer Fusionskontroll-Vereinbarkeitsentscheidung	315
EuG	20.05.2015 – T-456/10	Zur Geldbußenbemessung in „hybriden“ Fällen	319

Oberlandesgerichte (OLG)

OLG Düsseldorf	08.05.2015 – VI-U (Kart) 2/15	Zur Wahrheitspflicht in einem Kartellzivilprozess	323
----------------	-------------------------------	---	-----

Schlussanträge

EuGH	21.05.2015 – C-194/14 P	Zur Geldbuße gegen ein auf dem betroffenen Markt nicht tätiges Unternehmen	324
------	-------------------------	--	-----



Editorial

Ingo Brinker

Happy Birthday

253

Aufsätze

Andreas Lotze/Sebastian Smolinski

Entschärfung der Organhaftung für kartellrechtliche Unternehmensgeldbußen

254

Petra Linsmeier/Cathrin Mächtle

Abwerbverbote und Kartellrecht

258

Berichte

Iris Benedikt-Buckenleib/Daniela Mariotti

Das Fusionskontrollregime der COMESA: Neueste Entwicklungen

263

Entscheidungen

Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)

EuGH 19.03.2015 – C-286/13 P Zur „bezweckten“ Wettbewerbsbeschränkung 267

EuGH 23.04.2015 – C-227/14 P Zur Bemessung der Geldbuße 269

Bundesgerichtshof (BGH)

BGH 16.12.2014 – KRB 47/13 Zur Bußgeldhaftung des Gesamtrechtsnachfolgers; Art. 5 VO 1/2003 keine eigenständige Rechtsgrundlage für Bußgeldverfahren des Bundeskartellamts 272

BGH 27.01.2015 – KRB 39/14 Zur Bußgeldhaftung des Gesamtrechtsnachfolgers 276

Oberlandesgerichte (OLG)

OLG Düsseldorf 29.04.2015 – VI-Kart 2/15 (V) Zur Beiladung eines Wirtschaftsverbandes 277

Sonstige Gerichte

LAG Düsseldorf 20.01.2015 – 16 Sa 459/14 Zur Haftung von Mitarbeitern für eine Unternehmensgeldbuße 277

United States Court of Appeal for the Seventh Unit 27.03.2014 – Case No. 14-8003 Motorola Mobility LLC v. AU Optronics Corp. et al. I 281

United States Court of Appeal for the Seventh Unit 27.03.2014 – Case No. 14-8003 Motorola Mobility LLC v. AU Optronics Corp. et al. II 286



Editorial

Ingo Brinker
War for Talents

209

Aufsätze

Dominik Braun/Manuel Kellerbauer

Das Konzept der gesamtschuldnerischen Verantwortlichkeit von Konzerngesellschaften bei Zuwiderhandlungen gegen das EU Wettbewerbsrecht – Teil 2

211

Philipp Pichler/Manuel Klar

Rechtliche Rahmenbedingungen für kartellrechtliche Settlements in Deutschland – insbesondere Reichweite der Übertragbarkeit strafprozessualer Vorgaben für Verständigungen

217

Arndt Scheffler

Die Bindungswirkung kartellbehördlicher Entscheidungen im Schadensersatzprozess in der Rechtsprechung der Oberlandesgerichte

223

Entscheidungsbesprechungen

Sebastian Telle

LG Frankfurt entscheidet gegen Plattformverbot für Luxusparfums

229

Entscheidungen

Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)

EuGH 5. 3.2015 – C-93/13 P und C-123/13 P Zum Wiederholungszuschlag bei Beteiligung unterschiedlicher Konzernunternehmen 231

Gericht der Europäischen Union (EuG)

EuG 17.12.2014 – T-201/11 Zur Zuständigkeit von Kommission und nationalen Wettbewerbsbehörden 233

EuG 17.12.2014 – T-72/09 Zur einzigen und fortgesetzten Zuwiderhandlung und Verhältnismäßigkeit der Geldbuße 236

Bundesgerichtshof (BGH)

BGH 27. 1.2015 – KZR 90/13 Zum kartellrechtswidrigen Erwerb eines GmbH-Anteils 240

Sonstige Gerichte

LG Frankfurt 31. 7.2014 – 2-03 O 128/13 Zum Verbot des Internet-Weiterverkaufs über Drittplattformen 243

Schlussanträge

EuGH 12. 2.2015 – C-583/13 P Zur Behandlung von Dokumenten, die bei einer Nachprüfung außerhalb des Gegenstandes der Nachprüfung gefunden werden 244

EuGH 20.11.2014 – C-170/13 Zur Lizenzierungspflicht bei einem standardessenziellen Patent 247

Buchbesprechung

Hermann Deichfuß

Die „kartellrechtliche Zwangslizenz“ im Verfahren – Geltendmachung eines kartellrechtlich begründeten Kontrahierungszwangs.

252



Editorial

Rainer Bechtold

Hat Luxemburg Angst vor Straßburg?

161

Aufsätze

Thomas Höppner/Jan Felix Grabenschröer

Marktabgrenzung bei mehrseitigen Märkten am Beispiel der Internetsuche

162

Jürgen Wessing/Mayeul Hiéramente

Akteneinsichtsrecht und Aktenweitergabe durch die Verteidigung im Kartellverfahren

168

Dominik Braun/Manuel Kellerbauer

Das Konzept der gesamtschuldnerischen Verantwortlichkeit von Konzerngesellschaften bei Zuwiderhandlungen gegen das EU-Wettbewerbsrecht – Teil 1

175

Florian C. Haus/Isabelle Heitzer

Kartellrecht gegen (Sport-)Schiedsgerichtsbarkeit – 1:0 Zum Urteil des OLG München in der Sache Claudia Pechstein

181

Berichte

Lorenz Marx/Marius Leber

Tagungsbericht Interdisziplinärer Workshop „Wettbewerb und Regulierung im Internet“ 17. Oktober 2014, ZBW Hamburg

186

Entscheidungen

Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)

EuGH	18.12.2014 – C-434/13 P	Zur Mithaftung wechselnder Muttergesellschaften von kartellbeteiligten Gesellschaften	189
EuGH	18.12.2014 – C-2/13	Zum Beitritt der Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)	190

Gericht der Europäischen Union (EuG)

EuG	28.01.2015 – T-341/12	Zur Veröffentlichung von Informationen eines Kronzeugen	194
-----	-----------------------	---	-----

Oberlandesgerichte (OLG)

OLG München	15.01.2015 – U 1110/14 Kart	Zum Missbrauch durch Verlangen einer Schiedsvereinbarung	198
OLG Düsseldorf	18.02.2015 – VI-U (Kart) 3/14	Zur kollektiven Geltendmachung von kartellrechtlichen Schadensersatzansprüchen	201

Buchbesprechung

Hermann Deichfuß

Die kartellrechtliche Fortsetzungsfeststellungsbeschwerde – Zu den Zulässigkeitsvoraussetzungen des § 71 Absatz 2 Satz 2 GWB.

208



Editorial

Ingo Brinker

Wettbewerb (in) der Wissenschaft 113

Aufsätze

Volker Emmerich

Der gleichartigen Unternehmen üblicherweise zugängliche Geschäftsverkehr 114

Knut Werner Lange/Thorsten Pries

Wechselwirkungen zwischen Wettbewerbsrecht (GWB) und Regulierungsrecht (EnWG) im Energiesektor 116

Rupprecht Podszun/Benjamin Franz

Was ist ein Markt? – Unentgeltliche Leistungsbeziehungen im Kartellrecht 121

Peter W. Heermann

Kartellrechtliche Bewertung von Salary Caps i. S. des UEFA Financial Fair Play Reglements 128

Stefan Napel/Gunnar Oldehaver

Kartellschadensersatz und Gesamtschuldnerausgleich – Ökonomisch faire Schadensaufteilung mit dem Shapley-Wert 135

Ines Bodenstein

Zurück zum bewährten Grundsatz: Wer handelt, haftet – Wegweisende Klärung zum Gesamtschuldnerausgleich bei Kartellgeldbußen durch den BGH in Sachen Calciumcarbid 141

Entscheidungen

Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)

EuGH 04.12.2014 – C-413/13 Vorlage zum nationalen Kartellrecht; Anwendung des Art. 101 AEUV auf Tarifverträge 147

Oberlandesgerichte (OLG)

OLG Düsseldorf 09.01.2015 – VI-Kart 1/14 (V) Zur Zulässigkeit einer Bestpreisklausel eines Hotelportals 148

Sonstige Gerichte

LG Potsdam 22.10.2014 – 2 O 29/14 Zum durch AGB pauschalierten Schadensersatz wegen Kartellbeteiligung 152

Schlussanträge

EuGH 11.12.2014 – C-352/13 Zur Zuständigkeit eines deutschen Gerichts für Klagen gegen mehrere Unternehmen aus verschiedenen Mitgliedstaaten wegen eines gemeinsamen Kartellverstoßes 153

EuGH 11.12.2014 – C-293/13 P und C-294/13 Zur Kooperation im Verwaltungsverfahren der Kommission 158



Editorial

Ingo Brinker

Andere Länder, andere Sitten: ORWI, Illinois Brick und das Auswirkungsprinzip 61

Aufsätze

Thorsten Mäger/Florian von Schreiter

Vertikale Wettbewerbsbeschränkungen und das Internet: Schutz des Verbrauchers oder Behinderung effizienter Vertriebsstrukturen? 62

Wolfgang Wurmnest/Nils Lund

Die internationale Reichweite der europäischen Wettbewerbsregeln nach dem Intel-Urteil des EuG 73

Christoph Wolf

Bezweckte Wettbewerbsbeschränkungen nach dem Urteil „Groupement des cartes bancaires“ 78

Max Foerster

Streitgegenstand und Rechtskraft in Verfahren des GWB 85

Maik Wolf

Markenabgrenzungsvereinbarungen, Nichtangriffsverpflichtungen und Vorrechtserklärungen 90

Entscheidungen

Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)

EuGH 12.11.2014 – C-580/12 P Zur Berücksichtigung unternehmensinterner Verkäufe bei der Bemessung der Geldbuße 99

Bundesgerichtshof (BGH)

BGH 18.11.2014 – KZR 15/12 Interner Gesamtschuldnerausgleich (Calciumcarbid II) 101

Oberlandesgerichte (OLG)

OLG Frankfurt 9.12.2014 – 11 U 95/13 (Kart) Zum Schadensersatz wegen Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung 107

OLG Düsseldorf 15.10.2014 – VI-U (Kart) 42/13 Zur kartellrechtlichen Zulässigkeit markenrechtlicher Abgrenzungsvereinbarungen 109

Neue Zeitschrift für Kartellrecht



NZKart

1 2015

Schriftleitung: Rechtsanwalt *Dr. Ingo Brinker*, München

Editorial

Peter Klocker

Für eine effektive sowie rechtsstaatliche Kartellverfolgung

1

Berichte

Zwischenbericht des Bundeskartellamtes zum Expertenkreis Kartellsanktionenrecht

2

Aufsätze

Gerhard Dannecker

Stellungnahme zum Zwischenbericht des Bundeskartellamtes zum Expertenkreis Kartellsanktionenrecht

14

Thomas Ackermann

Grundrechte juristischer Personen im kartellrechtlichen Sanktionenverfahren: Ein Reformhindernis?

17

Gerhard Dannecker

Der Grundrechtsschutz im Kartellordnungswidrigkeitenrecht im Lichte der neueren Rechtsprechung des EuGH

25

Christoph Dannecker

Die Beweisaufnahme im Kartellordnungswidrigkeitenverfahren: Verfassungsrechtliche Anmerkungen zum Unmittelbarkeitsgrundsatz, Beweisantragsrecht und kontradiktorischen Charakter der Beweisaufnahme

30

Armin Jungbluth

Berücksichtigung von Compliance bei Kartellverstößen

43

Entscheidungen

Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)

EuGH	11. 9.2014 – C-382/12 P	Zur bewirkten Wettbewerbsbeschränkung und zulässigen Nebenabreden (ancillary restraints)	44
EuGH	23.10.2014 – C-302/13	Zur Anerkennung eines kartellrechtlichen Zivilurteils in einem anderen EU-Mitgliedstaat	52

Gericht der Europäischen Union (EuG)

EuG	7.10.2014 – T-534/11	Zur Akteneinsicht von Geschädigten	54
-----	----------------------	------------------------------------	----

Bundesgerichtshof (BGH)

BGH	23. 9.2014 – KVZ 82/13	Marktbeherrschung als Regelbeispiel für die erhebliche Wettbewerbsbehinderung	56
-----	------------------------	---	----

Oberlandesgerichte (OLG)

OLG Düsseldorf	9.10.2014 – VI-Kart 5/14 (V)	Zu Presseveröffentlichungen des Bundeskartellamtes nach Abschluss eines Bußgeldverfahrens	57
----------------	------------------------------	---	----



WU
D3-7212
+Beil.

VersR

Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht

Mit Beilage Ausland Heft 4

VersR 2015, 1189–1232

28

Aufsätze

Krauel, Dr. Wolfgang, und Broichhausen, Dr. Thomas N.
Auswirkungen von Solvency II auf die Vergütungsstrukturen
im Versicherungssektor 1189

Reusch, Dr. Peter
Der Verhaltenskodex des GDV für den Vertrieb von
Versicherungsprodukten 1197

Egger, Matthes
Die vorvertragliche Anzeigepflicht in der Leistungsprüfung
einer Lebensversicherung, Berufsunfähigkeitsversicherung
und Krankheitskostenversicherung 1209

Gaßner, Dr. Maximilian, und Strömer, Jens M.
Mobile Health Applications – haftungsrechtlicher Standard
und das Laissez-faire des Gesetzgebers 1219

Kleinere Beiträge

Prahl, Dr. Albert
Zur Konditionssperre nach § 814 BGB
– Die Rechtsstellung des unentgeltlich Bezugsberechtigten
aus einer Kapitallebensversicherung im Todesfall – 1229

Literaturhinweise 1231

Versicherungsrecht



Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft

Band 104 • Heft 3 • August 2015



EDITORIAL

Martin Nell – zum Gedenken

W. Karten · A. Richter 225

ABHANDLUNG

Der Einfluss ex-post vergüteter Informationsintermediäre auf das Gleichgewicht kompetitiver Versicherungsmärkte

D. Strümpel · A. Hofmann · M. Nell 227

Untersuchung der Entwicklung der Deckungsrückstellung bei Übergang zum neuen Aufsichtsregiment Solvabilität II

J. Bartels 247

Make or Buy or Something Else? – Ein Vorschlag zur Stärkung der Internen-Rating-Kompetenz der Versicherungswirtschaft

T. Linderkamp · C. Schwarzbach · M. Korn · M. Schwalba · J.-M. Graf von der Schulenburg 271

A comment on Schmautz/Lampenius, Net value created: measuring a non-life insurer's performance, ZVersWiss (2013), 237–255

S. Krotter · A. Schueler 285

Reply to the comment

M. Schmautz · N. Lampenius 287

Der Moment der Wahrheit – Eine empirische Untersuchung zu Zufriedenheitsfaktoren im Versicherungsschadenfall

M.-J. Trautinger 289

BUCHBESPRECHUNG

Grünberger, Michael – Personale Gleichheit. Der Grundsatz der Gleichbehandlung im Zivilrecht

C. Armbrüster 311

SCHRIFTTUM

Neuerscheinungen versicherungswissenschaftlicher Bücher-Ausführliche Hinweise

A. Über · I. Krebs 319

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

- Rechtsanwälte Prof. Dr. Christoph v. Einem und Andrea Schlote, München
Neue rechtliche Rahmenbedingungen für Private Debt Fonds 1925
- Rechtsanwalt Dr. Nikolai Warneke und wiss. Mitarbeiterin Sara Thienhaus, Frankfurt a. M.
Strafrechtlicher Schutz und strafrechtliche Grenzen bei der Verhandlung von Finanzierungsverträgen 1929

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

- Bundesgerichtshof 17.9.2015 III ZR 385/14* Unbedenklichkeit des Hinweises in dem Emissionsprospekt für einen geschlossenen Immobilienfonds, dass ein Markt für die Veräußerung des Gesellschaftsanteils des Anlegers zur Zeit nicht vorhanden ist 1935
- Kammergericht 3.3.2015 u. 28.4.2015 6 U 89/14* AGB-Kontrolle von AVB für fondsgebundene Lebens- und Rentenversicherung 1937
- Kammergericht 30.4.2015 8 U 183/13* Zur Aufklärungspflicht des Anlageberaters im Hinblick auf Risiken der Geschäftstätigkeit des Fonds im Zweitmarkt für US-amerikanische Lebensversicherungspolizen 1944

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

- Bundesverfassungsgericht 24.8.2015 2 BvR 2915/14 Zum Anspruch auf Anhörung gerichtlicher Sachverständiger in Verfahren nach der ZPO 1948
- Bundesgerichtshof 5.3.2015 I ZB 74/14 Zur Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit bei der Auslegung eines Vollstreckungstitels, der eine Auskunftspflicht tituliert 1949

Wettbewerbsrecht

- Bundesverfassungsgericht 20.8.2015 1 BvR 980/15 Erstreckung der bußgeldrechtlichen Haftung für Kartellordnungswidrigkeiten auf Gesamtrechtsnachfolger 1953
- Bundesgerichtshof 19.3.2015 I ZR 157/13* Zur Unzulässigkeit eines Hinweises auf die bevorstehende Übermittlung der Daten des Schuldners an die SCHUFA in der Mahnung eines Mobilfunkunternehmens, wenn verschleiert wird, dass ein Bestreiten der Forderung durch den Schuldner ausreicht, um eine Übermittlung der Schuldnerdaten zu verhindern 1955
- Bundesgerichtshof 25.6.2015 I ZR 145/14 Nach § 8 Abs. 4 Satz 1 StBerG keine Pflicht der in § 6 Nr. 4 StBerG bezeichneten Personen, sich als Buchhalter zu bezeichnen; zur Pflicht einer Wirtschaftsinformatikerin, eine durch ihre Angaben hervorgerufene Gefahr der Irreführung des angesprochenen Verkehrs über die von ihr angebotenen Tätigkeiten auf andere Weise auszuräumen, wenn sie auf ihre Befugnis zur Hilfeleistung in Steuersachen hinweist und sich als Buchhalterin bezeichnet oder unter Verwendung von Begriffen wie „Buchhaltungsservice“ wirbt 1957

Bundesgerichtshof	16.6.2015	KZR 83/13	Zur Frage, ob der Betreiber einer Plattform, der der Pflicht zur Übertragung der beitragsfinanzierten Programme der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nachkommt, von diesen hierfür ein Entgelt verlangen kann; zur Unwirksamkeit einer Kündigung, die in Ausführung einer vom Verbot des § 1 GWB erfassten Vereinbarung oder Abstimmung erfolgt	1960
Sonstiges				
Bundesverfassungsgericht	16.7.2015	1 BvR 625/15	Zum nachträglichen Rechtsschutz gegen eine auf der Grundlage von § 287 AO angeordnete Wohnungsdurchsuchung	1968
OLG München	29.4.2015	7 U 185/15	Zur Frage, ob ein im Ausland ansässiger Beklagter inländisches Vermögen im Sinne von § 23 ZPO hat	1969

Bücherschau

Jürgen Niebling (Hrsg.) AnwaltKommentar AGB-Recht, 2. Aufl. 1972
 Rezensent: Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Wurmnest, Augsburg

wm-seminare.de

Börsen-Zeitung
 OLIVER WYMAN

9. Corporate Banking Tag der Börsen-Zeitung

u.a. Hypothesen für das Corporate Banking; Corporate Banking Germany: Positionierung in einem schwierigen Marktumfeld; Kundenverständnis als genetischer Code der Genossenschaftlichen FinanzGruppe; Erfahrungen mit Net Promoter Score bei der Messung von Kundenzufriedenheit im Firmenkundengeschäft; „Anpassung ist nicht genug – das Geschäft mit Unternehmen neu denken“; Landesbanken – vom Krisenverlierer zum Krisengewinner?

5. November 2015 – Steigenberger Metropolitan Hotel, Frankfurt am Main Informationen: Tel. +49 69 2732 205

Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem ***** gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Professor Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopf, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Dr. Hans-Ulrich Joeres, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mülberl, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spär-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz; Rechtsanwalt Reinhard Nützel, Chefsyndikus der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Ernst Padberg (Vorsitzender), Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke

Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Dr. Monika Diakité (0 69) 27 32-172, E-Mail: m.diakite@wmrecht.de;

Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de

Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: mt druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Carl-Friedrich-Gauß-Straße 6, 63263 Neu-Isenburg, Telefon (0 61 02) 30 77 0.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 92,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,08) + € 7,45 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,49 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2015 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechts-gesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Ver-arbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV

Newsline

Franz Rudorfer _____ 691

Neues in Kürze

Florian Studer _____ 698

ABHANDLUNGEN

Fit & Proper-Anforderungen für Kreditinstitute in Österreich und Großbritannien

Sibyll Böck / Christine Astaniou / Sylvia Stock _____ 701

Haftungsausschluss gemäß § 38 UGB und Haftungsgrenze in Anwendung des § 1409 ABGB (OGH 26.2.2015, 8 Ob 2/15z)

Markus Fellner / Tanja Melber _____ 712

Der Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) und seine Umsetzung in Österreich

Daniel W. Blum / Peter N. Csoklich _____ 722

BERICHTE UND ANALYSEN

Geldanlage mit gutem Gewissen? – Eine Privatanleger-Befragung zu nachhaltigen Investments

Herwig Pilaj / Benjamin Reisinger _____ 740

Kredite, Einlagen und Zinssätze der österreichischen Finanzinstitute

Martin Bartmann _____ 747

Was ist eigentlich ... das *Kano-Modell* ?

Ewald Judt / Barbara Aigner / Claudia Klausegger _____ 752

RECHTSPRECHUNG DES OGH

2151. Wirtschaftlich wertloses Pfandrecht an rechtlich inexistentem Superädifikat.
OGH 17. 9. 2014, 6 Ob 38/14b (mit Anm von *W. Rechberger/F. Kieweler*) _____ 753

2152. Zur Haftung wegen der Verletzung kapitalmarktrechtlicher Publizitätsvorschriften.
OGH 20. 3. 2015, 9 Ob 26/14k (mit Anm von *W. Sindelar*) _____ 755

2153. Zur Haftung wegen der Verletzung kapitalmarktrechtlicher Publizitätsvorschriften.
OGH 24. 3. 2015, 4 Ob 239/14x _____ 763

2154. Zur Haftung des Unternehmenserwerbers gemäß § 38 UGB und § 1409 ABGB.
OGH 26. 2. 2015, 8 Ob 2/15z (mit Besprechungsaufsatz von *M. Fellner/T. Melber*) _____ 765

2155. Abgrenzung zwischen Zahlungsstockung und Zahlungsunfähigkeit; Insolvenzindikatoren.
OGH 18. 3. 2015, 3 Ob 181/14k _____ 768

2156. Zum richterlichen Mäßigungsrecht nach § 25d KSchG.
OGH 28. 4. 2015, 10 Ob 24/15z _____ 771

2157. Zur Bindung der Bank an einen nicht angefochtenen Beschluss nach § 98 EheG.
OGH 9. 4. 2015, 2 Ob 168/14s _____ 774

2158. Zur Anrechnung einer Gegenleistung des Übernehmers auf seine Haftung nach § 1409 ABGB. OGH 23. 4. 2015, 2 Ob 60/15k	776
2159. Risikoklasse von Wertpapieren; Bedeutung des Kundenprofils; Pflichten der Depotbank. OGH 20. 5. 2015, 7 Ob 57/15f	777
2160. Zum korrekten Begehren des Anlegers bei Verletzung von Ad-Hoc-Mitteilungspflichten. OGH 21. 4. 2015, 3 Ob 44/15i	778

ERKENNTNISSE DES VwGH

186. Notwendigkeit der Bedachtnahme auf ausländische Veranlagungsvorschriften bei der Feststellung einer Risikokonzentration eines internationalen Finanzkonglomerats. VwGH 17. 11. 2014, 2012/17/0255	778
187. Zu den Voraussetzungen des Widerrufs einer Daueranlage nach der HTM-Methode iSD § 31 Abs 1 Z 3a BMSVG. VwGH 15. 12. 2014, 2013/17/0497	779

FACHLITERATUR 781

WEITERBILDUNG 782

In diesem Heft inserieren: BankVerlagWien, U 2, U 3; Linde Verlag, S. 700, 751; OeNB, S. 721; RZB, S. 745.

Die Inhalte des Österreichischen BankArchivs sind in folgenden Fachdatenbanken verfügbar:

LexisNexis® Online – www.lexisnexus.at (Beiträge und Rsp als Volltext ab 2002);
Lindeonline – www.lindeonline.at (Beiträge und Rsp als Volltext ab 2009)
RDB Rechtsdatenbank – www.rdb.at (Beiträge und Rsp als Volltext ab 2003);
RIDA Rechts-Index-Datenbank – www.rida.at (Beiträge und Rsp als Volltext ab 2003).

IMPRESSUM

Das Bank-Archiv ist eine unabhängige Fachzeitschrift für das gesamte Geld-, Bank- und Börsenwesen mit dem Ziel der Veröffentlichung einschlägiger Informationen für Wissenschaft und Praxis. Es wurde 1953 von o. Univ.-Prof. Dr. h.c. Dr. *Hans Krasensky* als Österreichisches Bank-Archiv begründet und wird seit 1988 als Bank-Archiv geführt (Zitierweise ÖBA). Für den Inhalt der einzelnen Beiträge tragen ausschließlich die Autoren die wissenschaftliche Verantwortung. Das Bank-Archiv veröffentlicht ausschließlich Originalmanuskripte. Manuskripte sind an die Redaktion, Eßlingg. 17/5, A 1010 Wien, zu senden. Die Autoren verpflichten sich mit der Einsendung der Manuskripte, diese bis zur Entscheidung über die Annahme nicht anderweitig zur Veröffentlichung anzubieten. Für unaufgefordert eingereichte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Für die Manuskriptrichtlinien siehe <http://www.bwg.at> > Publikationen > ÖBA > Autoren-Richtlinien – Als Abhandlungen gekennzeichnete Beiträge unterliegen ausnahmslos dem international üblichen Double-Blind-Review-Verfahren.

Eigentümer und Herausgeber: Österreichische Bankwissenschaftliche Gesellschaft, Eßlinggasse 17/5, A 1010 Wien, Tel.: +431 / 533 50 50, Fax: +431 / 533 50 50 33, e-mail: office@bwg.at – Schriftleitung: Dr. *Markus Bunk* – Herausgeber: RA Univ.-Prof. Dr. *Raimund Bollenberger*; Univ.-Prof. Dr. *Peter Bydlinski*; Univ.-Prof. Dr. *Markus Dellinger*; Univ.-Prof. Dr. *Susanne Kalss*; Prof. (FH) Mag. *Otto Lucius*; ao. Univ.-Prof. Dr. *Roland Mestel*; RA Priv.-Doz. MMag. Dr. *Martin Oppitz*; Univ.-Prof. Dr. *Stephan Paul*; Univ.-Prof. Dr. *Stefan Pichler*; RA Univ.-Prof. Dr. *Christian Rabl*; Univ.-Prof. Dr. *Alexander Schopper*; Univ.-Prof. Dr. *Peter Steiner*; Univ.-Prof. Dr. *Karl Stöger* – Herausgeberbeirat: Univ.-Prof. Dr. *Matthias Bank*, CFA; Hofrätin des OGH Dr. *Wilma Dehn*; Dir. Prof. Dr. *Andreas Dombret*; Präsidentin des OGH i.R. Hon.-Prof. Dr. *Irmgard Griss*; Dir. Univ.-Prof. Dr. *Andreas Grünbichler*; Univ.-Prof. Dr. *Michael Hanke*; Vizegouverneur Mag. *Andreas Ittner*; Dir. Dr. *Bernhard Koch*; o. Univ.-Prof. i.R. Dr. Dr. h.c. *Helmut Koziol*; Univ.-Prof. Dr. *Brigitta Lurger*.

Verleger: LINDE VERLAG Ges.m.b.H., Scheydgasse 24, A-1210 Wien, Tel.: +431 24 630 Serie / BankVerlagWien, Eßlinggasse 17/5, A-1010 Wien. Tel.: +431 533 50 50 – **Herstellung:** Satz: Dipl.-HTL-Ing. *Franz König*, BEd, Niederreiterberggasse 13/2/1, A 1230 Wien, Tel.: 01/887 22 71; Druck: novographic Druck GmbH, Walter-Jurmann-Gasse 9, A 1230 Wien, Tel.: 01/888 26 73.

Bestellinformation: ISSN 1015-1516. Erscheinungsweise: monatlich. Bestellungen nehmen jede Buchhandlung oder der Linde Verlag entgegen. Jahresabonnement 2015: € 185,13 inkl. 10% Mehrwertsteuer zzgl. Versandkosten. Unterbleibt die Abbestellung, so läuft das Abonnement automatisch zu den jeweils gültigen Konditionen auf ein Jahr weiter. Abbestellungen sind nur zum Ende eines Jahrganges möglich und müssen bis jeweils spätestens 30. November schriftlich erfolgen. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Anzeigenaufträge werden vom Linde Verlag, Fr. *Hladik*, Tel.: +431 24 630-19, E-Mail: gabriele.hladik@lindeverlag.at, entgegengenommen.

Urheberrechte: Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe insbesondere durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendungen, im Magnetonverfahren oder auf elektronischem, digitalem oder ähnlichem Wege bleiben vorbehalten.

Für den Fall der Annahme und Veröffentlichung des eingereichten Manuskriptes geht das zeitlich und räumlich unbeschränkte, ausschließliche Werknutzungsrecht für alle Sprachen vom Autor/von den Autoren an den Verlag über. Dies gilt insbesondere für das Recht auf Vervielfältigung in allen technischen Verfahren, der Verbreitung, öffentlichen Wiedergabe und Verwertung in jedweder, auch elektronischer Form. Letztere schließt insbesondere das Recht der Speicherung in Datenbanken, der Vervielfältigung auf Speichermedien aller Art, der Ausgabe aus Datenbanken in allen Formen einschließlich der Sendung sowie der Verbreitung von Vervielfältigungsstücken an die Benutzer von Datenbanken ein. Die Einreichung des Manuskriptes gilt als diesbezügliche Erklärung des Einverständnisses zur Einräumung sämtlicher Rechte durch den Autor/die Autoren. Bei Beiträgen von Arbeitsgruppen wird vorausgesetzt, dass die Publikation von allen beteiligten Autoren genehmigt wurde und dass alle mit der Einräumung sämtlicher Rechte an den Verlag einverstanden sind.

Mit dem für Artikel und druckfertige Entscheidungen an den/die Verfasser zu vom Eigentümer und Herausgeber festgesetzten Sätzen geleisteten Honorar ist die Übertragung sämtlicher Rechte abgegolten. Zugleich erlischt damit die Ausschließlichkeit des eingeräumten Verlagsrechts nicht mit Ablauf des dem Jahr des Erscheinens des Beitrags folgenden Kalenderjahres. Dieser Zeitraum gilt keinesfalls für die Verwertung durch Datenbanken.

Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Zeitschrift trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Verlages, des Herausgebers oder der Autoren ausgeschlossen ist. Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in dieser Zeitschrift berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Waren- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Das ÖBA richtet sich an Leser beiderlei Geschlechts. Der einfacheren Lesbarkeit halber wird die männliche Form verwendet.



Inhalt

Aufsätze

Dr. iur. Michael Burkert und Dr. iur. Friedrich L. Cranshaw
**»Bail-in« – Gläubigerbeteiligung in einer Bankenkrise
und die Behandlung von Treuhandverhältnissen — 443**

Rechtsprechung

Finanzgerichtsbarkeit

BFH, Urteil vom 15. 4. 2015 – I R 44/14

**Bilanzierung von Verbindlichkeiten
bei Rangrücktritt — 464**

Zivilgerichtsbarkeit

BGH, Urteil vom 29. 1. 2015 – IX ZR 279/13

**Nutzung der der Gesellschaft durch den
Gesellschafter vermieteten Betriebsanlagen
bei Insolvenz — 467**

BGH, Beschluss vom 16. 4. 2015 – IX ZB 41/14

**Berechnung des unpfändbaren Teils des
Arbeitseinkommens — 476**

BGH, Beschluss vom 23. 4. 2015 – IX ZB 76/12

Gegenstandswert im Berufungsverfahren — 478

BGH, Beschluss vom 23. 4. 2015 – IX ZB 29/13

**Antrag auf Einberufung einer Gläubigerversammlung
zur Abberufung eines Sonderverwalters — 479**

BGH, Beschluss vom 28. 4. 2015 – II ZB 13/14

**Fortsetzung einer durch Eröffnung des Insolvenz-
verfahrens aufgelösten GmbH — 481**

BGH, Beschluss vom 30. 4. 2015 – IX ZR 196/13

**Insolvenzanfechtung der Rückgewähr eines
Gesellschafterdarlehens — 483**

BGH, Urteil vom 30. 4. 2015 – IX ZR 149/14

**Späte Teilzahlungen auf relativ geringfügige
Forderung — 485**

BGH, Beschluss vom 20. 5. 2015 – VII ZB 53/13

Löschung einer vermögenslosen GmbH — 487

Veranstaltungen — 489

Nachrichten — 490

Herausgeber

Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt
in Verbindung mit
Prof. Dr. Walter Bayer
Vors. RiBFH Prof. Dr. Dietmar Gosch
WP/StB Prof. Dr. Norbert Neu
RegDir. Ralf Neumann
RA Prof. Dr. Jochem Reichert

**Gesellschafts-
und Steuerrecht
der GmbH
und GmbH & Co.**
Inhalt

106. Jahrgang
Heft 19/2015

Herausgeber-Beirat

Prof. Dr. Georg Crezelius
Prof. Dr. Detlef Kleindiek
Notar Dr. Thomas Wachter
RA/StB Dr. Götz Tobias Wiese

Aufsätze und Beiträge
Oliver Lange, LL.M. (M&A), LL.M. (Insurance)

Selbstschutzmaßnahmen des Geschäftsführers
einer kriselnden GmbH. Erster Teil: Selbstmanage-
ment

1009

§ 15 FAO Selbststudium
Prof. Dr. Joachim Schiffers

BilRUG: Änderungen im Jahresabschluss der GmbH

1018

Markus Suchanek

Körperschaftsteuerliche Organschaft und atypisch
stille Gesellschaft. Zugleich Anmerkungen zum BMF-
Schreiben vom 20.8.2015

1031

Karl-Fr. Kohlhaas

Die Änderung von Korrespondenzbescheiden. Erstes
BFH-Urteil zu § 32a KStG aus Sicht des GmbH-
Gesellschafters

1035

Rechtsprechung Gesellschaftsrecht

Kapitalerhöhung: Wirksamkeit der Übernahme
eines GmbH-Gesellschaftsanteils im Wege der Kapi-
talerhöhung bei verspäteter Anmeldung nach § 39
GWB (OLG Frankfurt a. M. v. 12.5.2015 – 11 U 71/13
(Kart))

1040

Geschäftsanteil: Keine Fortsetzung von Pfand-
rechten nach Kapitalherabsetzung auf Null mit
anschließender Kapitalerhöhung (LG Kiel v. 30.4.2015
– 16 O 42/14)

1044

GmbH-Prozess: Vertretung der GmbH im Kündi-
gungsrechtsstreit mit ihrem ehemaligen Geschäfts-
führer (OLG Zweibrücken v. 29.7.2015 – 1 U 194/13)

1047

**Der GmbHHR-Kommentar
von Dr. Martin Pröpper**

1049

Rechtsprechung Steuerrecht

Umwandlung: Gewerbesteueranrechnung nach
§ 35 EStG für Veräußerungsgewinne nach Umwand-
lung einer Organgesellschaft in eine Personengesell-
schaft (BFH v. 28.5.2015 – IV R 27/12)

1050

Verdeckte Gewinnausschüttung: Änderung eines
bestandskräftigen Einkommensteuerbescheids ohne
Änderung des Körperschaftsteuerbescheids? (BFH v.
5.6.2015 – VIII B 20/15)

1053

Betriebsaufspaltung: Betriebsaufspaltung mit einer
vermögensverwaltenden GmbH (BFH v. 18.6.2015 –
IV R 11/13)

1055

Organschaft: Wertaufholung von Teilwertabschrei-
bungen auf Beteiligungen an Organgesellschaften
(BFH v. 18.6.2015 – IV R 6/11)

1058

Betriebsaufgabe: Tarifbegünstigung des Betriebs-
aufgabegewinns trotz vorheriger Ausgliederung einer
100 %-Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft zum
Buchwert (BFH v. 28.5.2015 – IV R 26/12)

1061

Verwaltungsanweisungen

Organschaft: Körperschaftsteuerliche Organschaft
unter Beteiligung einer Kapitalgesellschaft, an der
eine atypisch stille Beteiligung besteht (BMF v.
20.8.2015 – IV C 2 - S 2770/12/10001 – DOK 2015/
0717655)

1064

Das gibt Ihnen große
Gestaltungskraft.



Jetzt Probe lesen und bestellen bei
www.otto-schmidt.de/fwg2

Inhalt**IM BLICKPUNKT***Dr. Götz Tobias Wiese, Hamburg*

Die Ära Gosch: Ein Rückblick auf die Rechtsprechung des I. BFH-Senats seit 2005 R 289

Unternehmensrecht

Zur Erinnerung: Haftungsfolgen für Gesellschafter bei unterbliebener Offenlegung einer wirtschaftlichen Neugründung begrenzt R 294

Registeranmeldung der Amtsbeendigung eines nicht eingetragenen Geschäftsführers R 294

Steuer- & Bilanzrecht

Neues zur verdeckten Gewinnausschüttung R 295

Ermittlung des Ermäßigungshöchstbetrags nach § 35 EStG R 296

Sondervergütungen als kapitalertragsteuerpflichtiger Teil des Gewinns eines Betriebs gewerblicher Art R 296

Arbeits- & Sozialrecht

Nochmals: Frauenquote für Führungspositionen R 297

Arbeitnehmer oder freier Mitarbeiter – das Weisungsrecht ist entscheidend R 298

Tariflohn – auch in einer Notlage ist die Bindung an einen Tarifvertrag gegeben R 298

Europa-Praxis

EuGH: Schachtelstrafe bei fehlender Möglichkeit zur Gruppenbesteuerung aus Gründen der Ansässigkeit nicht europarechtskonform R 299

Wirtschafts-Praxis

Wirtschaftliche Bedeutung des Profifußballs in Deutschland R 300

Zeitschriftenspiegel

R 301

Buchbesprechung

Körperschaftsteuergesetz: KStG (Dr. Wolfgang Walter) R 302

Impressum

R 304

Dieser Ausgabe liegen folgende Prospekte bei: „Das neue Fachmodul Internationales Steuerrecht“; „Das neue Markenmodul Hübschmann/Hepp/Spitaler“ und „Kölner Tage Umwandlungssteuerrecht – Aktuelle Entwicklungen und Praxiserfahrungen“, Verlag Dr. Otto Schmidt. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

Gesellschaftsrechtler gehen online aufs Ganze.



Premiummodul Gesellschaftsrecht: uneingeschränkter Zugang zur kompletten Online-Bibliothek für Gesellschaftsrechtler aus dem Verlag Dr. Otto Schmidt. Komfortabel ver-

linkt mit der Rechtsprechungs- und Gesetzesdokumentation von juris. Überzeugen Sie sich selbst beim **4-Wochen-Gratis-Test**. Anrufen 02 21 9 37 38-999 oder an-

klicken www.otto-schmidt.de/online-gesellschaftsrecht

JURIS[®] Das Rechtsportal

In.diesem Heft

BFG entscheidet erstmals zu Erstattung der Abgeltungssteuer (*Fraberger, Wytzens*) 1317

Schwerpunkt Steuerreform: Rückwirkende Änderungen der Abschreibungen und der Instandsetzungen (*Prodinger*) 1320

Schwerpunkt Steuerreform: Steuerliche Erleichterungen für ausländische Fachkräfte, Wissenschaftler und Forscher (*Haas*) 1330

Investitionsbedingter Gewinnfreibetrag und Handelsvertreterpauschalierung 1335

VwGH anerkennt Rückstellung für Abbruch- und Rekultivierungskosten (*G. Moser*) 1336

Bilanzielle Darstellung von Abfertigungsversicherungen (*Stopper*) 1339

Bestimmung der Vertragsdauer von Bestandverträgen im Anwendungsbereich des MRG (*Twardosz*) 1344

Steuertermine im Oktober 1347

Aus der jüngsten Rechtsprechung (aktuelle Steuerjudikatur) 1348

- Vertreter: Haftung
- Finanzstrafverfahren

- Geschäftsführer: Haftung

Impressum:
Siehe letzte Umschlagseite

Inhaltsverzeichnisdienst per E-Mail.
Anmeldung unter <http://www.lindeverlag.at/newsletter/anmeldung/neu/>

SWK

Redaktion: Prof. Gerhard Gaedke/Dr. Gerhard Kohler
Dr. Christa Lattner/Mag. Stefan Menhofer
Dipl.-Kfm. Eduard Müller/Dr. Michael Tumpel
Tel. Redaktion: +43 1 24 630, **Fax:** DW 51
E-Mail Redaktion: redaktion@lindeverlag.at
Tel. Verlag: +43 124 630 Serie, **Fax:** DW 23
Adresse: 1210 Wien, Scheydgasse 24

StuB

HOFFMANNS STREIFLICHTER

729 **Zwischen Eigen- und Fremdkapital (I)**

WP/StB Prof. Dr. Wolf-Dieter Hoffmann

STEUER- UND BILANZPRAXIS

731 **Die neue Umsatzabgrenzung nach BilRUG**

So weitreichend ist sie nicht

Prof. Dr. Nadine Antonakopoulos

734 **Rechnungslegung von Genossenschaften**

Änderungen durch das BilRUG

RA/WP/StB Dr. Ulf-Christian Dißars

738 **Der Regierungsentwurf zum APAReG**

Umsetzung der europäischen Vorgaben zur Abschlussprüferaufsicht

WP/StB Dr. Tobias Tebben

743 **Begünstigtes Vermögen nach dem Regierungsentwurf zur Neuregelung der Erbschaftsteuer**

Neudefinition und steuerliche Konsequenzen

Prof. Dr. Tina Hubert

748 **BMF modifiziert sein Schreiben zu § 55 Abs. 4 InsO**

Anmerkungen zu BMF-Schreiben vom 20. 5. 2015

Prof. Dr. Jens M. Schmittmann

PRAXISFÄLLE

754 **Phasengleiche Vereinnahmung von Beteiligungserträgen auch beim Minderheitsgesellschafter?**

WP/StB Prof. Dr. Peter Oser

AKTUELL BERATEN

755 **Vertrauensschutz bei Bauleistungen**

StB Michael Seifert

KURZNACHRICHTEN

757 **Werkzeugkostenzuschüsse eines Autoteilezulieferers**

757 **Tilgungszuschüsse im Rahmen des Programms „KfW – Energieeffizient Sanieren“**

757 **Beginn der Verzinsung bei Auflösung eines Investitionsabzugsbetrags**

759 **Ackerquote als selbständiges immaterielles Wirtschaftsgut?**

760 **Anforderungen an die Nachhaltigkeit bei gewerblichem Grundstückshandel**

760 **Freibetrag nach § 16 Abs. 4 EStG für einen gesondert und einheitlich festgestellten Veräußerungsgewinn**

760 **Keine quellenbezogene Betrachtung bei Ermittlung des Ermäßigungshöchstbetrags nach § 35 EStG**

761 **Steuerfreiheit von Trinkgeldern**

761 **Telefoninterviewer als Arbeitnehmer**

762 **Dienstreise-Kaskoversicherung des Arbeitgebers für Kfz des Arbeitnehmers und steuerfreier Fahrtkostenersatz**

762 **Behandlung und Zuflusszeitpunkt des Sachbezugs „Job-Ticket“**

762 **Nettolohnoptimierung durch steuerfreie Arbeitgeberleistungen**

763 **Unentgeltliche oder verbilligte Flüge**

763 **Keine Steuerbefreiung für ein tatsächlich nicht für eigene Wohnzwecke genutztes Einfamilienhaus**

764 **Verkauf von mindestens 140 Pelzmänteln bei „eBay“ durch eine Finanzdienstleisterin**

765 **Anforderung an den Buch- und Belegnachweis bei innergemeinschaftlichen Lieferungen**

765 **Ermäßigter Steuersatz für Leistungen aus der Tätigkeit als Schausteller**

 **Merksatz**

 **Literatur**

 **Weblink**

 **Informationen**

 **Audio**

 **Siehe auch**

 **Community**

 **Quelle**

 **Video**

 **Galerie**

 **Berechnung**

GStB Gestaltende Steuerberatung

Steuerplanung · Steueroptimierung · Gestaltungsmodelle



Ihr Plus im Netz: gstb.iww.de | S. 345 – 380
Online | Mobile | Social Media

10 | 2015

Kurz informiert

Steuerliche Rahmenbedingungen werden ab 2016 schlechter.....	345
Neue Broschüre „Vereine und Steuern“	345
OFD NRW: Nochmals – „Kassenbonus“ und Sonderausgabenabzug.....	346

Darlehensforderung

Vorsicht bei einfachem Rangrücktritt: BFH bestätigt Bilanzierungsverbot	347
---	-----

Personengesellschaften

Betriebliche Veranlassung von Darlehen einer KG an ihre Gesellschafter.....	350
---	-----

Steuerticker

Neues aus Gesetzgebung und Finanzverwaltung auf den Punkt gebracht.....	354
---	-----

Geschäftsführer-Versorgung

Betriebsprüfungsfälle „Pensionszusage“: Fall 3 – Abfindung bei Liquidation der GmbH	359
--	-----

Beratungsschwerpunkte bei Vermietungseinkünften

Vorweggenommene Erbfolge bei V+V: „Steuerfallen“ und Gestaltungsmöglichkeiten.....	366
---	-----

Merklblatt zur Umsatzsteuer

Umsatzsteuerbetrug: So dokumentieren Sie den guten Glauben prüfungssicher!	371
---	-----

Betriebsaufspaltungen

Erstreckt sich die Gewerbesteuerbefreiung nach § 3 Nr. 20 GewStG auch auf das Besitzunternehmen?	374
---	-----

Der praktische Fall

Die Immo-Glück-KG: Bessere Verlustverrechnung bei einer vermögensverwaltenden KG möglich.....	377
--	-----

Editorial	I
Impressum	IX

Entscheidungen

Verfahrensrecht

BGH 3 StR 528/14 v. 22.01.2015 Verletzung des Grundsatzes der persönlichen Vernehmung	533
BGH 3 StR 557/14 v. 03.02.2015 Verlesung ärztlicher Berichte	533
BGH 5 StR 336/14 v. 13.08.2014 Verlesung eines Behördengutachtens	534
BGH 5 StR 110/15 v. 13.04.2015 Verlesung eines polizeilichen »Tathergangsberichts« (Ls)	535
OLG Hamburg 2 Ws 12/15 v. 09.02.2015 Dauer der Verteidigerbestellung bei Untersuchungshaft	535
OLG Bamberg 1 Ws 622/14 v. 03.12.2014 Notwendige Verteidigung nach Urteilsabsprache in erster Instanz <i>m. Anm. König/Harrendorf</i>	539
OLG Dresden 3 Ws 9/15 v. 09.02.2015 Notwendige Verteidigung bei Berufung der Staatsanwaltschaft (Ls)	541
OLG Schleswig 1 Ss 39/15 v. 28.04.2015 Verlesung polizeilicher Email-Korrespondenz mit Zeugen	541
OLG Düsseldorf 2 RVs 11/15 v. 23.01.2015 Verlesung eines Attestes	542
LG Braunschweig 3 Qs 51/15 v. 18.05.2015 Notwendige Verteidigung (Ls)	543
LG Stendal 501 Qs 19/15 v. 15.04.2015 Pflichtverteidigerbeordnung bei Verkündung eines Haftbefehls	543
LG Köln 117 Kls 1/15 v. 13.02.2015 Entpflichtung des beigeordneten Verteidigers wegen Untätigkeit (Ls)	544
LG Berlin (533) 254 Js 33/13 Kls v. 19.02.2014 Verlesung polizeilicher Observationsberichte <i>m. Anm. Matthias Krüger</i>	544

Strafrecht

BVerfG 1 BvR 1036/14 v. 26.02.2015 Beleidigung der Polizei	548
BGH 2 StR 494/13 v. 19.11.2013 Strafrahmen bei vertyppten Strafmilderungsgründen und minder schwerem Fall <i>m. Anm. Schlothauer</i>	549
BGH 2 StR 83/14 v. 24.06.2014 Vorrang der obligatorischen Strafrahmenmilderung vor minder schwerem Fall <i>m. Anm. Schlothauer</i>	551
BGH 3 StR 70/15 v. 18.03.2015 Strafrahmenwahl bei minder schwerem Fall und vertypptem Strafmilderungsgrund <i>m. Anm. Schlothauer</i>	552
BGH 3 StR 315/14 v. 20.08.2014 Strafschärfung wegen einer Vielzahl weiterer, nicht angeklagter Taten <i>m. Anm. Staudinger</i>	552
BGH 2 StR 259/14 v. 07.01.2015 Strafschärfende Berücksichtigung nicht abgeurteilter Taten	555
BGH 2 StR 221/14 v. 24.07.2014 Berücksichtigung anwaltsrechtlicher Sanktionen bei der Strafzumessung (Ls)	556
BGH 1 StR 200/15 v. 19.05.2015 Strafzumessung beim Erpressungsversuch	556
BGH 2 StR 48/15 v. 16.04.2015 Kompensation für überlange Verfahrensdauer	557
BGH 2 StR 19/15 v. 09.04.2015 Strafzumessungsgrundlagen nach Revisionsaufhebung	557
BGH 3 StR 92/15 v. 28.04.2015 Erneute Strafzumessungsentscheidung nach vorangegangener Urteilsaufhebung zu Gunsten des Angeklagten	558
BGH 2 StR 540/14 v. 29.04.2015 Strafschärfende Wertung allgemeiner Verletzungsfolgen	559
BGH 4 StR 213/14 v. 04.12.2014 Anwendungsbereich des Täter-Opfer-Ausgleichs	559
BGH 3 StR 595/14 v. 03.03.2015 Strafmildernde Tataufklärung bei Bandentaten	560
BGH 2 StR 379/14 v. 17.03.2015 Geldstrafe statt Mindestfreiheitsstrafe; Rücktritt vom Raubversuch	561

BGH 2 StR 523/14 v. 18.02.2015 Rechtsstaatswidrige Verfahrensverzögerung	563	Vollzugsrecht	
BGH 5 StR 22/15 v. 10.03.2015 Gesamtstrafenbildung	563	OLG Hamm 1 Vollz (Ws) 28/14 v. 28.04.2014 Vollzugslockerungen zur Vermeidung der Vollstreckung von Sicherungsverwahrung	573
BGH 3 StR 40/15 v. 03.03.2015 Gesamtstrafenbildung und Spezialitätsgrundsatz	563	OLG Nürnberg 1 Ws 213/14 v. 19.08.2014 Anfechtung des Vollzugsplans in der Sicherungsverwahrung: Feststellungsinteresse nach Erledigung	575
BGH 4 StR 89/15 v. 06.05.2015 Strafaussetzung bei Therapiebereitschaft	564	KG 2 Ws 342/14 Vollz v. 30.09.2014 Pflichtverteidigerbestellung in Vollzugssachen bei Sicherungsverwahrung	577
OLG Naumburg 2 Rv 154/14 v. 07.01.2015 Rechtsfehlerhafte Strafzumessung	564	OLG Saarbrücken Vollz (Ws) 14/13 v. 17.10.2013 Auskunftsanspruch gegen die Maßregelvollzugseinrichtung (Ls)	578
OLG Köln 1 RVs 247/14 v. 17.03.2015 Verwarnung mit Strafvorbehalt bei fahrlässiger Körperverletzung	565	Aufsätze	
OLG Celle 31 Ss 9/15 v. 27.03.2015 Beleidigung eines Richters	566	Irrungen und Wirrungen der »Hasskriminalität« – Zum strafprozessualen Umgang mit dem neuen § 46 Abs. 2 S. 2 StGB David Jungbluth	579
OLG München 5 OLG 13 Ss 535/14 v. 06.11.2014 Berechtigte Beleidigung von Polizeibeamten	570	Die fragwürdige Strafschärfung wegen verjährter Taten Lorenz Leitmeier	585
LG Hof 4 Qs 46/15 v. 28.04.2015 Strafbarkeit ehrverletzender Äußerungen im Rahmen einer Vertrauensbeziehung	571	Verteidigung in grenzüberschreitenden Strafverfahren in Europa Jörg Arnold	588
AG Köln 613 Ls 19/15 v. 27.02.2015 Absehen von Strafe bei Tötung auf Verlangen	572	Zeitschriften	
		Auslese wichtiger Fachzeitschriftenbeiträge	598

Vorschau

Aus dem Inhalt der nächsten Hefte:

Tillmann Bartsch Zur Folgerung von niedrigen Beweggründen aus einer besonders brutalen Tatausführung; **Susanne Rosenstock** Rotwein auf der weißen Weste oder: Der die Tat bereuende Unschuldige – Das Geständnis als Zustimmungserfordernis für eine Verfahrenserledigung nach § 153a StPO? –; **Gerhard Strate** Die forensische Psychiatrie und das lästige Verfassungsgericht – Zugleich Besprechung von OLG Rostock, Beschl. v. 02.01.2014 – Ws 388/13;

Carsten Rinio OLG Hamburg, Beschl. v. 07.11.2014 – 1 Ws 117/14 (Beschwerde gegen Ordnungsmittelbeschluss); **Jan Schlösser** BGH, Urte. v. 08.10.2014 – 1 StR 359/13 (Gewerbs- und bandenmäßiger Betrug); **Carl-Friedrich Stuckenberg** EGMR, Urte. v. 15.01.2015 – Individualbeschwerde-Nr. 48.144/09 (Cleve ./ Germany) (Verletzung von Art. 6 Abs. 2 EMRK)

Die Homepage des *Strafverteidiger* erreichen Sie unter folgender Adresse: stv-online.de.
Die Online-Version des StV finden Sie auf JURION.de.

Inhalt

Artikel

Frank Meyer

**„Reformiert die Rückgewinnungshilfe!“ – Denkanstöße
für eine Generalüberholung der Vermögensabschöpfung — 241**

Marcelo David Lerman

**Zuständigkeitskollision in Fällen des entschuldigenden Notstandes –
Über die Grenzen der Anwendbarkeit des § 35 Abs. 1 Satz 2 StGB — 284**

Tobias Kulhanek

**Kategorisierung einer Verbandsstrafbarkeit nach verschiedenen Deliktstypen
und -formen – Überlegungen zu eigenhändigen Delikten, Täterschaft und
Teilnahme, Amtsdelikten und subjektiven Tatbestandsmerkmalen — 303**

Kyriakos N. Kotsoglou

Über die Wahlfeststellung als Zombie-Norm — 334

Christoph Dannecker

**Der nemo tenetur-Grundsatz – prozessuale Fundierung und Geltung
für juristische Personen — 370**

Erol Pohlreich

**Besonderheiten im Recht der Strafvollstreckung und des Strafvollzugs
bei ausländischen Straftätern — 410**

Buchbesprechung

Brian Valerius

**Johannes Kaspar: Verhältnismäßigkeit und Grundrechtsschutz
im Präventionsstrafrecht — 428**

**IN ALLER KÜRZE**

2

THEMA**Patrick O. Kainz: Entlassung wegen Hasspostings**

3

Soziale Medien, Diskussionsplattformen und Blogs werden leider oft auch dazu benutzt, um unter dem Deckmantel vermeintlicher Anonymität im Internet gegen andere zu hetzen. Der Autor geht in seinem Beitrag der Frage nach, ob solche „Hasspostings“, die von einem Dienstnehmer in seiner Freizeit auf privaten Kommunikationsgeräten verfasst und in das Internet gestellt werden, arbeitsrechtliche Konsequenzen – konkret eine Entlassung – nach sich ziehen können.

RECHTSPRECHUNG**» ARBEITSRECHT**

Letzte Bedienung 30 Minuten vor Sperrstunde – Entlassung?	7
Freiwillige Schlüsselrückgabe nach Kündigung – Arbeitsverweigerung?	8
Entlassung eines Flugbegleiters wegen Sachbeschädigung	8
Entlassung nach der Entwendung eines Blumenstraußes	9
Weitergabe vertraulicher Informationen durch Bauleiter – Entlassung	9
Entlassung wegen Tätigkeiten außer Haus im Krankenstand	10
Kündigungsschädigung bei Selbstkündigung mit Austrittsgrund?	10
Verstoß gegen die Treuepflicht nach DV-Ende	12

» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

Sonderzahlungsanspruch für Handelsangestellte mit Anspruch auf Garantieprovision	12
Ansatz einer Trinkgeldpauschale bei Fußpflegerin in Altersheim	13
Verspätete SV-Meldung nach Rückkehr aus Karenz – Beitragszuschlag?	14
SV-Meldung durch GmbH per Fax – Meldepflichtverletzung	14
Antrag auf bescheidmäßige Feststellung des Beitragsrückstands	14

» LOHNSTEUER UND ABGABEN

BFG: Abfertigungsanspruch eines GmbH-Gesellschafters bei Aufstockung seiner Anteile?	15
BFG: Abfertigungsbesteuerung nach grenzüberschreitender Konzernversetzung	17
BFG: Begünstigte Besteuerung für übernommene Alt-Abfertigungsansprüche bei Konzernversetzung?	18

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

19



ABHANDLUNGEN

Sitz- und Stimmrecht der Arbeitnehmervertretung im Nominierungsausschuss gemäß § 29 BWG 299
 PETER JABORNEGG

Die Auswirkungen der Urteile des EuGH in den Rs Brey und Dano auf die österreichische Rechtslage 308
 JOHANNES PEYRL

Urlaubsanspruch und Beschäftigungsausmaß – Auswirkungen der EuGH-Rechtsprechung auf das UrlG 312
 FRIEDRICH STEINER

ENTSCHEIDUNGSBESPRECHUNGEN

Adipositas ist nicht das Ende! 316
 WOLFGANG KOZAK
 zu EuGH vom 18.12.2014, C-354/13, FOA

Begünstigung von Frauen bei der Vertragsarztwahl 322
 RUDOLF MOSLER
 zu VfGH vom 9.12.2014, V 54/2014

Unwirksamer Kündigungsverzicht bei Kenntnis des Arbeitnehmers vom Vollmachtsmissbrauch des Arbeitgeber-Vertreters 328
 STEFAN KÜHTEUBL
 zu OGH vom 29.10.2014, 9 ObA 68/14m

Deutsches Kündigungsschutzrecht konkludent ausgewählt 334
 FLORIAN G. BURGER
 zu OGH vom 25.11.2014, 8 ObA 34/14d

Grenzen der Arbeitszeit für Bedienstete der österreichischen Seilbahnen 340
 GERDA HEILEGGGER
 zu OGH vom 25.11.2014, 8 ObA 67/14g

Kein Export von Pflegegeld bei Unzuständigkeit nach der VO 883/2004 344
 ELIAS FELTEN
 zu OGH vom 25.11.2014, 10 ObS 96/14m

Öffentlichkeitsarbeit als Personalvertretungstätigkeit 349
 WOLFGANG GORICNIK
 zu OGH vom 23.1.2015, 8 ObA 77/14b

PERSONALIA

Zum 75. Geburtstag von Josef Cerny – Zwischen Rechtswissenschaft, Sozialpolitik und Krisenmanagement 355
 KLAUS-DIETER MULLEY

AUS DER GESCHICHTE DES ARBEITSRECHTS UND DES SOZIALRECHTS

Klasse – Geschlecht – globale Differenz: Drei Achsen der Ungleichheit in der Gründungsstunde der Internationalen Arbeitsorganisation im Jahr 1919 358
 SUSAN ZIMMERMANN

BUCHBESPRECHUNGEN

Eichenhofer 367
 Recht des aktivierenden Wohlfahrtsstaates
 ROBERT REBHAIN

Schneider 368
 Entgeltfortzahlung und Konkurrenzen
 MONIKA DRS

Tomandl 369
 Urlaubsrecht – eine kritische Analyse
 CHRISTOPH KLEIN

Löschnigg/Ruß 371
 Handels-KV 2014
 MIRIAM MITSCHKA

Inhalt

<i>Resch (Hrsg)</i> Arbeitsvertrag und betriebliche sowie außerbetriebliche Weiterbildung HANNES SCHNELLER	372
<i>Schubert/Jerchel/Düwell</i> Das neue Mindestlohngesetz – Grundlagen und Auswirkungen MICHAELA FISCHER	373
<i>Lang</i> Abfertigung neu – Persönlicher, örtlicher und zeitlicher Anwendungsbereich KLAUS MAYR	374
<i>Ludwig</i> Mitbestimmung im europäischen Konzern DOMENICO RIEF	375



Editorial – „50 Jahre Zeller Tagung“ RUDOLF MOSLER	378
ABHANDLUNGEN	
Der Einfluss der „Zeller Tagung“ auf die Entwicklung des Arbeitsrechts und des Sozialrechts JOSEF CERNY	379
Missbrauchsfragen bei Betriebsübergang CHRISTOPH KIETAIBL	396
Betriebsübergang – Fragen des Rechtsmissbrauches GERHARD KURAS	402
Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur Koalitionsfreiheit ANGELIKA NUßBERGER	408
Die Koalitionsfreiheit im österreichischen Recht FRANZ MARHOLD	413
Vertrauensschutz im Sozialrecht WALTER J. PFEIL	420
Vertrauensschutz im Sozialrecht INGRID SIESS-SCHERZ	433
Zugang zu Sozialleistungen unter Berücksichtigung des Aufenthaltsstatus MICHAELA WINDISCH-GRAETZ	444
Der Zugang zu Sozialleistungen MARIA BERGER	450
Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit des nichtärztlichen, extramuralen Vertragspartnerrechts auf dem Prüfstand MIRIAM MITSCHKA	454
Kollektivvertragliche Durchrechnungsmodelle und Teilzeitbeschäftigung BARBARA WINKLER	458
Nachträgliche Änderungen iZm Betriebspensionszusagen – Ausscheiden aus dem Geltungsbereich der Betriebsvereinbarung MARTA J. GLOWACKA	462
Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung am Beispiel der In-vitro-Fertilisation STEPHANIE PRINZINGER	467



ENTSCHEIDUNGEN

ARBEITSRECHT

170 Elternteilzeit: Recht auf Rückkehr in die vorherige Position OGH 24.6.2015, 9 ObA 64/15z	233
171 1. Nicht mehr rückforderbares Arbeitslosengeld unterliegt den Anrechnungsbestimmungen, 2. Bei anderweitig erworbenem Verdienst sind einzelne Zeitabschnitte zu vergleichen, 3. Keine Verpflichtung ein „Zwischenarbeitsverhältnis“ einzugehen bei Bindung an ein anderes Dienstverhältnis. OGH 25.6.2015, 8 ObA 82/14p	233
172 Unmittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechts: Unzulässige Kürzung einer Betriebspension OGH 29.4.2015, 9 ObA 10/15h	235
173 Vorenthaltung einer „Teamprovision“ – Austritt während laufender Verhandlungen ohne Nachfristsetzung unberechtigt OGH 28.4.2015, 8 ObA 33/15h	235
174 Fälschung von Kundenunterschriften durch Bankangestellten – Entlassung wegen Vertrauensunwürdigkeit berechtigt OGH 27.5.2015, 8 ObA 36/15z	236
175 Entlassung wegen Vorlage von Urkunden mit dem Bankgeheimnis unterliegenden Daten im arbeitsgerichtlichen Verfahren und Sachverhaltsdarstellung an die Finanzmarktaufsicht nicht gerechtfertigt OGH 24.6.2015, 9 ObA 43/15m	236
176 Auch frühere Verstöße, die nur zu Ermahnung führten, können bei Entlassung wegen neuerlichen Vorwurfs in Würdigung des Gesamtverhaltens einfließen OGH 28.4.2015, 8 ObA 12/15w	238
177 Verstoß gegen arbeitsvertragliche Vereinbarung über Verschwiegenheitspflichten nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses – erfolgreiche Unterlassungsklage der Arbeitgeberin OGH 24.6.2015, 9 ObA 70/15g	239
178 Reine Kundenschutzklausel keine unbillige Erschwerung des Fortkommens. Drohender Kundenverlust rechtfertigt einstweilige Verfügung OGH 28.5.2015, 9 ObA 59/15i	239
179 Über Zulässigkeit einer Konkurrenzklausel entscheiden Umstände zum Vereinbarungszeitpunkt, nicht jene zum Zeitpunkt der Vertragsverletzung (wie zB eine geringe Schadenshöhe) OGH 29.4.2015, 9 ObA 25/15i	240
180 Entlassung eines Betriebsratsmitglieds wegen Weitergabe von Gehaltsdaten unzulässig OGH 27.5.2015, 8 ObA 17/15f	240
181 Kein Haftungsprivileg eines „gleichgeordneten“ Arbeitnehmers mangels „Aufseher“-Eigenschaft OGH 29.4.2015, 9 ObA 46/15b	241
182 Betriebsübergang: Kein Anspruch auf Lohnfortzahlung für die fiktive Dauer einer vom Arbeitgeber einzuhaltenden Kündigungsfrist bei privilegierter Arbeitnehmer-Kündigung OGH 28.4.2015, 8 ObA 28/15y	242
183 Lehrverhältnis – Austritt wegen mangelnder Ausbildung berechtigt OGH 28.5.2015, 9 ObA 50/15s	244
184 Zulässige Endtermine bei vorzeitiger Auflösung nach § 15a BAG richten sich nach Gesamtdauer der Lehrzeit (und nicht nach Dauer des aktuellen Lehrverhältnisses nach Wechsel des Lehrberechtigten) OGH 29.4.2015, 9 ObA 38/15a	244
185 Vertragsbediensteten gebührt Zulage bei überwiegender Verwendung in der betreffenden Funktion, die Innehabung einer Planstelle ist nicht erforderlich OGH 28.5.2015, 9 ObA 55/15a	246
186 Ergibt die Auslegung einer Gesamtpensionsvereinbarung, dass alle Leistungen der gesetzlichen Pensionsversicherung anrechenbar sind, umfasst dies auch eine Hinterbliebenenpension OGH 29.4.2015, 9 ObA 138/14f	246

Inhalt

187 Bekämpfung einer Weisung des ausgegliederten Rechtsträgers an den zugewiesenen Beamten: Unzulässigkeit des Rechtswegs	247
OGH 29.4.2015, 9 ObA 151/14t	
188 Keine Anwendung der Satzung des BAGS-KollIV auf physikalische Ambulatorien	248
OGH 29.4.2015, 9 ObA 35/15k	
189 Berechnung der Jahresremuneration nach Ist-Lohn, wenn dieser den Kollektivvertragslohn nicht oder um maximal 15 % übersteigt; entsprechende Kürzung der Jahresremuneration bei Mitverschulden des Arbeitnehmers an der unberechtigten Entlassung	248
OGH 28.5.2015, 9 ObA 6/15w	
190 Anrechnung von Vordienstzeiten nach dem Kollektivvertrag für Angestellte des Metallgewerbes: Berücksichtigung auch von relevanten Zeiten im Bereich anderer Kollektivverträge	249
OGH 29.4.2015, 9 ObA 39/15y	
191 Der Begriff des Arbeitnehmers iSd Massenentlassungsrichtlinie	250
EuGH 9.7.2015, C-229/14, <i>Balkaya</i>	
192 Ungleichbehandlung von „Aushilfspersonal“ gegenüber Beamten bei einer Dienstalterszulage ist ohne sachliche Gründe unzulässig	252
EuGH 9.7.2015, C-177/14, <i>Maria José Regojo Dans/Consejo de Estado</i>	
193 Kein Verstoß Irlands gegen die Arbeitszeitrichtlinie bei nicht voll ausgebildeten Krankenhausärzten	254
EuGH 9.7.2015, C-87/14, <i>Europäische Kommission/Irland</i>	
194 Recht auf Elternurlaub besteht unabhängig von der Erwerbssituation des anderen Elternteils	254
EuGH 16.7.2015, C-222/14, <i>Konstantinos Măistrellis/Ypourgos Dikaïosynis, Diafaneias kai Anthroponon Dikaïomaton</i>	
195 Stillschweigen des dienstfreigestellten Arbeitnehmers auf Anweisung zum Urlaubsverbrauch: Keine Urlaubsvereinbarung	256
OGH 25.6.2015, 8 ObA 48/15i	
196 Kündigung eines Vertragsbediensteten wegen Verspätung unwirksam	256
OGH 29.4.2015, 9 ObA 154/14h	
197 Sondervertrag nach VBG und arbeitsrechtlicher Gleichbehandlungsgrundsatz	257
OGH 28.5.2015, 9 ObA 122/14b	
198 Internationale Zuständigkeit für eine Klage des Arbeitgebers auf gerichtliche Zustimmung zur Entlassung	258
OGH 25.6.2015, 8 ObA 41/15k	

ARBEITSLOSENVERSICHERUNGSRECHT

199 Leistungseinstellung wegen genereller Arbeitsunwilligkeit, auch wenn zwei der drei Zuweisungen die identische Beschäftigung betreffen. Auch ist für in München lebende, aber in Österreich Arbeit Suchende entsprechende Wegzeit zumutbar.	259
VwGH 23.3.2015, Ro 2014/08/0023	
200 Keine Sperre gem § 10 AIVG, wenn Tätigkeitsprofil der Stellenausschreibung nicht den tatsächlichen Anforderungen entspricht	260
BVwG 17.4.2015, G309 2014548-1	
201 Anzeige wegen Falschaussage als Zeuge im Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht	261
BVwG 27.5.2015, L503 2011670-1	
202 Zurückziehung des Antrags auf Arbeitslosengeld auch nach Erhalt der Mitteilung über die Leistungshöhe zulässig	261
BVwG 12.3.2015, W209 2007916-1	
203 Der Familienzuschlag ist ein Bestandteil des Arbeitslosengeldes; wird ein Kind geboren, hat dies im laufenden Bezug ohne neuerliche Antragstellung unmittelbaren Einfluss auf die Anspruchshöhe.	262
VwGH 29.4.2015, Ra 2014/08/0068	



204 Materialkostenersatz des Hausbesorgers bleibt lediglich bei der Beurteilung der Arbeitslosigkeit, nicht aber bei der Einkommensanrechnung im Notstandshilfebezug außer Betracht BVG 22.4.2015, W141 2002791-1	263
205 Grenzüberschreitende Arbeitskräfteüberlassung und Notwendigkeit einer Beschäftigungsbewilligung EuGH 18.6.2015, C-588/13, <i>Martin Meat</i>	263

SOZIALRECHT

206 Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht bei Zurückweisung wegen entschiedener Sache OGH 28.4.2015, 10 ObS 17/15w	264
207 Dienstnehmereigenschaft eines Platzwartes auf einem Eislaufplatz VwGH 29.4.2015, 2013/08/0196	264
208 Dienstgebereigenschaft eines Sportvereins VwGH 29.4.2015, 2013/08/0188	265
209 Absolute Altersgrenze für den Kinderzuschuss OGH 28.4.2015, 10 ObS 18/15t	266
210 Neue Rechtsprechung zu voraussichtlich dauerhafter Invalidität bzw Berufsunfähigkeit OGH 30.7.2015, 10 ObS 40/15b	266
211 Triebwagenführer (ÖBB) kein angelernter Beruf OGH 24.3.2015, 10 ObS 22/15f	267
212 Verweisbarkeit eines Kfz-Mechanikers auf die Tätigkeit eines Kundendienstberaters in Kfz-Werkstätten OGH 24.3.2015, 10 ObS 15/15a	267
213 Prüfung der Verweisbarkeit eines Installateurs OGH 19.5.2015, 10 ObS 35/15t	267
214 Zumutbare Nachschulung und Verweisbarkeit OGH 28.4.2015, 10 ObS 146/14i	268
215 Verweisung von Angestellten auf Tätigkeiten der nächstniedrigeren Kollektivvertragsstufe OGH 28.4.2015, 10 ObS 34/15w	268
216 Mitwirkungspflicht zur Vermeidung einer Berufsunfähigkeitspension OGH 19.5.2015, 10 ObS 12/15k	269
217 Bescheiderlassungspflicht der Gebietskrankenkasse betreffend Beitragsrückstand VwGH 29.4.2015, 2013/08/0136	269
218 Kürzung des Kinderbetreuungsgeldes trotz Furcht vor Ansteckung OGH 19.5.2015, 10 ObS 45/15p	269
219 Berechnung der erforderlichen Beschäftigungsdauer für das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld OGH 19.5.2015, 10 ObS 49/15a	270

AKTUELLE SOZIALPOLITIK

Änderungen im Bereich der Sozialversicherung im ersten Halbjahr 2015 WOLFGANG PANHÖLZL	272
Novelle 2015 zum Berufsausbildungsgesetz (BAG) SUSANNE GITTENBERGER	279

Inhalt

AUS DER PRAXIS – FÜR DIE PRAXIS

- Urlaub an Feiertagen? 283
FLORIAN G. BURGER
- Verfahrensrechtliche Behandlung falscher Lohnsteuerabrechnungen durch den Arbeitgeber und die Wirkungen von § 60 ASVG bei der Umstellung von Werkvertrag auf Arbeitsvertrag 287
HEIMO GRIESSL

NEUE BÜCHER

- Annuß/Kühn/Rudolph/Rupp* 291
EBRG – Europäisches Betriebsrätegesetz – SEBG/MgVG/SCEBG – Kommentar
WALTER GAGAWCZUK
- Burr* 291
Posting als Kündigungsgrund – Unternehmensschädliche Äußerungen in Social Media
AMINA GOLIC
- Eypeltauer/Nemec* 292
Dienstfindungsrecht – 100 Fragen und Antworten
WOLFGANG KOZAK
- Piller/Heider* 292
Arbeitsstättenverordnung
WALTER NÖSTLINGER
- Nolz/Baumgartner/Kufner/Marek* 293
Handbuch für Lohnsteuer und Sozialversicherung 2015
MARTIN SARINGER
- Flecker/Schultheis/Vogel (Hrsg)* 293
Im Dienste öffentlicher Güter – Metamorphosen der Arbeit aus der Sicht der Beschäftigten
HANNES SCHNELLER
- Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hrsg)* 294
Sozialleistungen im Überblick 2015
FRIEDRICH STEINER
- Marek* 295
Die Pensionen ab dem Jahr 2015
ANDREA TUMBERGER

BÜCHEREINGANG

295



ARBEITS- UND SOZIALRECHTSKARTEI

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Marhold, Mag. Stefan Menhofer
1210 Wien, Scheydgasse 24, Telefon: 01/24 630, Fax: 01/24 630/51,
E-Mail Redaktion: redaktion@lindeverlag.at

INHALTSVERZEICHNIS

MONIKA DRS	362
Topthema: Betriebliche Altersvorsorge durch Gehaltsumwandlung (Teil I)	
MICHAEL FRIEDRICH	372
Topthema: Betriebsvereinbarungen über Betriebspensionen bei Betriebsübergang	
THOMAS RAUCH	380
Praktische Aspekte der Kündigungsanfechtung	
ANNA MERTINZ	384
Trennungsmanagement im Arbeitsrecht	
ANDREA LECHNER-THOMANN	390
Neues zum Arbeitnehmerschutz	
ALFRED SHUBSHIZKY	396
Praxis-News aus Sozialversicherungs-, Lohnsteuer- und Arbeitsrecht in Kurzform	
EDITH MARHOLD-WEINMEIER	400
Aus der aktuellen Rechtsprechung	
● OGH: Volksschullehrerin/gröbliche Dienstpflichtverletzung	● OGH: Arbeitszeit/kollektivvertragliche Gestaltungsmöglichkeiten
Sachbeschädigung als Entlassungsgrund	400

Neue Zeitschrift für Sozialrecht

Zweiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

19/2015

INHALT

Aktuell	Rechtsprechung Veranstaltungen	VII VIII
Aufsätze und Berichte	<i>E. Mette</i> , Brennpunkt Scheinselbständigkeit <i>C. Pawlita</i> , Zulassungsrechtliche Änderungen durch das GKV-VSG <i>S. Porten</i> , Die Verlegung von Arztstellen nach dem Versorgungsstärkungsgesetz <i>P. Wien</i> , Die Bewertung neuer Untersuchungs- und Behandlungsmethoden mit Medizinprodukten hoher Risikoklasse nach § 137 h SGB V	721 727 732 736
Buchbesprechungen	<i>I. Bode/F. Wilke</i> , Private Vorsorge als Illusion – Rationalitätsprobleme des neuen deutschen Rentenmodells (<i>W. Spellbrink</i>) <i>T. Kingreen/J. Kühling</i> , Monistische Einwohnerversicherung. Konzeptionelle und rechtliche Fragen der Transformation der dualen in eine integrierte Krankenversicherungsordnung (<i>T. Linke</i>)	741 742
Rechtsprechung		
Krankenversicherungsrecht	Glaubhaftmachung von Beitragsforderungen bei Insolvenzantrag des Sozialversicherungsträgers (<i>BGH Beschl. v. 11.6.2015 – IX ZB 76/13</i>) Prüfung einer Schlussrechnung bei Krankenhausbehandlung – Aufwands- pauschale (<i>BSG Urt. v. 23.6.2015 – B 1 KR 24/14 R – mit Fokus</i>) Beitragspflicht von Einmalzahlungen aus einer Direktversicherung – Auflösung des Arbeitgebers (<i>LSG Saarland Urt. v. 14.7.2015 – L 6 U 2394/15</i>)	744 745 747
Pflegeversicherungsrecht	Heimkosten – Bindung eines Sozialhilfeträgers an Vergütungsvereinbarung eines anderen Sozialhilfeträgers (<i>LSG Nordrhein-Westfalen Urt. v. 8.6.2015 – L 20 SO 473/12 – mit Fokus</i>)	747
Rentenversicherungsrecht	Berechnung des Durchschnittswerts an Entgeltpunkten nach § 262 SGB VI (<i>OLG Nürnberg Beschl. v. 14.7.2015 – 11 UF 88/15</i>) Versicherungspflicht als selbständiger Handwerker – Vorliegen eines Neben- betriebs (<i>LSG Schleswig-Holstein Urt. v. 23.4.2015 – L 1 R 30/13 – mit Fokus</i>) Verzinsung einer Rentennachzahlung – Vorliegen eines vollständigen Antrags (<i>LSG Baden-Württemberg Urt. v. 16.6.2015 – L 9 R 4503/14</i>)	753 753 757
Unfallversicherungsrecht	Versicherungsschutz bei Teilnahme von Hochschulmannschaften an Nicht- Hochschul-Wettkämpfen (<i>LSG Bayern Urt. v. 30.6.2015 – L 2 U 108/14</i>) Streitwertbestimmung in unfallversicherungsrechtlichen Streitigkeiten betreffend einen Veranlagungsbescheid (<i>LSG Bayern Beschl. v. 20.7.2015 – L 2 U 318/13</i>) Unfallbedingtheit einer Knieverletzung (<i>LSG Baden-Württemberg Beschl. v. 22.7.2015 – L 6 U 2394/15</i>)	757 758 758

Grundsicherungsrecht	Anspruch auf Zugang zur Diensttelefonliste eines Jobcenters (VGH München Urt. v. 5.8.2015 – 5 BV 15.160)	759
	Begrenzung der Erstattung bei KdU – Keine Begrenzung auf den Auszahlungsbetrag (LSG Niedersachsen-Bremen Urt. v. 26.5.2015 – L 7 AS 643/13)	759
	Leistungsausschluss für EU-Ausländer ohne materielles Aufenthaltsrecht (LSG Baden-Württemberg Beschl. v. 29.6.2015 – L 1 AS 2338/15 ER-B)	759
	Verweis auf die Möglichkeit vorzeitiger Altersrente (LSG Rheinland-Pfalz Beschl. v. 17.8.2015 – L 3 AS 370/15 B ER)	759
Arbeitsförderungsrecht	Anspruchsübergang nach § 116 Abs. 1 SGB X (BGH Urt. v. 30.6.2015 – VI ZR 379/14)	760
Vertragsarztrecht	Teilnahme am Bereitschaftsdienst (LSG Bayern Beschl. v. 24.7.2015 – L 12 KA 55/15 B ER)	760
	Streitgegenstand bei Anfechtung eines Honorarbescheids vor Bestandskraft des Zuweisungsbescheides – Verminderung des Wirtschaftlichkeitsbonus (SG Marburg Urt. v. 3.6.2015 – S 12 KA 436)	760
Verfahrensrecht	Festsetzung der RA-Vergütung unterhalb des Vorschussbetrags (LSG Hessen Beschl. v. 16.6.2015 – L 2 AS 625/14 B)	760
	Schuldbefreiende Wirkung von Zahlungen auf das Haftkonto – Offene Übersendung von Bescheiden an die JVA (LSG Baden-Württemberg Urt. v. 24.7.2015 – L 8 U 633/15)	760

Fachanwalts-Lehrgang Sozialrecht

Stuttgart Start: 19.11.2015 ▶ mit Durchführungsgarantie

Frankfurt/M. Start: 14.04.2016

Weitere Informationen finden Sie unter www.ARBBER-seminare.de



Anwaltsfortbildung

Tel. 07066 - 90 08 0
Fax 07066 - 90 08 22
Kontakt@ARBBER-seminare.de
www.ARBBER-seminare.de

Beilagenhinweis

Mit dieser Ausgabe verbreiten wir folgende Beilagen:

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG,
NOMOS Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
und **VERLAG C.H.BECK.**

Wir bitten unsere Leser um Beachtung!

Anzeigen der Rubrik „Lehrgänge/Seminare/Veranstaltungen“
erscheinen auch online unter
www.beck-stellenmarkt.de/Weiterbildung

NZS Neue Zeitschrift für Sozialrecht

Zweiwöchenschrift für die anwaltliche,
betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

Verantwortlicher Schriftleiter:

Dr. Gerhard Knorr
Merseburger Str. 8 a
80993 München
Tel. (0 89) 1 49 35 78 priv.
E-Mail: Knorr.nzs@gmx.de

Mitarbeiter der Redaktion:

Karl Habermann, Ltd. MR a. D.
Günther Macht, Ltd. MR
André Scharrer, RiArbG

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht

zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München.
Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.
Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil: **Bertram Götz.**

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München: Nr. 6229-802, BLZ 700 100 80.
Amtsgericht München, HRA 48 045.

Erscheinungsweise: Zweimal im Monat.

Bezugspreise 2015: Jahresabo € 329,- (darin € 21,52 MwSt.). Vorzugspreis für NJW- und NZA-Bezieher sowie für Studenten (fachbezogener Studiengang) und Referendare € 299,- (darin € 19,56 MwSt.). Einzelheft € 16,- (darin € 1,05 MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur in-

nerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitellei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:

Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: NOMOS Druckhaus, In den Lissen 12, 76547 Sinzheim.

→ Editorial	201
Gmundner Medizinrechts-Kongress 2015	
<i>Von Hon.-Prof. KAD Dr. Felix Wallner</i>	

Beiträge

→ Abgrenzung Arbeitsbereitschaft von Rufbereitschaft beim Spitalsarzt.	204
Seit der Anfang 2015 in Kraft getretenen Novelle des KA-AZG und der dort normierten Einschränkung der verlängerten Dienste und der gleichzeitig in Kraft getretenen Verschärfung iZm dem Lohn- und Sozialdumping ist die Diskussion, was noch als Rufbereitschaft und was bereits als Arbeitsbereitschaft zu qualifizieren ist, neu entflammt. Der Beitrag geht daher der Frage nach, inwieweit Bereitschaftszeiten – uU mit gewissen Änderungen der Rahmenbedingungen – als Rufbereitschaft und damit nicht als Arbeitszeit eingestuft werden können und welche Rechtsfolgen, insb auch Strafen, damit verbunden sind, wenn die Zuordnung falsch vorgenommen wird.	
<i>Von Monika Drs und Lisa-Maria Jobst</i>	
→ Ärztliche Kunstfehler – Besonders gefährliche Verhältnisse nach § 81 Abs 1 Z 1 StGB?	217
Staatsanwaltschaften klagen bei ärztlichen Behandlungsfehlern beinahe regelmäßig die Begehung „unter besonders gefährlichen Verhältnissen“ (§ 81 Abs 1 Z 1 StGB) an. Der Beitrag geht der Frage nach, wann bei ärztlichen Behandlungsfehlern besonders gefährliche Verhältnisse angenommen werden können, und erörtert mögliche Gründe für dieses Anklageverhalten. Abschließend werden die Auswirkungen der geplanten Änderungen durch das Strafrechtsänderungsgesetz 2015 (Ersetzung der besonders gefährlichen Verhältnisse durch grobe Fahrlässigkeit) diskutiert.	
<i>Von Klaus Schwaighofer</i>	
→ Zivilrechtliche Aspekte der Arzthonorare in öffentlichen Krankenanstalten.	227
Obwohl die Sonderklasse für öffentliche Krankenanstalten, bzw die dort tätigen Ärzte, große Bedeutung hat, sind die aus dem Sonderklasse-Aufnahmevertrag entstehenden Leistungspflichten noch immer umstritten.	
<i>Von Felix Wallner</i>	
→ Rechtsfragen der Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetznovelle 2014	241
Der Beitrag behandelt im Wesentlichen keine „großen“ rechtsdogmatischen Grundsatzfragen iZm der gegenständlichen Gesetzesnovelle, sondern versucht sieben konkrete, in der betrieblichen Praxis auftauchende Fragen zu beantworten, die dem Autor seit der Publikation des Gesetzes gestellt wurden. Bevor die sieben Fragen abgehandelt werden, wird aber einleitend zur besseren Orientierung der zentrale Inhalt der Novelle kurz dargestellt.	
<i>Von Christoph Klein</i>	
→ Ärztliche Rufbereitschaft und Ruhezeiten vor dem Hintergrund der KA-AZG-Novelle 2014	250
Die rechtlichen Rahmenbedingungen für Rufbereitschaft haben sich erheblich geändert, sie bleibt aber eine gut nutzbare Arbeitszeitform.	
<i>Von Johannes Gärtner</i>	
→ Der Stellenplan für Kassenärzte	255
Grundsätze – Anpassung bestehender Stellenpläne – „faktische“ Stellenpläne	
Der Stellenplan als Bestandteil des Gesamtvertrags soll sowohl eine Über- als auch Unterversorgung der Versicherten mit ärztlicher Hilfe vermeiden und so eine kosteneffiziente, flächendeckende Versorgung sicherstellen. Das dabei erforderliche Zusammenwirken mit den Ärztekammern stellt dabei auch die grds Berücksichtigung der Interessen der niedergelassenen Ärzte sicher. Der Beitrag lotet die Spielräume aus und geht insb auch auf die Anpassung von Stellenplänen und die Rechtswirkungen „faktischer“ Stellenpläne ein sowie die Möglichkeit von Teilzeitstellen ein.	
<i>Von Martin Risak</i>	

→ **Kostenerstattung bei privater Konsultation eines Vertragsarztes** 262

Krankenversicherte Patienten nehmen in der Praxis häufig die Möglichkeit in Anspruch, Vertragsärzte außerhalb der Ordinationszeiten zu konsultieren, ohne dass ein medizinischer Notfall vorliegt. Insoweit wird der Vertragsarzt – ähnlich einem Wahlarzt – als Privatarzt tätig, wobei zu prüfen ist, ob der Patient Kostenerstattung fordern kann, zumal der Versicherungsfall der Krankheit verwirklicht ist.

Von Reinhard Resch

Standards

→ **Impressum** 201



**Praxishandbuch
Recht für MedizinerInnen**
Ein Leitfaden für den
ärztlichen Berufsalltag

VERLAGSHAUS DER ÄRZTE

Felix Wallner u.a.

Praxishandbuch Recht für MedizinerInnen
Ein Leitfaden für den ärztlichen Berufsalltag

Die Entwicklung des Medizinrechts hat aufgrund der zunehmenden Regelungsdichte für juristische Laien eine kaum überschaubare Dimension erreicht.

In der Literatur fehlte bislang eine praxisnahe, übersichtliche und verständliche Darstellung des Medizinrechts. Mit dem vorliegenden Buch wird diese Lücke geschlossen. Es umfasst die Themen Behandlungsvertrag, Berufsrecht, Haftung, nichtärztliche Gesundheitsberufe, Apotheken- und Arzneimittelrecht, Krankenanstaltenrecht, Sanitätsrecht, Arzt als Dienstgeber, Kassenrecht, Gruppenpraxis, Sozialversicherungsrecht, Heimaufenthaltsgesetz und ausgewählte Bereiche des Strafrechts.

Für diesen Überblick wurde eine Frage-Antwort-Struktur gewählt, weil damit die Lesbarkeit für Nichtjuristinnen wesentlich erleichtert wird.

228 Seiten
Broschur
Format 17 x 24 cm
ISBN 978-3-99052-085-7
Preis: € 34,90

**Verlagshaus
der Ärzte GmbH**
1010 Wien
Nibelungengasse 13
www.aerzteverlagshaus.at
TELEFON: 01/512 44 86-19
FAX: 01/512 44 86 24



BESTELLUNGEN bitte über den Buchhandel oder E-MAIL: buch@medien.aerzteverlagshaus.at

- Editorial 161
Aufklärung und Ressourcen
Von Christian Kopetzki

Beiträge

- Der Arzt im Spannungsfeld von personalisierter Aufklärung und
 Absicherungsmedizin 164
 Die hier präsentierte Umfrage unter der Ärzteschaft Österreichs zielte darauf ab, ein Gesamtbild hinsichtlich herrschender Aufklärungssituation zu zeichnen und die persönliche ärztliche Meinung und Erfahrung zu thematisieren.
Von Beate Panosch
- Ehrenamtliche Tätigkeit im Hospiz – auch ein Rechtsproblem 169
 Ehrenamt im Hospiz- und Palliativbereich ist eine Tätigkeit mit Abgrenzungsproblemen zu den Gesundheits- und Sozialberufen.
Von Helmut Schwamberger
- Aufklärung über Verhütungsmittel – Krankenkassen skeptisch 175
 Anmerkungen zum Nachweis der Anspruchsberechtigung nach § 23 Gesamtvertrag und zur Aufklärung durch Frauenärzte bei der Verordnung von Verhütungsmitteln.
Von Martin Kind
- Europäische Arzneimitteldefinition: Legal Highs als Arzneimittel? 180
 Die Frage nach einem einheitlichen europäischen Arzneimittelbegriff ist und bleibt schwierig. Laufend setzt sich der EuGH im Rahmen von Vorabentscheidungsverfahren vor allem mit der Definition des europäischen Funktionsarzneimittelbegriffs auseinander. Das aktuell ergangene Urteil des Gerichtshofs beschäftigt sich mit der Frage, ob psychoaktive Substanzen, welche physiologische Funktionen zwar beeinflussen, jedoch nicht zu therapeutischen Zwecken, sondern nur zum Erreichen eines obendrein potenziell gesundheitsgefährdenden Rauschzustands konsumiert werden, unter den Begriff des Arzneimittels fallen. Warum sich überhaupt die Frage stellt, ob sog Legal Highs, ein Sammelbegriff für bestimmte Drogen, als Arzneimittel deklariert werden können, klärt der vorliegende Artikel.
Von Barbara Stibernitz

Gesetzgebung und Verwaltung

Bearbeitet von Gerhard Aigner und Meinhild Hausreither

- Ärztliche Verschwiegenheit, Erkrankung von Zivildienern 185
- Werbebeschränkungen – Verhältnis ÄsthOpG zu KAKuG 185
- GuKG-Novelle 2015 185
- EU-Berufsanerkennungsgesetz 186
- Kundmachung von Gesetzesvorschriften 186

Rechtsprechung

- Blutspende – Ausschluss Homosexueller diskriminierend? 187
 EuGH 29. 4. 2015, C-528/13, *Léger/Ministre des Affaires sociales, de la Santé et des Droits des femmes, Établissement français du sang*
 Mit Anmerkung von Karl Stöger

Rechtsprechung in Leitsätzen

Bearbeitet von Claudia Gabauer, Ingrid Jez, Christian Kopetzki, Veronika Kräftner,
 Aline Leischner-Lenzhofer und Claudia Zeinhofer

- Arzneimittel- und Apothekenrecht; Arzthaftung; Berufsrecht; Gewebe- und
 Blutsicherheitsrecht; Krankenanstaltenrecht; Privatversicherungsrecht;
 Sozialversicherungsrecht 194

Standards

- Impressum 161
 → Buchbesprechung 200
 → Veranstaltungen & Seminare 200

ÄRZTE OHNE GRENZEN SUCHT

dringend Fachärzte und Fachärztinnen der
Unfallchirurgie, Anästhesie
 und **Pädiatrie.**

Infos:
www.aerzte-ohne-grenzen.at/mitarbeiten
hrm.vienna@vienna.msf.org



schulwurf



Inhalt

Abhandlungen und Aufsätze

- Cristina Fraenkel-Haeberle*, *Germania und Italia: Eine verwaltungsrechtliche Wahlverwandtschaft?* 309
- Pascale Gonod*, *Über den Rechtsexport des deutschen Verwaltungsrechts aus französischer Sicht* 337
- Irena Lipowicz*, *Einfluss des deutschen Verwaltungsrechts auf die Lehre des Verwaltungsrechts in Polen* 365
- Francisco Velasco*, *Die Rezeption des deutschen Verwaltungsrechts in der spanischen Rechtsordnung. Zugleich eine theoretische Darstellung der Gründe, Etappen und Probleme des unidirektionalen Rechtsvergleichs* 383

Berichte und Kritik

- Hermann Pünder*, *Zu den Grundzügen des Verwaltungsrechts in Europa* 405

Buchbesprechungen

- Wiesinger, Nicola*, *Innovation im Verwaltungsrecht durch Internationalisierung. Eine rechtsvergleichende Studie am Beispiel der Aarhus-Konvention (Martin Eifert)* 437
- Glaser, Andreas*, *Die Entwicklung des Europäischen Verwaltungsrechts aus der Perspektive der Handlungsformenlehre (Jens Kersten)* 440
- Starski, Paulina*, *Der interföderale Verwaltungsakt. Eine rechtsvergleichende Studie (Axel Tschentscher)* 443
- Dörr, Oliver (Hrsg.)*, *Staatshaftung in Europa. Nationales und Unionsrecht (Matthias Cornils)* 446
- Gonod, Pascale*, *Le Conseil d'Etat et la refondation de la justice administrative (Bodo Pieroth)* 449
- Auby, Jean-Bernard*, *Droit de la ville – Du fonctionnement juridique des villes au droit à la Ville (Willy Spannowsky)* 451
- Krysl, Veronika*, *Die Rechnungshöfe in Bayern, Thüringen, Kärnten und der Steiermark im Rechtsvergleich (Michael Kilian)* 454
- Hustedt, Thurid*, *Ministerialverwaltung im Wandel – Struktur und Rolle der Leitungsbereiche im deutsch-dänischen Vergleich (Utz Schliesky)* 457
- Kuhlmann, Sabine/Wollmann, Hellmut*, *Verwaltung und Verwaltungsreformen in Europa. Einführung in die vergleichende Verwaltungswissenschaft (Eberhard Bohne)* 459

Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

- Christian Ernst*, Hamburg, Die Bewältigung konfligierender normativer Ordnungen – Die Aushöhlung hoheitlicher Gewalt durch muslimische Friedensrichter? 809
- Nils Schaks*, Mannheim, Das Verbot der Belastungskumulation als Bestandteil der Wesensgehaltsgarantie des Art. 19 Abs. 2 GG 817
- Ulli Meyer*, St. Ingbert, Untreue von Aufsichtsratsmitgliedern bei Handeln im Interesse des Gesellschafters Gemeinde? 827
- Kathrin Bünnigmann*, Münster, Zur Zulässigkeit von Höchstaltersgrenzen bei Berufung ins Beamtenverhältnis – „Wer zu spät kommt, den bestraft der Dienstherr“ 832

Bericht

- Cathrin Silberzahn*, Würzburg, Tagungsbericht 21. Würzburger Europarechtstage: Verwaltungsgerichtsbarkeit in der Europäischen Union 838

Buchbesprechung

- Christian Calliess* (Hrsg.), Herausforderungen an Staat und Verfassung – Völkerrecht – Europarecht – Menschenrechte; Liber Amicorum für Torsten Stein zum 70. Geburtstag (*Claus Dieter Classen*) 841

Rechtsprechung

- BVerfG*, Beschluss vom 21.4.2015 – 2 BvR 1322/12 u. a. – Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Einführung von Einstellungshöchstaltersgrenzen im Öffentlichen Dienst (vgl. Abhandlung *Bünnigmann*) 842

Leitsätze

Verfassungsgerichte

611. *BVerfG*, Beschluss vom 23.6.2015 – 1 BvL 13/11 u. a. – Ersatzbemessungsgrundlage im Grunderwerbsteuerrecht 849
612. *ThürVerfGH*, Beschluss vom 9.7.2015 – VerfGH9/15 – Reihenfolge der Landeslisten und Wahlkreisvorschläge auf dem Stimmzettel 849

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Abgabenrecht

613. *VGW BW*, NK-Urteil vom 11.6.2015 – 2 S 2555/13 – Zulässigkeit einer kommunalen Übernachtungsteuer 849
614. *OVG Rheinl.-Pf.*, Urteil vom 30.6.2015 – 6 A 11016/14.OVG – Wiederkehrende Ausbaubeiträge 849
615. *VG Gießen*, Urteil vom 11.6.2015 – 4 K 550/14.GI – Grundsteuer; Hebesatzspielraum der Gemeinde 850

Öffentliches Dienstrecht

616. *BVerwG*, Urteil vom 23.4.2015 – 2 C 35.13 – Ernennung „anderer Bewerber“ zu Beamten auf Lebenszeit 850

Polizei- und Ordnungsrecht

617. *OVG NRW*, Urteil vom 4.5.2015 – 19 A 2097/14 – Passversagung wegen Gefährdung erheblicher Belange der Bundesrepublik Deutschland 850

Datenschutz-, Informations- und Medienrecht

618. *VGW BW*, Beschluss vom 1.7.2015 – 1 S 802/15 – Anspruch auf Nutzung personenbezogener Archivguts; Sperrzeitverkürzung 850

Bau- und Planungsrecht

619. *BVerwG*, NK-Urteil vom 5.5.2015 – 4 CN 4.14 – Bebauungsplanung; Konflikttransfer; Umlegung; Abwägungsergebnisfehler 851
620. *OVG Bln-Bbg*, Beschluss vom 17.7.2015 – OVG10 S 14.15 – Besonderes öffentliches Interesse an der sofortigen Vollziehung der Beseitigungsanordnung 851

Naturschutz- und Umweltrecht

621. *BVerwG*, Urteil vom 1.4.2015 – 4 C 6.14 – Habitatschutzrechtliche Abweichungsentscheidung; Mitwirkungsrecht anerkannter Naturschutzvereinigung 851
622. *NdsOVG*, Urteil vom 30.6.2015 – 4 LC 285/13 – Grünlandumbbruch auf einem Moorstandort 851

Straßen-, Wege- und Verkehrsrecht

623. *BVerwG*, Urteil vom 28.5.2015 – 3 C 13.14 – Dauer einer Fahrtenbuchauflage 851
624. *VGH BW*, Urteil vom 7.7.2015 – 10 S 116/15 – Fahrerlaubnisentziehung; Aufklärungsmaßnahmen; Gutachtensanordnung 851

Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht

625. *BVerwG*, Urteil vom 28.4.2015 – 1 C 21.14 – Assoziationsrecht EWG-Türkei; ausreichende Sprachkenntnisse beim Familiennachzug 851
626. *OVG NRW*, Beschluss vom 2.2.2015 – 14 A 1140/14.A – Dublin-Überstellung; Aufenthalt außerhalb des Geltungsbereichs der Dublin II-VO 852
627. *HambOVG*, Urteil vom 15.6.2015 – 1 Bf 163/14 – Ausweisung; Überprüfung strafgerichtlicher Feststellungen 852

Sozialrecht

628. *BVerwG*, Urteil vom 28.5.2015 – 5 C 4.14 – Anrechnung vorangegangener berufsbildender Ausbildungen auf den zeitlichen Mindestumfang von drei Schul- oder Studienjahren 852

Sonstiges Verwaltungsrecht

629. *BVerwG*, Urteil vom 23.4.2015 – 5 C 10.14 – Ausschluss von Ausgleichsleistungen bei Unternehmensunwürdigkeit 852
630. *NdsOVG*, Beschluss vom 13.7.2015 – 4 ME 66/15 – Aussetzen von Wildenten 852

Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung: Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder und
Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M.

19 2015

Zur 75. Tagung der
Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer

Inhalt

Aufsätze		<i>J. A. Kämmerer</i> , Verfassung im Nationalstaat: Von der Gesamtordnung zur europäischen Teilordnung?	1321
		<i>M. Ludwigs</i> , Verfassung im Allgemeinen Verwaltungsrecht – Bedeutungsverlust durch Europäisierung und Emanzipation?	1327
		<i>F. Becker</i> , Grundrechtliche Grenzen staatlicher Überwachung zur Gefahrenabwehr	1335
		<i>W.-R. Schenke</i> , Rechtmäßigwerden rechtswidrig erlassener Verwaltungsakte	1341
Kurze Beiträge		<i>A. S. Poschenrieder</i> , Das Remonstrationsverfahren vor den Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland	1349
Zur Rechtsprechung		<i>L. Knopp</i> , Vereinigung von Hochschulen („Hochschulfusionen“) auf dem Gerichtsstand	1351
		<i>B. Huber</i> , Selektorenlisten und Sonderermittler	1354
Buchbesprechungen		<i>A.-K. Lange</i> , Islamische Theologie an staatlichen Hochschulen (<i>H. Weber</i>)	1357
		<i>M.-E. Geis/M. Winkler/C. Bickenbach</i> , Von der Kultur der Verfassung (<i>M. Sachs</i>)	1358
Rechtsprechung			
EuGH	9. 7.15 – C-153/14	Integrationsprüfung als Voraussetzung für Familiennachzug	1359
BVerfG	15. 7.15 – 2 BvE 4/12	Unzulässige Organklage gegen Mittelzuweisungen an Fraktionen Anm. <i>C. Lenz</i>	1361 1368
BVerfG	12. 5.15 – 1 BvR 1501/13 ^{13a}	Fusion von Hochschulen – BTU Cottbus-Senftenberg	1370
BVerfG	2. 6.15 – 2 BvE 7/11	Informationsanspruch des Bundestages hinsichtlich Polizeieinsätzen	1377
BWStGH	6. 7.15 – 1 VB 130/13	Finanzieller Ausgleich bei Gewährung von Schulgeldfreiheit (Ls.)	1382
BVerwG	20. 7.15 – 6 VR 1/15	Presserechtlicher Auskunftsanspruch über Vorgänge im Bereich des BND	1383
BVerwG	6. 5.15 – 6 C 11/14	Klagebefugnis eines Fernsehproduzenten gegen Programmänderungsverlangen	1384
BVerwG	25. 3.15 – 6 C 12/14	Kein Ausschluss privater Betriebsgeheimnisse vom Presseauskunftsanspruch	1388
BVerwG	26. 2.15 – 3 C 8/14	Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch als Insolvenzforderung Anm. <i>J. A. Nebel</i>	1392 1395

OVG Bln-Bbg	5. 5.15 – OVG 3 M 37/15	Kostenerstattung nach erfolgreichem Visum-Remonstrationsverfahren	1396
VGH Kassel	11. 3.15 – 4 A 654/13	Öffentlich genutztes Gebäude in der Nachbarschaft eines Störfallbetriebes (Ls.) Anm. C. Emmerich-Schöpp/E. Güldner	1397 1397
VG Münster	8. 5.15 – 1 K 94/14	Anfertigung kostenloser Passfotos durch Gemeinde	1399

NVwZ aktuell

In eigener Sache, NJW
Rechtsprechung in Pressemitteilungen
Rechtsprechung in Leitsätzen
Gesetzgebungsverfahren und Veranstaltungen



VII
VII
IX
X

Anzeigen der Rubrik „Schulungen/Seminare/Tagungen“
erscheinen auch online unter
www.beck-stellenmarkt.de/Weiterbildung

Beilagenhinweis

Mit dieser Ausgabe
verbreiten wir Beilagen
vom **VERLAG C.H.BECK.**

Wir bitten unsere Leser um Beachtung!

Fachanwalts-Lehrgang Verwaltungsrecht

Düsseldorf Start: 12.11.2015 **mit Durchführungsgarantie**

Stuttgart Start: 11.02.2016

Weitere Informationen finden Sie unter www.ARBBER-seminare.de



Tel. 07066 - 90 08 0
Fax 07066 - 90 08 22
Kontakt@ARBBER-seminare.de
www.ARBBER-seminare.de

ISSN 0721-880X

NVwZ – Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung und Verlagsredaktion:
Rechtsanwalt Professor *Dr. Achim Schunder* (verantwortlich für den Textteil) und Rechtsanwältin *Dr. Christiane Prause*.
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M., Postanschrift: Postfach 11 02 41, 60037 Frankfurt a.M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49.
E-Mail: NVwZ@beck-frankfurt.de,
Internet: www.nvwz.de.

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.

Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Götz*.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München: Nr. 6229-802, BLZ 700 100 80.

Erscheinungsweise: Zweimal monatlich. Kombinationsbezug NVwZ mit zweimonatlichem Beiheft (Nebenblatt) NVwZ-Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht.

Bezugspreise 2015: NVwZ ohne NVwZ-RR: halbjährlich € 149,50 (darin € 9,78 MwSt.); **Vorzugspreis** für NJW-Bezieher, Studenten (fachbezogener Studiengang) sowie Referendare (gegen Nachweis) halbjährlich € 132,50 (darin € 8,67 MwSt.); Einzelheft: NVwZ € 16,- (darin € 1,05 MwSt.); NVwZ mit NVwZ-RR: halbjährlich € 237,50 (darin € 15,54 MwSt.); **Vorzugspreis** (w.o.) halbjährlich € 212,50 (darin € 13,90 MwSt.). Einzelheft NVwZ m. RR € 24,50 (darin € 1,60 MwSt.). Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur in-

nerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Verandkosten jeweils zuzüglich.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenserviceCenter:
Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: bestellung@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Halbjahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Hefes beim Verlag widersprechen.

Druck: Kessler Druck und Medien GmbH & Co. KG, Michael-Schäffer-Straße 1, 86399 Bobingen.

INHALT 19 · 2015

DVBI aktuell
Vorschau/Impressum

IV
VII

Heinig: Die Verfassung der Religion
Univ.-Prof. Dr. Helmut Goerlich, Hochschullehrer i.R.,
Leipzig 1245

Aufsätze

200 Jahre Carl Heymanns Verlag 1205

Das IT-Sicherheitsgesetz
Prof. Dr. Alexander Roßnagel, Kassel 1206

Energie als kritische Infrastruktur
Prof. Dr. Annette Guckelberger, Saarbrücken 1213

Sprungfusionen bei Sparkassen – Zulässigkeit und
Grenzen
Rechtsanwalt Prof. Dr. Alexander Schink,
Staatssekretär a.D., Bonn/Neuss 1223

Folgen der Nichtigerklärung der gesetzlichen
Grundlage von Verwaltungsakten und
Verwaltungsverfahren
Akademischer Rat a. Z. Dr. Enrico Peuker, Jena 1233

Bericht

Nationale Parlamente und Europäisches Parlament
in der Multilevel Governance – Internationale
Tagung in der italienischen Abgeordnetenkammer
(12./13. 6. 2015)
Prof. Jörg Luther, Alessandria 1241

Buchbesprechungen

Geiger/Khan/Kotzur (eds.): European Union
Treaties
Dr. Peter Szczekalla, Osnabrück 1242

Widmer: Verwaltungsermessen im Recht
der Europäischen Union – veranschaulicht
anhand des europäischen Kartell- und
Gemeinschaftsmarkenrechts
Prof. Dr. Walter Frenz, RWTH Aachen 1243

Huber/Huber: Staat und Kirche im 19. und 20.
Jahrhundert
Univ.-Prof. (em.) Dr. Wolfgang Rübner,
Köln/Meckenheim 1244

Kloepfer (Hrsg.): Handbuch des
Katastrophenrechts
Prof. Dr. Wolf-Rüdiger Schenke, Mannheim 1246

Hill/Martini/Wagner (Hrsg.): Transparenz,
Partizipation, Kollaboration
Prof. (em.) Dr. Hans Peter Bull, Hamburg 1247

Rechtsprechung

Bundesverwaltungsgericht
BVerwG, Urteil v. 16.06.2015 – 10 C 13.14 –
Pflicht der kommunalen Aufgabenträger zum
Haushaltsausgleich – mit Anmerkung Henneke 1249

**Oberverwaltungsgerichte /
Verwaltungsgerichtshöfe**
[LS] Nds OVG, Urteil v. 16.07.2015 – 9 LB 117/12 –
Angemessenheit eines Fremdleistungsentgelts für
die thermische Verwertung von Abfällen 1257

VGH BW, Beschluss v. 07.07.2015 – 1 S 802/15 –
Kein Anspruch auf Nutzung personenbezogener
Archivguts 1257

OVG NRW, Urteil v. 16.06.2015 – 8 A 2429/14 –
Kein Anspruch auf Zugang zur aktuellen
Diensttelefonliste eines Jobcenters 1262

OVG NRW, Beschluss v. 10.7.2015 – 4 B 791/15 –
Durch Streik entstandene Rückstände können nicht
durch Sonntagsarbeit abgebaut werden 1266

OVG RP, Urteil v. 23.06.15 – 2 A 10910/14 – n.r. –
Berechnung der Abiturdurchschnittsnote verstößt
nicht gegen höherrangiges Recht 1268

OVG SH, Beschluss v. 16.06.2015 – 3 MB 24/15 –
Vorläufige Wiedererteilung der ärztlichen
Approbation 1271

[LS] Bay VGH, Beschluss v. 10.06.2015 – 22 C 14.2131 –
Erstattungsfähigkeit der Mehrkosten eines nicht im
Gerichtsbezirk ansässigen Rechtsanwalts 1272

baurechtliche blätter:bbl



baurechtliche blätter:bbl

Herausgeber und Schriftleitung:
K. Giese, D. Jahnel

Beirat:

A. Kanonier, G. Kienastberger,
W. Kirchmayer, W. Kleewein,
A. Kreiner, S. Miessgang,
R. Mikulits, R. Moritz,
H. Neuhofer, K. Petermandl,
P. Trippl, A. Waldstätten

Ständige Mitarbeiter:

M. Auer, B. Ettlmeier-Schmolke,
H. Hinterhofer, F. Keschmann

Redaktionsassistentz:

H. Stummer

Heft 5, Oktober 2015

18. Jahrgang

Aufsätze

Dr. Gerald Kienastberger,
Mag. Anna Stellner-Bichler

Die neue nÖ Bauordnung 2014 195

Dr. Angelika Götzl,
Christian Schnellinger

Baulandmobilisierung und Erhalt des
Naturraumes durch ex lege Rückwidmung,
Besteuerung und Abschöpfung „übermäßiger“
Wertsteigerung 201

Rechtsprechung

Öffentliches Recht 208

Kärnten 208 · Niederösterreich 209 ·
Oberösterreich 210 · Steiermark 211 ·
Tirol 214 · Wien 217

Zivilrecht 220

Vergaberecht 233

Neues Baurecht 235

Burgenland 235 · Kärnten 235 ·
Niederösterreich 235 · Oberösterreich 235 ·
Salzburg 236 · Steiermark 237 · Tirol 237 ·
Vorarlberg 238 · Wien 238

Impressum 238

Ausgewertet im Abstract Service IBZ



D3-7141

Infrastruktur

Energie · Verkehr · Abfall · Wasser

Geschäftsführende Herausgeber

Hans-Joachim Reck
VKU
Prof. Dr. Christian Theobald
BBH

Herausgeber

RiBVerfG Prof. Dr. Gabriele Britz
Bundesverfassungsgericht
Christian Held
BBH, Europäischer Verband der unabhängigen Strom-
und Gasverteilerunternehmen (GEODE)
Prof. Dr. Georg Hermes
Universität Frankfurt a.M.
Folkert Kiepe
Beigeordneter a.D. Deutscher Städtetag
Prof. Dr. Christian Koenig
Universität Bonn
Holger Lösch
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Prof. Dr. Jürgen Kühling
Universität Regensburg
Andreas Gentzsch
Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
(BDEW)
Reiner Metz
Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. (VDV)
Dr. Christiane Nill-Theobald
TheobaldConsulting
Detlef Raphael
Deutscher Städtetag
Prof. Dr. Jens-Peter Schneider
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Adolf Topp
AGFW | Der Effizienzverband für Wärme, Kälte und
KWK e.V.

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

<i>J. Eder/J. Rumpf</i> : Preisklarheit, quo vadis? Zur Umsetzung der neuen Vorgaben zur Preisdarstellung und für Preisanpassungen in der Grundversorgung (Teil 1)	218
<i>C. Schneider/D. Tigges</i> : Dezentrale Energieversorgung in der Wohnungswirtschaft (Teil 2)	221
<i>L. Fry</i> : Gewerberecht kontra Vertragsrecht - Grenzen öffentlicher Dienstleistungsaufträge	224

Energie

<i>BGH</i> : Kein Anspruch auf Formaldehyd-Bonus gem. § 27 V EEG 2009 bei BImSchG-Genehmigungsbedürftigkeit der Anlage erst nach ihrer Inbetriebnahme	227
<i>OLG Düsseldorf</i> : Festlegung der BNetzA zur Ermittlung individueller Netzentgelte gem. § 19 II 2 StromNEV rechtmäßig	228
<i>OLG Rostock</i> : Zu den Anforderungen an die Transparenz von Preisänderungsklauseln	229
<i>VG Frankfurt a.M.</i> : Zu den Konsequenzen des § 43 I EEG 2012 bei verspäteter/unvollständiger Vorlage ausschlussfristrelevanter Unterlagen (hier: Zertifizierungsbescheinigung und Wirtschaftsprüferbescheinigung)	231
<i>FG München</i> : Keine Stromsteuer für Stromverluste in Betriebsnetzen eines Versorgers	233
<i>Clearingstelle EEG</i> : Hinweis zum Ersetzen von PV-Anlagen gem. EEG – Meldefragen und technischer Defekt	233

Wasser

<i>OLG Celle</i> : Anwendbarkeit des Transparenzgebots bei Preisänderungsklauseln	235
---	-----

Spartenübergreifendes

<i>OLG Köln</i> : Platzierung der Widerrufsbelehrung bei Online-Vertragsschlüssen	236
<i>OLG München</i> : Haftung eines Badbetreibers für fehlenden Warnhinweis an einem Hüpfkissen	237
<i>OLG München</i> : Bindungswirkung einer Eintragungsbewilligung	239

In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen Wochenschrift

Nr. 10 · 9. Oktober 2015

12. Jahrgang

Mit Internet-Volltext-Service www.IR.beck.de der besprochenen Entscheidungen

Verlag C.H.Beck München und Frankfurt a.M.





**FACHZEITSCHRIFT FÜR
NEUES MIET- UND
WOHNRECHT**
19. Jg. Heft 10, Oktober 2015

Zitiervorschlag:
immolex 2015, Seite
immolex 2015/Nummer

HERAUSGEBER:
Manz'sche Verlags- und
Universitätsbuchhandlung GmbH

LEITENDE REDAKTEURE:
ao. Univ.-Prof. Dr. H. BÖHM
StB Mag. K. FUHRMANN
Sen.-Präs. d. VwGH iR Dr. E.
GALL
HR d. VwGH Dr. F. PFIEL

SCHRIFTFLEITUNG:
RA Dr. H. RAINER

STÄNDIGE MITARBEITER:
Ri Mag. A. GRIEB
Ri Mag. F. IBY
Ri Mag. J. KAINC
Univ.-Prof. Dr. A. KLETEČKA
Mag. C. KOTHBAUER
Ri Mag. S. KULHANEK
RA Dr. E. LINDINGER
RA Dr. C. PRADER
Hon.-Prof.
Dr. J. STABENTHEINER

EDITORIAL

Ökodesignrichtlinie und Thermen
Herbert Rainer
Impressum

261
U3

LEITSÄTZE

Nr. 63 – 68

264

SCHADENERSATZRECHT

Der ÖNORM B1300-Prüfbericht – das „Pickerl fürs Gebäude“
Die ÖNORM B1300-Überprüfung zeigt Mängel auf, die für den Nutzer oft nicht erkennbar sind und deren Nichtbehebung zu erheblichen Folgen führen kann. Dieser Beitrag informiert über die Möglichkeiten, wie Hausverwalter die Methodik der Norm im eigenen Betrieb integrieren können, bespricht Synergien mit dem Alltagsgeschäft, aber auch, worauf der Hausverwalter iS der Treuhandschaft für seine Klienten und auch im eigenen Interesse achten muss.
Doris Wirth / Michael Leissner / Peter Wirth

266

WOHNUNGSEIGENTUMSRECHT

Hausvertrauensleute – Eigentümervertreter
Eigentümervertreter (§ 22 WEG) sind nur in sehr engem Umfang zur Vertretung der Eigentümergemeinschaft befugt.
Hausvertrauensleute oder Ähnliche sind im WEG nicht vorgesehen und agieren daher entweder aufgrund einer Bevollmächtigung einzelner Miteigentümer gemäß ABGB oder im rechtsfreien Raum. Ihnen kommt nur im Umfang der erteilten Vollmacht Vertretungsbefugnis für die Vollmachtgeber zu. Wenn der Verwalter mit ihnen kooperiert, kann das eine Pflichtverletzung darstellen.
Sigrid Rätth

270

BAUTRÄGERRECHT

8 Ob 57/15 p: OGH hebt das Erwerberschutzsystem des BTVG aus!
Mit der vorliegenden Entscheidung erweist der 8. Senat dem durchaus effektiven Erwerberschutzsystem des BTVG einen Bärendienst, ja hebt es über den Umweg des Hinterlegungsrechts nachgerade aus. Dem Treuhänder, der das grundbücherliche Sicherungsmodell schlicht „verbockt“ und dann noch einen eigentlich aberwitzigen Erlagsantrag gestellt hat, wird gleichsam die Absolution erteilt, während umgekehrt der Erwerbberin, der wegen des Fehlverhaltens des Treuhänders schon die Insolvenz des Bauträgers massiv zum Schaden gereicht, mit Stattgebung des Antrags rechtmäßig zustehendes weiteres Geld vorenthalten bleibt.
Helmut Böhm

273

FORUM IMMOBILIENTREUHÄNDER

Zur Rügeobliegenheit des Unternehmers bei Geschäftsraummiete
Christoph Kothbauer

292

MIETRECHT

OGH 23. 4. 2015, 2 Ob 208/14y • Zur analogen Anwendung der Kündigungsbeschränkungen des MRG bei Untermietung eines Grundstücks im Fall der Veräußerung des Superädifikats (Elena Richter)
OGH 24. 2. 2015, 5 Ob 9/15g • Dachrinnenreinigung als Unratabfuhr (Wolfgang Ruckenbauer)

277
280

- OGH 28. 4. 2015, 10 Ob 26/15 v • Die Unkündbarkeit des Dauerschuldverhältnisses steht seiner Auflösung aus einem wichtigen Grund nicht entgegen. (*Clemens Limberg*) 281
- OGH 19. 5. 2015, 5 Ob 45/15 a • Vom Mieter verursachter Schimmelbefall in der Wohnung (*Alexander Klein*) 282

WOHNUNGSEIGENTUMSRECHT

- OGH 19. 5. 2015, 5 Ob 84/15 m • Keine Negatorienklage bei jahrelang unbeanstandeter Nutzung eines Zubehörwohnungseigentumsobjekts durch einen anderen Wohnungseigentümer (*Helmut Böhm*) 283
- OGH 28. 4. 2015, 5 Ob 30/15 w • Relevanz des Aufteilungsschlüssels im Verfahren zur Durchsetzung der Abrechnungspflicht des Verwalters (*Markus Hagen*) 285

LIEGENSCHAFTSRECHT

- OGH 27. 1. 2015, 3 Ob 88/14 h • Gerichtliche Hinterlegung einer Liegenschaft (*Matthias Cerba*) 287

ABGABENRECHT

- BFG 17. 4. 2015, RV/2101044/2014 • „Eigenheim“ – Ausnahme von der Steuerpflicht unabhängig von der Größe des Grundstücks (*Karin Fuhrmann*) 288
- VwGH 21. 10. 2014, 2012/17/0276 • Ergänzungsabgabe zur Wasseranschlussabgabe – Seniorenheim für betreutes Wohnen stellt „Wohngebäude“ iS der BAO dar (*Stefan Malainer/Andreas Staribacher*) 290



Treffen Sie noch heuer die richtigen Entscheidungen

2015. XXII, 198 Seiten,
Br. EUR 36,-
ISBN 978-3-214-04704-7

Marschner · Stefaner (Hrsg)

Steuerreform 2015/2016

Die laut Bundesregierung größte Steuerreform der 2. Republik bringt eine Vielzahl an Änderungen in allen relevanten Steuergesetzen. Dieses Praxishandbuch stellt **sämtliche Neuerungen systematisch** dar und behandelt schwerpunktmäßig die „Filetstücke“ der Reform:

LSt & SV • Einlagenrückzahlungen • Verlustverrechnungbeschränkungen • GrESt & ImmoESt • Belegerteilungs- und Registrierkassenpflicht • Bilanzdelikte & Untreue • Finanzstrafrecht • Bankenpaket

Mit **zahlreichen Beispielen und Hinweisen** für die Beratungspraxis sowie **wertvollen Gestaltungsvorschlägen** für heuer und ab 1.1.2016.

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH
TEL +43 1 531 61 100 FAX +43 1 531 61 455 bestellen@manz.at Kohlmarkt 16-1014 Wien www.manz.at

MANZ

Europäische

GRUNDRECHT

Zeitschrift

WU
D3-Z149

in Verbindung mit

Prof. Dr. Dr. h. c. Thomas Buergenthal, GWU, Washington, DC; vorm. Richter am IGH; vordem Präsident des IAGMR, San José
Dr. h. c. Hans Danelius, vorm. Richter am Obersten Gerichtshof, Stockholm, und am VerfGH von Bosnien-Herzegowina, Sarajevo
Prof. Dr. Dr. h. c. Jochen Abr. Frowein, vorm. Vize-Präsident der Europ. Komm. f. Menschenrechte, vorm. Direktor am MPI, Heidelberg
Prof. Dr. Dr. Christoph Grabenwarter, Wirtschaftsuniversität Wien, Richter am Verfassungsgerichtshof, Wien
Prof. Dr. Constance Grewe, Professorin an der Université de Strasbourg; Richterin am Verfassungsgerichtshof von BiH, Sarajevo
Univ.-Prof. Dr. Gerhart Holzinger, Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Wien
Dr. h. c. Renate Jaeger, Schlichterin für die Rechtsanwaltschaft, Berlin; vorm. Richterin am EGMR; vordem Richterin des BVerfG
The Right Hon. Lord Mance, Richter am Supreme Court of the United Kingdom, London
Prof. Dr. Jörg Paul Müller, Ordinarius für öffentliches Recht an der Universität Bern
Prof. Dr. Dr. h. c. Gil Carlos Rodríguez Iglesias, vorm. Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg
Prof. Dr. László Sólyom, vorm. Präsident der Republik Ungarn; vordem Präsident des Verfassungsgerichtshofs, Budapest
Prof. Dr. Dr. h. c. Christian Tomuschat, Professor für öffentl. Recht, insb. Völker- und Europarecht an der Humboldt-Universität zu Berlin

Herausgegeben von **Dr. h. c. Norbert Paul Engel**

Schriftleitung **Rechtsanwältin Dr. h. c. Erika Engel**

EuGRZ

30. September 2015

42. Jg. Heft 15-18

ISSN 0341/9800

Seiten 445-548

1. Aufsätze

Karsten Herzmann, Gießen

Das spanische Verfassungsgericht und der Fall Melloni / Konsequenzen des EuGH-Urteils aus Sicht seines Adressaten 445

2. Entscheidungen

- EGMR – 18. 12. 14 – Agent provocateur – Abgrenzungskriterien / Schutz von Polizei-Informanten und verdeckten Ermittlern / Grenzen des Rechts auf Zeugenbefragung / *Scholer ./.* D .. 454
- EGMR – 24. 3. 15 – Ausweisung nach Verurteilung wegen Drogendelikten / Keine Verletzung des Rechts auf Privatleben bei fehlenden sozialen Kontakten / *Kerkez ./.* D 464
- EGMR – 9. 9. 14 – Atom-Endlagerung / Genehmigungsverfahren „Schacht Konrad“ formell- und materiell-rechtlich konventionskonform / Weiter staatl. Beurteilungsspielraum / *Traube ./.* D 467
- EuGH – 9. 7. 15 – Integrationsprüfung bei Familienzusammenführung / *Rsn. K und A* 470
- EuGH – 16. 7. 15 – Kein Aufenthaltsrecht von Drittstaatsangehörigen nach Ehescheidung von einer zuvor aus dem Aufenthaltsstaat weggezogenen Unionsbürgerin / *Rs. Singh u.a.* 476
- EuGH – 16. 7. 15 – Diskriminierungsverbot / Spezielle Anbringung von Stromzählern in Stadtvierteln mit überwiegend Roma-Bevölkerung / *Rs. CHEZ Razpredelenie Bulgaria* 482
- EuGH – 16. 7. 15 – Ausschluss von Beamten, deren Ehefrau nicht erwerbstätig ist, vom Elternurlaub (hier: Griechenland) / Verstoß gegen Gleichbehandlungsgrundsatz / *Rs. Maistrellis* 493
- EuGH – 16. 7. 15 – Sanktionen bei Nichtanmeldung von Bargeldbeträgen von 10.000,- Euro oder mehr beim Überschreiten einer EU-Außengrenze / *Rs. Chmielewski* 497
- BGer – 22. 1. 15 – Kein Anspruch auf öffentliche Verhandlung im Vollstreckungsverfahren der definitiven Rechtsöffnung mit Anm. Steinmann 500
- BVerfG – 30. 6. 15 – Zeugen Jehovas / Prüfung der Voraussetzungen des Anspruchs auf Verleihung des Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts ist Aufgabe der Regierung
• Beschluss / • Abw. Meinung Voßkuhle, Hermanns, Müller 503/518
- BVerfG – 16. 6. 15 – Richtervorbehalt bei Hausdurchsuchung / Eilkompetenz der Ermittlungsbehörden 520
- BVerfG – 10. 6. 15 – Pflicht zur gerichtlichen Genehmigung zusätzlicher Freiheitsbeschränkungen (§ 1906 Abs. 5 BGB) trotz Vorliegens einer Vorsorgevollmacht 531
- BVerfG – 28. 7. 15 – Verurteilung zweier Anwälte wegen Geldwäsche 534

3. Dokumentation

EGMR – 23. 6. 15 – Vier neue Richter und der künftige Kanzler in den EGMR gewählt / Liste der Regierung von Aserbaidschan zurückgewiesen / Anschluss an EuGRZ 2015, 350 ff. ... 544

4. Laufende Verfahren

EGMR – 23. 10. 14 – Verweigerte Offenlegung der Namen von aus der DDR-Justiz übernommenen Richtern trotz deren Verbindung zur Staatssicherheit / *Saure ./.* D 546



N. P. Engel Verlag

www.EuGRZ.info

e-mail: N.P.Engel@EuGRZ.info



Neues unter

www.cr-online.de:

EASA Consultation Document on EU Regulatory Framework of Drone Operations, 31 July 2015

Computerrecht

- Peter Michael Probst/Fabian Winters** – eVergabe – ein Blick in die Zukunft des elektronischen Vergabewesens! *Eine Definition von „eVergabe“ und ihrer Rahmenbedingungen nach den Vorstellungen des Gesetzgebers* 557
- Schutzmaßnahmen für Videospiele – Videospiele-Konsolen II
BGH: Urteil vom 27.11.2014 562
- Reduzierte kennzeichenrechtliche Unterscheidungskraft bei Computer-Simulationsspielen – „Farming Simulator“
OLG Köln: Urteil vom 28.11.2014 567
- Temporäre Sperre und Kündigung wegen Beleidigung in Online-Spiel
AG Karlsruhe: Urteil vom 19.5.2015 569

Telekommunikationsrecht

- Christoph Werkmeister/Yoan Hermstrüwer** – Ausnahmen vom Grundsatz der Netzneutralität – Wer darf auf die Überholspur im Internet? *Warum das europäische Recht der Netzneutralität noch keine Rechtssicherheit schafft* 570
- Kostenverursachende Falschauskunft durch TK-Unternehmen gegenüber Abonnenten als „irreführende Geschäftspraxis“
EuGH: Urteil vom 16.4.2015 576
- Unzulässiges Hindernis durch Formular für Auszahlung von Mobilfunk-Restguthaben nach Kündigung
LG Kiel: Urteil vom 19.5.2015 578
- AGB-Klauseln für Abrechnungskosten des TK-Dienstleistungsanbieters
AG Kassel: Urteil vom 4.3.2015 580
- Beweislastverteilung bei Telefonwerbung ohne Einwilligung
BGH: Beschluss vom 6.11.2013 (Ls.) 580
- Kein Anspruch auf Kabelnetz-Einspeiseentgelt
LG Köln: Urteil vom 12.11.2014 (Ls.) 580

CRaktuell

- **Computerrecht aktuell** R91
- **Medienrecht aktuell** R91
- **Report aktuell** R93
- **Impressum** R96

Medienrecht

- Carsten Gerlach** – Sicherheitsanforderungen für Telemediendienste – der neue § 13 Abs. 7 TMG 581
- Jörg Petershagen** – Augen beim Internetverkauf – Auktionsabbruch nach alten und neuen eBay-AGB *Was von der Rechtsprechung geklärt und wo Streitpotential verblieben ist* 589
- Urheberschutz bei Abbildung eines Gemäldes in Online-Werbung – Möbelkatalog
BGH: Urteil vom 17.11.2014 596
- Keine Veröffentlichung von Kontaktdaten im Internet
Bay. VGH: Urteil vom 25.3.2015 598
- Erforderlichkeit von Überschrift und Schlusszeile für Gesetzlichkeitsfiktion der Muster-Widerrufsbelehrung
OLG Celle: Urteil vom 21.5.2015 600

	Zulässige Verlängerung der Widerrufsfrist OLG Frankfurt: Beschluss vom 7.5.2015	601
	Bundesweites Veröffentlichungsverbot für rechtverletzendes Suchergebnis bei Google OLG München: Beschluss vom 27.4.2015	602
	Schadensersatz wegen Manipulation des Anbieters bei eBay-Auktion OLG Stuttgart: Urteil vom 14.4.2015	604
	Wohnungsdurchsuchungsanordnung und Auskunftspflicht in Einstweiliger Verfügung wegen Online-Vertriebs von Fälschungen OLG Hamburg: Beschluss vom 5.2.2013	608
	Steuerpflicht bei kontinuierlichem eBay-Verkauf von Bierdeckelsammlung FG Köln: Urteil vom 3.4.2015	611
	Unwirksame Online-Handel-Zahlungsmethode „Sofortüberweisung“ mit Pflicht zur Weitergabe von Kontozugangsdaten an Dritte LG Frankfurt/M.: Urteil vom 24.6.2015 m. Anm. Conreder/Schild	614
Hinweis der Redaktion: Der in CR 2015, 434 abgedruckte Beschluss des BGH vom 8. April 2014 hat folgendes Aktenzeichen: VIII ZR 91/13.	Haftung des Domain-Registrars nach den Haftungsgrundsätzen für Host-Provider LG Köln: Urteil vom 13.5.2015	616
Beilagenhinweis: Bitte beachten Sie die Beilage des Verlages Dr. Otto Schmidt in diesem Heft. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.	Haftung eines Minderjährigen wegen Filesharing eines Computerspiels – „Bus-Simulator 2012“ LG Bielefeld: Urteil vom 4.3.2015	618
	Report Stefan Ernst – Zur Un-Zulässigkeit von Dashcams	620

CRonline

Portal zum IT-Recht



Expertenblog



Gesetzgebungsreport



RSS-Feeds



Newsletter

Schauen Sie einfach mal rein:



www.cr-online.de

Inhaltsverzeichnis

Veranstaltungskalender		V
Standpunkte		
	IDW zum Regierungsentwurf eines Abschlussprüferaufsichtsreformgesetzes	497
	IDW zum IESBA ED „Responding to Non-Compliance with Laws and Regulations”	504
	IDW zum PCAOB Release „Rules to Require Disclosure of Certain Audit Participants”	504
	IDW zum IASB-Entwurf eines Rahmenkonzepts für die Finanzberichterstattung	504
	IDW zur Umsetzung der Transparenzrichtlinie-Änderungsrichtlinie – Delisting	504
	IDW zur Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes	505
	IDW zum Regierungsentwurf zur Neuregelung der Erbschaftsteuer	506
	IDW zum Diskussionsentwurf eines Gesetzes zur Reform der Investmentbesteuerung	506
	IDW zum Diskussionsentwurf eines Anwendungserlasses zu § 153 AO	519
Prüfung		
IDW Prüfungsstandards	IDW Prüfungsstandard: Abschlussprüfung bei teilweiser Auslagerung der Rechnungslegung auf Dienstleistungsunternehmen (IDW PS 331 n. F.)	522
	Folgeänderung der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung beim Einsatz elektronischer Archivierungsverfahren (IDW RS FAIT 3)	538
	IDW Prüfungsstandard (Änderung): Auswirkungen des Deutschen Corporate Governance Kodex auf die Abschlussprüfung (IDW PS 345)	539
IDW Prüfungshinweise	IDW Prüfungshinweis (Änderung): Besonderheiten bei der Prüfung einer Schlussbilanz i. S. d. § 17 Abs. 2 UmwG (IDW PH 9.490.1)	552
Rechnungslegung		
IDW Stellungnahmen zur Rechnungslegung	IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Besonderheiten der Bilanzierung von Energiebeschaffungs- und Energieabsatzverträgen in handelsrechtlichen Abschlüssen von Energieversorgungsunternehmen (IDW RS ÖFA 3)	553
Branchen		
Regulierte Investments	BaFin: Anforderungen an die Bestellung externer Immobilien-Bewerter	563
Steuern		
Körperschaftsteuer	BMF: Körperschaftsteuerliche Organschaft unter Beteiligung einer Kapitalgesellschaft, an der eine atypische stille Beteiligung besteht	564
Entscheidungen der Finanzgerichte	FG: Teilweise Rückabwicklung eines Vertrags über die Veräußerung von GmbH-Anteilen	564
	FG: Rückstellungen betreffend Nachsorgeverpflichtungen für Mülldeponien	564

	FG: Ausschüttungshindernde Rücklagenzuführung bei Regiebetrieb einer öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaft	564
	FG: Anrechnung der Gewerbesteuer bei nach § 15 Abs. 1 AStG hinzugerechneten Einkünften von Familienstiftungen mit Sitz in Liechtenstein	565
	FG: Zu den Voraussetzungen für das Vorliegen einer Gruppe von Erwerbern mit gleichgerichteten Interessen i. S. des § 8c Abs. 1 Satz 3 KStG	565
	FG: Vorsteuerabzug eines Fußballvereins aus Rechnungen von Spielervermittlern	565
Berufs- und Wirtschaftsrecht		
Berufsrecht	BGH: Ursachenzusammenhang zwischen Pflichtverletzung und Schaden bei Rechts- und Steuerberaterhaftung	566
	OLG: Haftung des Steuerberaters bei unterlassener Aufklärung über Möglichkeit der Bildung einer § 6b-Rücklage	566
Gesellschaftsrecht	OLG: Pflichten des Aufsichtsrats bei Übernahme des Mandats	566
	OLG: Auskunftsrecht der Aktionäre bei unvollständiger Information der Hauptversammlung zu einem Vertrag	566
	OLG: Keine dingliche Wirkung der Zuweisung von Bankguthaben an abgespaltenen Rechtsträger in Abspaltungsbilanz	567
	BFH: Keine Passivierung einer Verbindlichkeit mit qualifiziertem Rangrücktritt	567
	BGH: Gesellschafterliche Treuepflicht bei „Sanieren oder Ausscheiden“	567
	BGH: Beweiserhebung über einen dem Vertragswortlaut vorgehenden Willen der Vertragsparteien	567
Insolvenzrecht	LG: Anspruch des Geschäftsführers auf Handlungsfreistellung bei verweigerter Zustimmung der Gesellschafter zum Insolvenzantrag wegen drohender Zahlungsunfähigkeit	567
	BGH: Keine Anmeldung von Zug-um-Zug-Forderungen zur Insolvenztabelle	567
	AG: Ermächtigung des vorläufigen Insolvenzverwalters zur Einziehung sicherungsabgetretener Forderungen	568
	OLG: Erstattung „freiwillig“ zurückgezahlter gewinnunabhängiger Ausschüttungen in der Insolvenz der KG	568
	BGH: Vergütung des vorzeitig ausgeschiedenen Insolvenzverwalters aufgrund des Schätzwerts der Insolvenzmasse	568
IDW intern		
	Wahlen in den IDW Landesgruppen	568
	38. Deutsch-Dänisches Seminar – ein Tagungsbericht	569
	IDW Live im Netz: „Pensionsrückstellungen im anhaltenden Niedrigzinsumfeld“	571
Impressum		XIV

FOKUS

- 267 **Die Abgrenzung von Eigen- und Fremdkapital nach IFRS**
Eine never-ending story?
Prof. Dr. Andreas Barckow
- 273 **Enforcement der Halbjahresfinanzberichte in Deutschland**
Erkenntnisse aus der Prüfungstätigkeit seit Einführung der Berichtspflicht
WP/StB Prof. Dr. Bettina Thormann und Dr. Daniela Barth
- 278 **DRS 23 „Kapitalkonsolidierung“ – Konvergenz zwischen HGB und IFRS?**
Dargestellt am Beispiel der Bilanzierung sukzessiver Unternehmenszusammenschlüsse und der Auf- und Abstockung einer Mehrheitsbeteiligung
WP/StB Prof. Dr. Peter Oser

- 284 **Die abstrakte Bilanzierungsfähigkeit von Abschlusselementen**
Änderungen nach dem Entwurf zum Rahmenkonzept
WP Dr. Jens Freiberg und WP/StB Prof. Dr. Wolf-Dieter Hoffmann
- 290 **Die Mär vom Vorsichtsprinzip**
Bedeutung von prudence für die bilanzielle Abbildung
WP Dr. Jens Freiberg
- 295 **Die CSR-Richtlinie als politisches Steuerungsinstrument für Weltverbesserung und Political Correctness**
Gefahren für Freiheit und Wohlstand?
Dr. Andreas Haaker
- VI Verlagsservice/Impressum

 **Merksatz**

 **Literatur**

 **Weblink**

 **Informationen**

 **Siehe auch**

 **Community**

 **Quelle**

FINANZIERUNG

Finanzierungsinstrumente/Anleihen/Mezzaninekapital
Hybridanleihen – Modeerscheinung oder nachhaltiges Finanzierungsinstrument der Unternehmensfinanzierung?

Prof. Dr. Stephan Schöning, Calw / Vivian Dörge, B.A., Hannover

Zahlreiche deutsche Unternehmen haben bereits im Vorfeld der Finanzkrise damit begonnen, ihren Kapitalbestand durch Emission von Hybridanleihen zu erhöhen. Diese Finanzierungsform weist aus Unternehmenssicht den Vorteil auf, dass sie bei entsprechender Ausgestaltung von Ratingagenturen als Eigenkapital anerkannt wird. Für Investoren ist neben einer relativ hohen Verzinsung die implizite Erwartung attraktiv, dass der Emittent von seinem Schuldnerkündigungsrecht Gebrauch macht. Allerdings stellt sich mittlerweile die Frage, ob der Bedeutungsgewinn von Dauer sein wird oder lediglich der besonderen Kapitalmarktsituation geschuldet ist.

CF1128593

S. 345

KAPITALMARKT

Regulierung/Credit Default Swaps/Leerverkäufe
Werteffekte bei Einführung der EU-Verordnung über Leerverkäufe und Credit Default Swaps

Nino Berges, M.Sc. / Florian Kiesel, M.Sc., beide Darmstadt

Seit dem Ausbruch der Finanzkrise werden Leerverkäufe sowie Verbote von Credit Default Swaps (CDS) intensiv diskutiert. In Europa gilt seit dem 01.11.2012 die Verordnung (EU) Nr. 236/2012 über „Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von CDS“. Diese Studie untersucht mittels Ereignisstudie und Langzeitstudie die Werteffekte für Finanzunternehmen während des legislativen Prozesses. Zusätzlich werden Risikomaße vor und nach Einführung der Verordnung verglichen. Es soll die Frage beantwortet werden, ob die Compliance-Kosten der Finanzdienstleister durch die gesamteuropäische Regulierung gesenkt wurden. Zudem untersucht die Studie, ob durch die Verbotseinführung von ungedeckten CDS ein negativer Werteffekt für die Finanzdienstleister entstanden ist.

CF1089892

S. 354

Rohstoffmärkte/Kraftstoffpreise
Trends und Entwicklungen deutscher Kraftstoffpreise – Eine deskriptive Analyse von Intraday-Preisinformationen

Christina Böhm, M.Sc. / Manuel Hofstetter, M.Sc. /

Prof. Dr. Klaus Röder, alle Regensburg

Dank der seit 2013 etablierten Markttransparenzstelle für Kraftstoffe können erstmals umfangreiche und in „Echtzeit“ erhobene Kraftstoffpreisinformationen deutscher Tankstellen für fortgeschrittene Datenanalysen genutzt werden. Eine solche Analyse wird in dem Beitrag für den deutschen Kraftstoffmarkt durchgeführt. So werden mittels umfangreicher deskriptiver Analysen Strukturen und Zyklen in der Kraftstoffpreisentwicklung über verschiedene Anbieterklassen, Städte und Wochentage hinweg identifiziert. Aber auch die strategischen Preisfestsetzungsmuster innerhalb eines Tagesablaufs können erstmals analysiert werden, wodurch klare und robuste Handlungsempfehlungen für deutsche Verbraucher generiert werden. Die Arbeit schließt mit einer Analyse der Einflussfaktoren deutscher Kraftstoffpreise mittels eines Panel-Regressions-Modells ab.

CF0990883

S. 362

BEWERTUNG

Private Equity/Behavioral Finance
Determinants of net asset value premia of listed private equity

Simone Hollenwaeger, M.A., St. Gallen

Dieser Beitrag analysiert Faktoren, welche für die langfristigen Diskonts in der Bewertung börsennotierter Private Equity Vehikel maßgebend sind. Die getesteten Einflussfaktoren entstammen Theorien zur Bewertung traditioneller Private Equity-Fonds als auch kotierter geschlossener Anlagefonds. Die Ergebnisse über den Untersuchungszeitraum von 2000 bis 2013 zeigen einen deutlichen Einfluss heuristischer Faktoren wie Investorenstimmung als auch ökonomischer Faktoren wie Finanzierungskosten und Leistungsbilanz des Managements. Die Faktoren weisen einen gedämpften Einfluss während der Finanzmarktkrise von 2007 bis 2009 auf. Investoren beziehen Informationen aus historischen Renditen und Diskonts, der Informationsgehalt und das damit verbundene Lernvermögen der Investoren wird durch die extremen Diskonts während der Krise vermindert.

CF0990882

S. 369

Bewertungsverfahren/Multiplikatorverfahren/Beta Faktor
Multiples und Beta-Faktoren für deutsche Branchen

Benjamin Hammer, M. Sc. / Prof. Dr. Bernhard Schwetzler / Jun.-Prof. Dr. Alexander Lahmann, alle Leipzig

Der Lehrstuhl Finanzmanagement und Banken an der HHL Leipzig Graduate School of Management ermittelt vierteljährlich Multiplikatoren, Beta-Faktoren und Eigenkapitalkosten für den deutschen Kapitalmarkt und stellt diese auf der Internetseite www.finexpert.info und in CORPORATE FINANCE zur Verfügung. Die Daten zeichnen sich durch Transparenz und Nachvollziehbarkeit aus, die Details der Berechnung sind im Artikel „Multiples und Beta-Faktoren für deutsche Branchen – Erläuterungen zu den Kapitalmarktdaten von www.finexpert.info und CORPORATE FINANCE“, veröffentlicht in CFB 2011 S. 430, nachzulesen. In dieser Ausgabe finden Sie Daten für den deutschen Kapitalmarkt zum Stichtag 15.07.2015.

CF1159055

S. 384

SERVICE

Neue Bücher

M3

Veranstaltungen/Impressum

M4